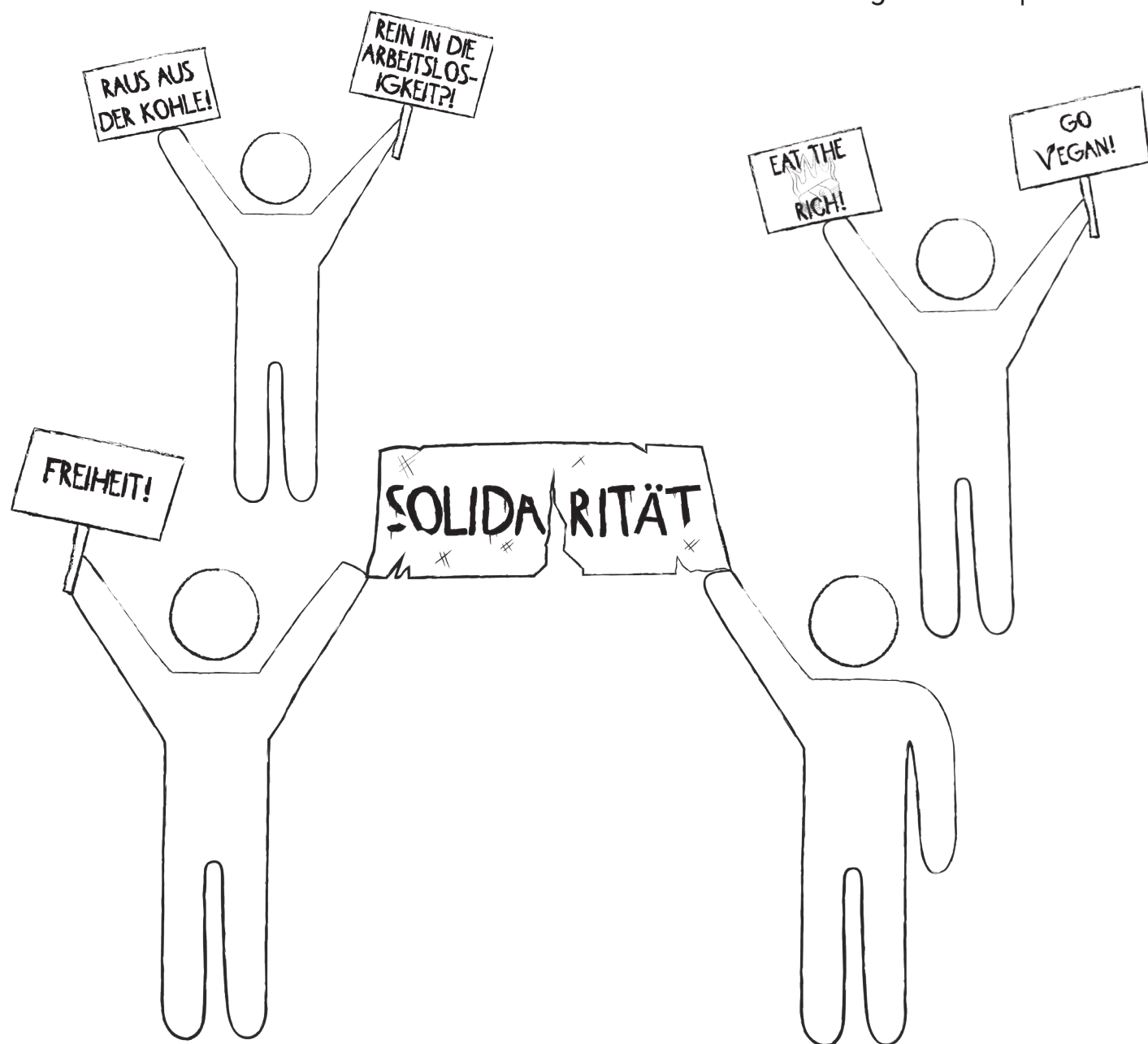


politix

Ausgabe 48 | 2022



Klasse. Konflikt. Identität

ipw

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien
Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Universitätsstraße 7, A-1010
Wien
ISSN 1990-4630

Inhalt

3 Subjekt(e) der Revolution – oder der Begriff der Klasse. Eine theoretische Annäherung an einen breiten Diskurs

Josef Mühlbauer, MA

6 Über die fehlende Anerkennung von Konflikten in der liberalen Demokratie. Der „Konflikt“ bei Schmitt und Mouffe

Petra Kolb

12 Schicht vs. Klasse – Worte für gesellschaftliche Wirklichkeit

Sophie Krassnitzer & Katharina Prielinger

17 Konsumindividuen in der ökologischen Krise

Johannes Greß

24 Klasse und ihr Habitus aus literaturwissenschaftlicher Perspektive – wie können wir mithilfe von zeitgenössischer fiktionaler Literatur über Klasse nachdenken?

Carlotta Partzsch

28 Drittstaatstudent*innen in Österreich: unfaire Verhältnisse und problematische Bedingungen

Florian Mendl

32 Generation Praktikum? Klasse Praktikum!

Carla Diem

36 Brief aus Tarlabaşı – Der vergifteten Prinzessin Istanbuls

Melvin Tricoire

40 Der AMS-Algorithmus – institutionelle Diskriminierung?

Franca Nagl

46 Standarddeutsch als Bildungssprache, Dialekt als Sprache der Ungebildeten?

Jana-Sophie Heumader & Armin Bund

52 Eine Frage des Charakters: Über Macht und Beziehungen

Anna-Maria Hirschhuber

55 (K)ein Neuanfang für Labour?

Lukas Smith

61 Die Ökosoziale Steuerreform – ein historischer Schritt Richtung Klimagerechtigkeit oder bloß kosmetische Symbolpolitik?

Philipp Steininger

Rezension

68 „Die Selbstgerechten: Mein Gegenprogramm für Gemeinsinn und Zusammenhalt“
von Sahra Wagenknecht

Rezension von Joe Brandes

-Editorial-

Ausbeutung ist überall, sie hat viele Formen und Gesichter. Und sie spaltet. Sie spaltet jene, die mutmaßlich gemeinsame Interessen verfolgen sollten. Aber welches Interesse teilt die Wiener Mjam-Fahrerin mit dem Industriearbeiter aus Steyr? Was verbindet die 24-Stunden-Pflegerin mit den Kettenvertragsgeplagten akademischen Personal? Alle abhängig, ausgebeutet, aber alle Proletariat?

Fast so, als müsse man die Lage noch unnötig verkomplizieren, verquickt sich die horizontale (ökonomische) Spaltung mit vertikalen (Geschlecht, Identität, Religion, Kultur) und transversalen (Staatsbürger:innenschaft, Aufenthaltsstatus) Konfliktlinien. Das Resultat ist ein unübersichtliches Feld, durchzogen von sich einander widersprechenden und überlappenden Konfliktlinien und Interessen – und die Frage: ist das noch „Klasse“?

Die vorliegende *politix*-Ausgabe #48 schließt damit unmittelbar an die vorangegangene an, in der wir nach einem geeigneten Umgang mit der gegenwärtigen multiplen Krisensituation fragten, und schon ein Blick ins Inhaltsverzeichnis dieser Ausgabe zeigt: die Frage nach Klasse, Konflikt und Identität ist eine, die sich in vielerlei Facetten durch Alltag, Beziehungen, Erwerbsbiografien, Politik, Institutionen und Studium zieht. Im Ergebnis ist die vorliegende Ausgabe daher gespickt mit persönlichen Anekdoten und Erfahrungen – denn neben theoretisch umkämpften Begriffen sind Klassen, Konflikte und Identitäten eben genau das: Erfahrungen. Die Erfahrung und das Erfahren von Glück wie von Gewalt, von Selbstverwirklichung und Ausbeutung, von Solidarität und Entfremdung, von Herrschaft und Ausschluss.

Wie sich diese drei Begriffe einander bedingen, ausschließen und zueinander verhalten, welcher theoretischen Überarbeitungen es bedarf – und wie wir, wir alle, diese Begriffe (in ihrer materiellen Wucht) erfahren; genau das haben wir in der vorliegenden Ausgabe versucht zu untersuchen.

Den Anfang macht Josef Mühlbauer, der auf Seite 3 die theoretische Spannweite skizziert und zum Resümee kommt: „Der Hauptfokus sollte nicht darin liegen,

die Frage, was Klasse überhaupt sei, zu beantworten, sondern ob und worin sich soziale Kämpfe erstrecken, und wie diese solidarisch gelöst werden können“.

Dass sich Politikwissenschaftler:innen bei der Analyse von Klassen und Identitäten auch jenseits der eigenen Disziplin bewegen sollten, legt Carlotta Partzsch auf Seite 24 eindrucksvoll dar. Literaturwissenschaft kann einen wertvollen Beitrag zur Politikwissenschaft und zur Politischen Theorie leisten, „indem sie die Realität zu irritieren weiß. Ihre Subversion kann sich dabei auf Emotionen, auf subjektives Erleben und menschliche Interaktion beziehen, ihre künstlerische Freiheit und ihr unbegrenzter Zugang zu ästhetischen Methoden ist dabei ihr großer Gewinn“.

Dass es zur konstruktiven Irritation nicht zwingend Literatur braucht, wissen Jana-Sophie Heumader und Armin Bund. Für sie reichte ein Umzug von Tirol bzw. der Steiermark nach Wien. Dass man in der Bundeshauptstadt plötzlich „schön sprechen“ musste, war Anlass für eine umfassende Reflexion, Ihre „Neubewertung der Rolle des Dialekts“ lesen Sie auf Seite 46.

Für diese und weitere Artikel bin ich den Autor:innen dieser Ausgabe zu Dank verpflichtet. Mein Dank gilt außerdem dem Redaktionsteam, bestehend aus Valentin Casagrande, Jana-Sophie Heumader, Madeleine Kirner, Franca Nagl, Katharina Prielinger, Melvin Tricoire, Christina Walcherberger und Anna Wintersteller. Ein herzliches Dankeschön auch an Claire Kardas für Layout und grafische Gestaltung!

Im Namen der Redaktion darf ich allen Leser:innen eine spannende Lektüre wünschen!

Johannes Greß

*Für die *politix*-Redaktion*

Subjekt(e) der Revolution – oder der Begriff der Klasse

Eine theoretische Annäherung an einen breiten Diskurs

Josef Mühlbauer

Einführung

Mit feministischen Begriffen wie Intersektionalität, Politik der Differenz etc. verschwand scheinbar das einheitliche Subjekt der Revolution. Ob es das Marx'sche Proletariat, welches ein einheitliches Ziel verfolgt und sich gegen eine herrschende Klasse zu behaupten versucht, je gegeben hat oder je geben wird, ist eine Frage, welcher ich mich in diesem Beitrag theoretisch mit den Gedanken von Michel Foucault annähern möchte. Zunächst skizziere ich die Idee des Klassensubjekts, wie sie klassische Marxist*innen interpretieren, um als Kontrastfolie dazu die autonome Kraft pluraler Widerstandsformen darzustellen.

Die Hauptlinie des Marxismus besteht aus einer großen Erzählung (Jean-François Lyotard), die einen unaufhaltsamen Fortschritt – nämlich den Zusammenbruch des Kapitalismus – anstrebt. Dem Denken Marx' lag ein dem hegelianischen Weltgeist nachgebildeter „Gesichtspunkt der Totalität als Subjekt“ (Georg Lukács) zugrunde (vgl. Seibert 2004). Das Problem dieser Ansicht liegt auf der Hand und wurde von Denker*innen wie Michel Foucault und Thomas Seibert deutlich differenzierter betrachtet:

„Der Identifizierung des revolutionären Subjekts im weißen männlichen Industriearbeiter folgte die Hierarchisierung der sozialen Kämpfe nach Haupt- und Nebenwiderspruch, in der die Vielstimmigkeit der Revolten der ‚Bildung des Proletariats zur Klasse‘ untergeordnet wurde.“ (Seibert 2004).

Welches Klassensubjekt?

Der Kapitalismus setzt im Zeitalter von Künstlicher Intelligenz und der globalisierten Informationsgesellschaft noch immer auf eine schwere Industrie. Auch heute noch wäre das kapitalistische System untragbar ohne Fließbandarbeit. Daher sieht man spätestens seit der industriellen Revolution eine ausgebeutete Arbeiter*innenschaft, die unter widrigen – ja, fast menschenunwürdigen Konditionen – arbeitet. Anhand der Care-Chains (Sorgeketten) oder dem Billiglohn-Sektor (Putzkräfte) dehnt sich diese Ausbeutung auch auf den Dienstleistungssektor aus. Mit dem Aufkommen großer Technologien und dem Internet entstanden monotone und sinnlose Erwerbsarbeiten (vgl. Graeber 2018). Mit den Worten des verstorbenen Anarchisten und Kulturanthropologen David Graeber handelt es sich hierbei um „Bullshit-Jobs“ (Graeber 2018). All diese Formen der Macht und Ausbeutung sind deutliche Zeichen, dass es durchaus Menschen im 21. Jahrhundert gibt, die ihre Lebenszeit und Arbeitskraft auf einen kapitalistischen Weltmarkt verkaufen müssen, prekär leben und miteinander in heftiger Konkurrenz stehen. Das würden Denker*innen wie Michel Foucault und Nancy Fraser nie bestreiten. Daher ist die Kritik von Nancy Fraser durchaus berechtigt, wenn sie die Identitätspolitik als bloße Lippenbekenntnisse entlarvt und dem progressiven Neoliberalismus zuordnet. In Sumpf der eigenen Fortschrittlichkeit schwimmen die „New Democrats“, das Big Business und städtische Mittelschichten

auf der progressiven Welle und prahlen mit leeren Worthülsen wie Vielfalt, Multikulturalismus und Frauenrechte, verbessern dabei aber nicht die realen gesellschaftlichen Bedingungen (vgl. Fraser 2017). Dass es sich tatsächlich um leere Worte handelt, sah man anhand der neoliberalen Angriffe auf die soziale Absicherung und u.a. den Wohlfahrtsstaat. Der Doppelverdiener-Haushalt wurde als Triumph des Feminismus dargestellt, da das emanzipierte Subjekt „Frau“ nun eigenständig und frei ist (sich ausbeuten zu lassen, wo und wann es*sie will). Doch hinter dieser trügerischen Fassade entpuppten sich Lohndruck, geringere Arbeitsplatzsicherheit, sinkende Lebensstandards, einen steilen Anstieg der Lohnarbeitsstunden pro Haushalt und der Verschärfung des Zwei- Dreischichtsystems (ebd.). Bei all dem Gesagten stellt sich daher die Frage, ob es einen gemeinsamen Nenner dieser ausgebeuteten Massen gibt: Wenn eine Form der Ausbeutung auf einer anderen Form beruht oder sich darauf stützt, wie kann man dann von einem einheitlichen Klassensubjekt sprechen? Wenn die unbezahlte Arbeit von Frauen dazu beiträgt, Männer einen wohlbehüteten Ort der Regeneration zu verschaffen, damit diese gestärkt in die alltägliche Lohnarbeit schlittern, stellt sich die Frage, ob diese beiden Subjekte überhaupt einen gemeinsamen Nenner haben können. Wenn das österreichische Arbeitersubjekt von der ausbeuterischen Textilindustrie in Südostasien oder von den unterbezahlten Bauarbeitern, die aus dem Ausland kommen, profitiert – stellt sich dieselbe Frage nochmals: Wie kann es ein weltweites Klassensubjekt geben, wenn alleine die Nord-Süd-Machtverhältnisse die eine Klasse über die andere stellen? Was hat ein asiatisches Kind in der Textilindustrie mit einem deutschen Industriearbeiter in der Automobilbranche gemein?

Differenzierte Blickwinkel

Lyotard und Foucault sind nur zwei in einer Reihe großer Denker*innen, die sich von der „großen Erzählung“ des revolutionären Proletariats verabschiedet haben. Die Idee von Klasse und

vom revolutionären Subjekts, dargestellt als ein abgeschlossenes System, mit klaren Grenzen und gemeinsamen Interessen, muss deutlich differenzierter betrachtet werden. Eine Emanzipation im Namen „der Wahrheit“ kann nicht erreicht werden. So schreibt Alex Demirović:

„Diese Logik des Klassenstandpunkts hat sich für die Linke und den Marxismus als verheerend erwiesen. Denn die Wissenschaft erscheint dann schnell bloß als ein Instrument, ein Mittel, das den Zielen der Emanzipation, der Praxis untergeordnet werden kann. Gerade diese Unterordnung der Wahrheit unter politische Zwecke, dieses Exerzium der Ich-Auflösung, das Individuen dazu bringt, Ansichten vertreten zu müssen, die in diametralem Widerspruch zu dem stehen, was man für plausibel halte, war für Foucault Anlass, im Winter 1952 wieder aus der KPF auszutreten, in die er 1950 eingetreten war“ (Demirović 2008: 185).

Es geht im Grunde nicht darum – wie es bei der postmodernen bzw. neoliberalen Identitätspolitik der Fall ist – eine eigene Identität über eine andere zu stellen, sondern sich gegen jegliche Formen der Objektivierung und gegen die Unterwerfung der Subjektivität zu wenden. Die Macht unterwirft uns zu Subjekten; eine philosophische Erkenntnis die schon von Althusser, Butler, Foucault und vielen anderen zu Genüge beschrieben worden ist. Macht individualisiert und bindet uns an unsere (gesellschaftlich konstruierte) Identität und somit an die damit zusammenhängende Geschichte. Die Kämpfe der sozialen Bewegungen, mit denen Foucault sympathisierte, waren hauptsächlich Kämpfe gegen Identität (Demirović 2008: 186). Die nachfolgenden Gedanken von Foucault bringen die Widersprüchlichkeit von Klasse, Identität und Ausbeutungsverhältnissen deutlich auf den Punkt:

„Und heute gewinnt der Kampf gegen die Formen der ‚Objektivierung‘ – gegen die Unterwerfung der Subjektivität – immer größere Bedeutung, auch wenn der Kampf gegen die Herrschaft und Ausbeutung nicht verschwunden ist, im Gegenteil“ (Foucault 1982, 275 f.).

Dies meint nicht, für ein Subjekt einzutreten, das von der unterwerfenden Objektivierung verschont wird, sondern das Hauptziel zu verfolgen, „abzulehnen, was wir sind“ (ebd., 280). Es sind Kämpfe gegen Mechanismen, die die Einzelnen an sich selbst binden und zu Gefangenen der eigenen Geschichte machen (ebd., 272 f.). Foucault geht es um eine Schöpfung von etwas ganz anderem, und dieser Erzeugung des Menschen durch den Menschen soll keine feste Erzeugungsregel, kein wesentliches Ziel vorgegeben sein (Foucault 1980, 92 f.)“ (zit. n. Demirović 2008: 186).

Conclusio

Dass es soziale Kämpfe und einen gesellschaftlichen Antagonismus gibt, macht Foucault in seinen Texten an mehreren Stellen sehr deutlich. Die Tatsache, dass klassische Industriearbeiter*innen nicht verschwunden sind und Bullshit Jobs neue Formen der Ausbeutung darstellen, kann ebenfalls nicht geleugnet werden. Dennoch muss der Begriff der Klasse oder gar der Begriff des revolutionären Subjekts deutlich differenzierter betrachtet werden. Emanzipation kann sich nicht an einem teleologischen Ziel, an einer Wahrheit oder an einem psychologischen Idealzustand (Zustand fern jeglicher Entfremdung) orientieren. Foucaults „Anarchismus“ besteht in seinem Plädoyer für die Erzeugung des Menschen durch Menschen in aller Freiheit (vgl. Demirović 2008: 187).

Soziale Kämpfe müssen als Formen von Diskontinuitäten, Transformationen und Kontingenzen betrachtet werden. Foucault denkt den Begriff der Klasse also neu und deutet auf die Veränderbarkeit der sozialen Kräfteverhältnisse hin. Ob die theoretische Diskussion um den Begriff der Klasse im linken Spektrum je ein Ende nimmt, kann ich nicht beantworten. Es hängt viel mit den strategischen und taktischen Zielen zusammen, mit denen linke Politik betrieben wird. Die Frage, ob die Konstruktion des Klassensubjekts als leerer Signifikant oder eine intersektionale Politik der Differenzen hegemoniefähiger ist, bleibt somit selbst im Bereich des Politischen verankert.

Die Gefahr, dass die Politik der Differenzen in Identitätspolitik umschlägt, wurde mit Nancy Fraser verdeutlicht. Doch auf der anderen Seite ist das Festhalten an einem einheitlichen und abgeschlossenen (Klassen-)Subjekt schlicht verbunden mit dem Glauben an einen Fortschritt, welcher sich an „der Wahrheit“ orientiert.

Mit Foucault weitergedacht: Der Hauptfokus sollte nicht darin liegen, die Frage, was Klasse überhaupt sei, zu beantworten, sondern ob und worin sich soziale Kämpfe erstrecken, und wie diese solidarisch gelöst werden können. Dabei können u.a. folgende Fragen behilflich sein: Was sind die spezifischen sozialen Bedingungen und Machtkonstellationen, die zur Reproduktion des kapitalistischen Werte- und Produktionssystems führten? Und wie kann man diese verändern? Wie kann sich das Subjekt von der Macht, die es konstituiert, befreien? Wie können die Subalternen sich von gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen weitestgehend emanzipieren?

Josef Mühlbauer, MA arbeitet ehrenamtlich für die queeranarchistische NGO Varna Institute for Peace Research (VIPR). Im Februar 2022 gab er den Sammelband „Zur imperialen Lebensweise“ im Mandelbaum Verlag heraus. Derzeit strebt er sein Ph.D im Bereich der Politikwissenschaft an.

Literatur

Demirović, Alex (2008): Das Wahr-Sagen des Marxismus: Foucault und Marx. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 151, 38 Jg. 2008, Nr. 2, S. 179 -201.

Fraser, Nancy (2017): Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. In: Blätter 2/2017, S. 71-76.

Graeber, David (2018): Bullshit Jobs: A Theory. London: Simon & Schuster.

Seibert, Thomas (2004): Massen statt Klassen: Proletariat. In: Freitag die Wochenzeitung. Abgerufen am 9.9.2021 unter: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/massen-statt-klassen-proletariat>.

Über die fehlende Anerkennung von Konflikten in der liberalen Demokratie. Der „Konflikt“ bei Schmitt und Mouffe

Petra Kolb

In den letzten Jahrzehnten hat sich in westlichen Gesellschaften eine Politikform, welche unter dem Konzept der Postpolitik (Crouch 2008) beschrieben werden kann, durchgesetzt. Dies erfolgt durch einen starken Fokus auf konsensuelle Formen von Politik und Demokratie, konfliktuelle Vorstellungen des Politischen werden außer Acht gelassen. Der politische Wettbewerb orientiert sich am Konsens und ist daher nicht mehr in der Lage, klare Alternativen anzubieten (Mouffe 2016). Doch was bedeutet das für uns?

In diesem Artikel wird eine andere Perspektive auf Politik und Demokratie dargestellt – und zwar eine Perspektive, welche die antagonistische Dimension des Politischen und die Ambivalenz der menschlichen Natur in den Mittelpunkt stellt. Dies erfolgt anhand einer theoretischen Darstellung von Politik-Konzeptionen, welche das konflikthafte Wesen des Politischen in den Mittelpunkt ihrer Analyse stellen. Hierbei stütze ich mich auf Konzeptionen des Politischen von zwei Theoretiker*innen, nämlich Carl Schmitt und Chantal Mouffe.

Anschließend daran wird dafür plädiert, diese Vorstellung des Politischen in die westlichen liberalen Demokratien zu integrieren, ohne in ein rein populistisches Denken zu verfallen.

Entwicklung zur Postdemokratie

Die bürgerlich-kapitalistischen Gegenwartsgesellschaften im Globalen Norden sind spätestens seit dem Beginn der fordistischen Produktions- und Lebensweise von einem Denken geprägt, welches davon ausgeht, dass durch das gegenwärtige Stadium der ökonomischen und politischen Entwicklung ein großer Fortschritt in der Entwicklung der Menschheit erreicht wurde. Die westliche Weltanschauung und die freien Märkte haben über den Kommunismus gesiegt und durch die Schwächung kollektiver Identitäten ist eine Welt ohne Feinde möglich. Diese Anschauung geht ebenfalls davon aus, dass Konsens durch Dialog erzielt wird und Konflikte zwischen unterschiedlichen Interessensvertretern nun der Vergangenheit angehören (Mouffe 2007: 7).

Mit der Durchsetzung und Durchdringung des (Neo)-Liberalismus ist auch die Wahl zwischen sich voneinander unterscheidenden Alternativen verloren gegangen.

Dies ist auf die vorherrschende Strömung im Liberalismus zurückzuführen, welche von einem rationalistischen und individualistischen Ansatz geprägt ist und auch nicht in der Lage ist, kollektive Identitäten anzuerkennen (Mouffe 2016: 23). In einem liberalen Denken ist es somit schwer möglich, die Probleme der Gesellschaft auf politische Art zu bestimmen, da die liberale politische Theorie selbst das Politische in seiner *antagonistischen Form* negiert.

Dies ist nur dadurch möglich, da sich der rationale Glaube an die Möglichkeit eines universellen, auf Vernunft beruhenden Konsens durchgesetzt hat (Mouffe 2016: 23-24).

Das dadurch entstandene Problem ist die starke Ausrichtung des politischen Wettbewerbs auf Konsens, durch diese Etablierung ist der politische Wettbewerb nicht mehr in der Lage, klare Alternativen anzubieten. Während der Regentschaft von Margaret Thatcher wurde eine hegemoniale Ordnung propagiert, welche die neoliberale Globalisierung als alternativlos bezeichnete. Auf diesem unhinterfragten Fundament baute die nächste britische Mitte-Links Regierung auf, wobei diese Politikform als ‚Dritter Weg‘ bezeichnet wurde. Theoretisch setzt sich der Soziologe Anthony Giddens (1998) mit dem Konzept auseinander und untersucht den zukünftigen Weg der Sozialdemokratie. Stuart Hall bezeichnet dieses Phänomen als „sozialdemokratische Version des Neoliberalismus“. Hierbei wurde ein konfliktäres Politikmodell und eine Politik inmitten einer Links-/Rechts-Dichotomie für nicht mehr zeitgemäß erklärt. Der ‚Konsens der Mitte‘ wurde als ‚Dritter Weg‘ zelebriert, somit wurde eine technokratische Spielart von Politik in den Mittelpunkt gestellt. Dieser politischen Spielart zufolge ist unter Politik nicht mehr eine konflikthafte Auseinandersetzung zu verstehen, sondern ein neutrales Management von öffentlichen Angelegenheiten (Mouffe 2018: 14).

Durch das unabwendbare Dogma der neoliberalen Globalisierung wurden politische Alternativen auf reine Sachthemen minimiert, welche von Expert*innen ausgearbeitet werden. Die Rolle von Bürger*innen im demokratischen Prozess wurde auf eine Absegnung politischer Maßnahmen reduziert (Mouffe 2018: 14-15). Durch die starke Ausrichtung der Parteien auf die politische Mitte fehlt eine echte Wahl zwischen Alternativen für Wähler*innen. Dieses Phänomen führt zu einer gewissen Politikverdrossenheit in westlichen Gesellschaften. Somit ist eine Situation eingetreten, welche sich unter dem Term „Postdemokratie“ etabliert hat. Dieser Terminus wurde durch Colin Crouch bekannt und wird von zahlreichen Wissenschaftler*innen, wie auch

Jaques Ranciere (2002) oder Chantal Mouffe (2007), verwendet. Nachdem in diesem Artikel der Fokus auf der Anerkennung von Konflikten im Sinne Mouffes liegt, wird im Folgenden ihre Definition des Terminus kurz erläutert und weiter verwendet. Mouffe versteht darunter die folgende Situation „[...] *infolge der neoliberalen Hegemonie die für die liberale Demokratie konstitutive agonistische Spannung zwischen dem liberalen und dem demokratischen Prinzip ausgeschaltet wurde. [...] Sicherlich, man spricht noch immer von „Demokratie“, doch wurde diese auf ihre liberale Komponente reduziert und steht nur noch für die Abhaltung freier Wahlen und die Verteidigung der Menschenrechte*“ (Mouffe 2018: 26-27). Ein weiteres wesentliches Charakteristikum der Postdemokratie ist die Ausbreitung des wirtschaftlichen Liberalismus und die damit einhergehende Verteidigung freier Märkte (Mouffe 2018: 27). Die oben beschriebene Entwicklung des politischen Wettbewerbs ist (unter anderem) auf die Leugnung des ‚Politischen‘ in seiner antagonistischen Form zurückzuführen. Denn die antagonistische Form des Politischen würde die Grenzen eines rationalen Konsens aufzeigen, somit stellt das ‚Politische‘ den blinden Fleck im Liberalismus dar (Mouffe 2016: 24).

Im folgenden Teil des Artikels wird eine Konzeption des Politischen unter Berücksichtigung seiner antagonistischen Form dargestellt, mit dem Ziel, eine andere Form der Politik, welche sich von einem starken Fokus des Konsensdenkens wegbewegt, als Alternative anzubieten.

Die Struktur des Artikels sieht folgendermaßen aus: im ersten Teil wird die Freund-Feind-Konzeption von Carl Schmitt erläutert, um im zweiten Teil die Weiterentwicklung von Chantal Mouffe darzulegen, da diese den Antagonismus des Politischen in einen Agonismus transformiert. Nach Darlegung des konflikthaften Wesens des Politischen bei beiden Theoretiker*innen werden abschließend Möglichkeiten zur Einbindung der antagonistischen Form des Politischen für die liberale Demokratie gegeben.

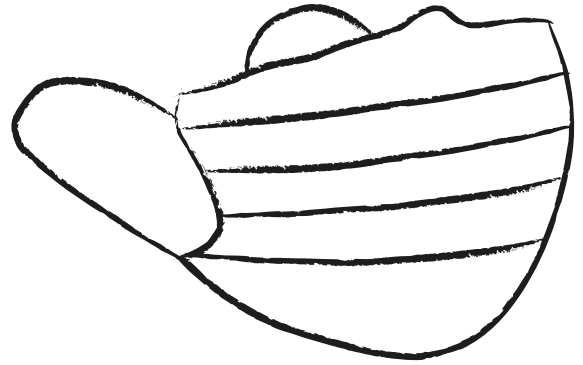
Die konflikthafte Dimension des Politischen bei Schmitt

Der „Begriff des Politischen“ wurde von Carl Schmitt erstmals 1932 veröffentlicht und liefert eine Kritik an der fehlenden Anerkennung des Politischen im Liberalismus (Schmitt 1932). Zu Beginn der Erklärung des Werkes von Schmitt muss noch darauf hingewiesen werden, dass dieser Denker von vielen demokratischen Theoretiker*innen nicht rezipiert wird, da dieser einen Kompromiss mit dem Nationalsozialismus eingegangen ist und das Hitler-Regime unterstützte.

Chantal Mouffe weist in ihren Werken auf diesen Umstand hin, begründet ihren Bezug auf Schmitt aber dadurch, dass sie sich auf die „intellektuelle Kraft eines Theoretikers und nicht seine moralische Qualität“ (Mouffe 2007: 11) stützt. Diese intellektuelle Qualität sollte das Entscheidungskriterium sein, um mit dem Werk des/der Autors/-in in den Dialog zu treten (Mouffe 2007: 11). Dieser Annahme schließt sich der vorliegende Artikel an, weil das theoretische Vermächtnis Schmitts für eine Analyse des Politischen zu wichtig ist, als dieses unberücksichtigt zu lassen. Trotzdem finde ich es wichtig, Schmitts problematische Rolle und sein Mitwirken in der NS-Vergangenheit aufzuzeigen, um ihn als Person ein Stück weit von seinem theoretischen Werk zu trennen.

Carl Schmitt gilt als einer der wichtigsten Kritiker des Liberalismus. Zu Beginn seines Werkes „Der Begriff des Politischen“ kritisiert Schmitt die fehlende Definition des Politischen. Dieses Wort wird meist nur negativ als Gegensatz zu verschiedenen Begriffen gebraucht „[...] in Antithesen wie Politik und Wirtschaft, Politik und Moral, Politik und Recht, innerhalb des Rechts dann wieder Politik und Zivilrecht usw.“ (Schmitt 2008: 19). Somit bedeutet der Begriff in dem gestellten Zusammenhang und der konkreten Situation jeweils etwas anderes, zwar etwas hinreichend Deutliches, aber es fehlt eine Bestimmung des Spezifischen. Meistens wird ‚politisch‘ auf den Staat bezogen oder mit staatlich gleichgesetzt (Schmitt 2008: 20). Eine

Begriffsbestimmung des Politischen, schlussfolgert Schmitt, kann nur durch Feststellung der spezifisch politischen Kategorien getroffen werden. Dieses hat seine eigenen Kriterien. Kriterien, die gegenüber den verschiedenen Sachgebieten des menschlichen



Handelns und Denkens (wie dem Moralischen, Ökonomischen und Ästhetischen) in besonderer Weise wirksam werden. „Das Politische muß [sic!] deshalb in eigenen letzten Unterscheidungen liegen, auf die alles im spezifischen Sinne politische Handeln zurückgeführt werden kann“ (Schmitt 2008: 25). Die differentia specifica des Politischen ist nach Schmitt die Unterscheidung von Freund und Feind, auf diese lassen sich alle politischen Handlungen und Motive zurückführen. Diese Unterscheidung gibt eine Begriffsbestimmung im Sinne eines Kriteriums und ist selbstständig. Selbstständig in dem Sinne, dass sie nicht durch andere Gegensätze begründet oder auf sie zurückgeführt werden kann. „Die Unterscheidung von Freund und Feind hat den Sinn, den äußersten Intensitätsgrad einer Verbindung oder Trennung, einer Assoziation oder Dissoziation zu bezeichnen; sie kann theoretisch und praktisch bestehen, ohne daß [sic!] gleichzeitig alle jene moralischen, ästhetischen, ökonomischen oder andern Unterscheidungen zu Anwendung kommen müßten [sic!]“ (Schmitt 2008: 26). Das Politische befasst sich mit der Bildung eines ‚Sie‘ in Unterscheidung zu einem ‚Wir‘ und ist dadurch bemüht, kollektive Formen der Identifikation

herzustellen. Der Gegensatz hat mit Konflikt und Antagonismus zu tun und fällt somit in eine Sphäre der Entscheidung und nicht in eine Sphäre der freien Diskussion (Mouffe 2007: 18-19).

Das reine Prinzip des Liberalismus kann keine spezifische politische Konzeption aus sich hervorbringen, da jeder konsistente Individualismus das Individuum zum letzten Bezugspunkt macht und dadurch das Politische, in seiner wesentlichen Form, ignoriert. Das liberale Denken ignoriert den Staat und die Politik, da sich dieses in einer wiederkehrenden Polarität von zwei entgegengesetzten Sphären, nämlich Ethik und Wirtschaft, befindet. Das liberale System setzt *den Einzelnen* an den Anfang und das Ende seines Denkens (Schmitt 1933: 51). Der methodologische Individualismus schließt daher das Verständnis für das Wesen kollektiver Identitäten aus, welches das Kriterium des Politischen darstellt. Das Politische lässt sich nur durch Bezugnahme auf die Möglichkeit der Freund- und Feindgruppe begreifen (Schmitt 1933: 18).

Ein letzter wesentlicher Punkt in Schmitts Konzeption ist die These, dass jeder Konsens auf Akten der Ausschließung beruht, dies schließt wiederum die Möglichkeit eines einschließenden rationalen Konsenses aus. Allerdings stellt – neben dem ausgeprägten Individualismus – der rationalistische Glaube an einen auf Vernunft basierenden universellen Konsens ein zentrales Merkmal im liberalen Denken dar. Ein konsistenter Rationalismus negiert die Irreduzibilität des Antagonismus, also das wesentliche Moment, in dem die Entscheidung getroffen wird. Dies erklärt die Unmöglichkeit des Liberalismus, das Politische in seiner antagonistischen Form zu begreifen. Durch die Verankerung des liberalen Denkens im Individualismus und Rationalismus ist „seine Blindheit für das Politische in seiner antagonistischen Dimension daher keine bloß kontingente, sondern eine konstitutive Leerstelle“ (Mouffe 2008: 19).

Der wesentliche Punkt in Schmitts Denken ist die Freund-Feind Unterscheidung des Politischen. Durch die Entstehung des ‚Wir‘ und ‚Sie‘ im Politischen ist das Politische um kollektive Formen von Identität bemüht.

Weiterentwicklung des Konzepts des Politischen bei Mouffe

Chantal Mouffe bezieht sich in ihrer Konzeption des Politischen im Wesentlichen auf Carl Schmitt, trennt sich aber ab einem gewissen Punkt von ihm. Dies geschieht an jener Stelle, an der Schmitt darauf beharrt, dass es innerhalb eines demokratischen Gemeinwesens keinen Pluralismus gibt. Demokratie im Sinne Schmitts erfordert einen homogenen Demos, dies schließt jede Möglichkeit von Pluralismus per se aus (Mouffe 2007: 22). Allerdings weist Mouffe auf ein weiteres zentrales Merkmal hin, nämlich die Betonung Schmitts auf die Relationalität von politischen Identitäten, zu einem Zeitpunkt als es den Poststrukturalismus noch nicht gab (Mouffe 2007: 23). In ihrem Werk „Über das Politische“ (2007) arbeitet Mouffe den Begriff des Politischen weiter aus und deckt Defizite sowie politische Gefahren postpolitischer Konzeptionen von Politik auf. Sie hebt den antagonistischen Charakter von Politik hervor und argumentiert gegen die Möglichkeit eines universalen rationalen Konsenses (Mouffe 2007).

Die antagonistische¹ Konzeption des Politischen wird in Mouffes Denken mit der Anerkennung des Pluralismus innerhalb der Gesellschaft vereint. Identitäten, so Mouffe, sind immer relational und die Wahrnehmung eines ‚Außen‘ stellt die Vorbedingung für die Existenz jeglicher Identitäten dar. Durch die Affirmation von Differenz – also der Wahrnehmung etwas ‚Anderen‘ als Konstitution des ‚Außen‘ – wird die Vorbedingung für die Existenz jeder Identität gegeben. Sobald die eigene Identität infrage gestellt wird und die eigene Existenz vom Anderen bedroht wird, schlägt die Wir-Sie-Beziehung in eine antagonistische Beziehung um (Mouffe 2016: 26).

¹ Wortherkunft: Der Begriff „Antagonismus“ stammt aus dem Griechischen und bedeutet soviel wie Widerstreit, Gegensatz (Duden 2021).

Die konstituierende Unterscheidung zwischen ‚Wir‘ und ‚Sie‘ für die Politik versucht Mouffe nun mit einer Anerkennung von Pluralismen zu vereinen (Mouffe 2016: 28), um die antagonistische Beziehung innerhalb der Wir-Sie-Relation zu ‚zähmen‘. Dies erfolgt in ihrem Werk „Das demokratische Paradox“ (Mouffe 2010) durch die Transformation des Antagonismus in einen Agonismus. Dieser ist eine Wir-Sie-Beziehung, bei der die Konfliktparteien die Legitimität ihrer Kontrahent*innen anerkennen und dabei einsehen, dass es für den Konflikt keine rationale Lösung gibt. In diesem Vorgang erfolgt eine Transformation des ‚Feindes‘ in einen ‚Gegner‘. Diese Entwicklung bildet ein konstitutives Moment für die demokratische Politik, da die Umwandlung des Antagonismus in einen Agonismus ermöglicht wird. Ein wichtiger Punkt hierbei ist die Akzeptanz und *Legitimation* von Konflikt. Demokratische Politik ermöglicht es, den ‚Anderen‘ nicht als Feind darzustellen, sondern als Gegner, dessen andere Meinung/Ideen bekämpft werden muss/müssen, aber unter Einhaltung bestimmter Rechte. Das legitime Recht des Gegners, für dessen Meinung einzutreten, wird nicht infrage gestellt. Der Kampf um die widerstreitenden Meinungen erfolgt aus dem Grund, da beide Parteien ihre Interpretation der Prinzipien als hegemonial durchzusetzen versuchen (Mouffe 2016: 28-29).

Anerkennung des Konflikts in der Demokratie

Dieser Widerstreit zwischen Kontrahenten stellt „die Grundbedingung einer lebendigen Demokratie“ (Mouffe 2016: 29) dar. Eine funktionierende Demokratie braucht demnach den Widerstreit demokratisch-politischer Positionen, da eine zu große Orientierung am Konsens in einer Entfremdung der politischen Partizipation mündet. Im politischen Prozess ist die Konsensfindung zweifellos unerlässlich, allerdings kann dieser Konsens stets von Dissens begleitet sein (Mouffe 2016: 31).

Um eine Politik jenseits der Mitte zu re-artikulieren und dem Zustand der Postdemokratie entgegenzuwirken, ist es notwendig, konfligierende Alternativen im politischen Feld/Prozess

anzubieten. Konflikte innerhalb der Gesellschaft müssen artikuliert und ausgetragen werden, allerdings unter Berücksichtigung demokratischer Rahmenbedingungen. Nur durch die Austragung von Konflikten und die Umwandlung in Agonismen können unterschiedliche Meinungen und divergierende Interessen in der politischen Arena vertreten werden. Dies erfolgt im Bewusstsein, dass ein rationalistischer, universaler Konsens im demokratischen Prozess nicht mehr hegemonial ist. Dieser wird durch die Anerkennung kollektiver Identitäten und der pluralistischen Natur des Sozialen, inklusive der Konflikte, welche dem Pluralismus inhärent sind, ersetzt. Demokratie lebt von widerstreitenden Interessen und Positionen, demnach kann es eine Hauptaufgabe der Demokratie sein, Antagonismen in Agonismen umzuwandeln (Mouffe 2007: 30).

Im Zeitalter des Neoliberalismus wäre es demokratiepolitisch wichtig, verschiedene (politische) Positionen anzubieten, um Bürger*innen eine Wahlmöglichkeit zur Identifikation zu geben. Durch die Aufwertung von sozialen Bewegungen, die eine bestimmte Forderung repräsentieren (z.B. Schutz des Klimas) und sich damit bewusst gegen-hegemonial positionieren, bieten diese neue Identifikationsmöglichkeiten für Bürger*innen. Dadurch würde auch eine potenzielle Rückbesinnung auf eine Politik, die zwischen den Polen Links-Rechts angesiedelt ist, entfallen.

Um einen Bezug zu einem präsenten globalen Konflikt zu nennen, welcher ausgetragen werden muss, da er uns *alle* betrifft: das ist der Konflikt zwischen dem Erreichen der Klimaziele und dem jetzigen ökonomischen Modell, welches Wachstum priorisiert. Da dieser Konflikt nicht nur die jetzige Generation, sondern vor allem zukünftige Generationen betrifft. Somit sollte dieser Konflikt als tatsächlicher Konflikt anerkannt werden, in dessen Diskurs unterschiedliche Positionen anerkannt werden. Anhand dieser Positionierungen entstehen Möglichkeiten zur Identifikation für Bürger*innen und somit eine Wahlmöglichkeit, für eine Wahl, für die es hoffentlich noch nicht zu spät ist.

Petra Kolb studiert Politikwissenschaft und Internationale Entwicklung an der Universität Wien. Ihre Interessensgebiete liegen im Bereich der Politischen Theorie (besonders Theorien der Demokratie) und der Entwicklungsforschung.

Literatur

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Dudenredaktion (o. J.): Antagonismus. <https://www.duden.de/rechtschreibung/Antagonismus> [letzter Zugriff am 14.11.2021, 16:09]

Giddens, Anthony (1998): The Third Way: The Renewal of Social Democracy. Cambridge: Polity.

Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Mouffe, Chantal (2010): Das demokratische Paradox. Wien: Turia + Kant.

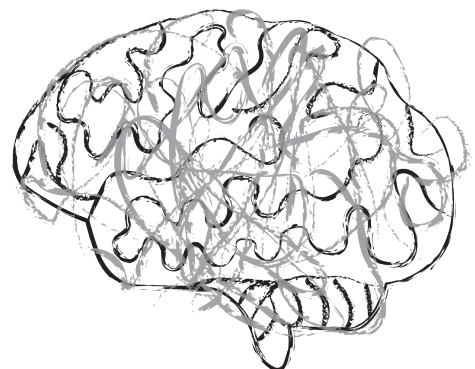
Mouffe, Chantal (2016): Agonistik. Die Welt politisch Denken., Berlin: Suhrkamp Verlag.

Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Ranciere, Jaques (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Schmitt, Carl (1933): Der Begriff des Politischen. Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt.

Schmitt, Carl (2009): Der Begriff des Politischen. Berlin: Duncker & Humblot GmbH.



Schicht vs. Klasse – Worte für gesellschaftliche Wirklichkeit

Sophie Krassnitzer & Katharina Prielinger

Wie oft kommt in einem Politikwissenschafts-Bachelor das Wort „Klasse“ als analytischer Begriff vor? Sehr selten, vorausgesetzt, man vertieft sich nicht in marxistische Studien. In Gesellschaftsanalysen und Ungleichheitsforschung hört man hauptsächlich den Begriff „soziale Schicht“ oder „Gesellschaftsschicht“. Diese Entwicklung ergibt sich auch durch die Meinung von Soziolog*innen, dass unsere moderne Gesellschaft nicht mehr von zwei Klassen geprägt sei, sondern die Grenzen viel weicher würden und sich nuancierte Schichten herausgebildet hätten (z.B. Ulrich Beck 1996). Somit würde der Begriff Klasse als Analyse-kategorie nicht mehr zutreffend sein und müsse durch Schicht ersetzt werden. Aber wofür stehen diese beiden Begriffe – Schicht und Klasse – überhaupt? Können sie denn austauschbar verwendet werden?

Klasse oder Schicht – was heißt jetzt was?

Klasse¹ ist in diesem Kontext hauptsächlich auf Karl Marx zurückzuführen und beschreibt eine gesellschaftliche Ordnung mit zwei Ausprägungen: entweder wir sind Teil der Klasse, die das Eigentum an Produktionsmitteln (z.B. Fabriken, Wohnungen, Firmenanteile) innehat (Bourgeoisie) oder wir sind Teil der Klasse, die nur ihre eigene Arbeitskraft besitzt und diese für Lohn verkaufen muss (Proletariat). Im Unterschied zu Schicht ist dieser Begriff also rein historisch schon vorgeprägt. In diesem und auch fast

allen anderen Zusammenhängen steht Klasse immer auch für *Hierarchie*. Wie schon beim ursprünglichen Marx-Beispiel gezeigt, ist eine Klasse oben und eine Klasse unten, das impliziert auch deren Beziehung. So wie wir in der Schule unterschiedliche Klassen durchlaufen und aufsteigen, ein E-Herd eine gute Energie-Effizienz-Klasse haben kann oder die unterschiedlichsten Produkte klassifiziert werden, geht es schlichtweg um besser oder schlechter. Gerade in der Marx'schen Verwendung hat Klasse aber auch starke Identifikations-Aspekte: Die Zugehörigkeit zur Klasse ohne Eigentum an Produktionsmitteln macht mich auch zur Proletarierin – ich bin auch meine Klasse. Dies wird natürlich noch deutlicher in der Unterscheidung von Klasse an sich und Klasse für sich. Klasse an sich meint, dass sich Personen aufgrund der Umstände in einer Klasse befinden, Klasse für sich bedeutet, dass sie sich dessen aktiv bewusstwerden und gemeinsam als Klasse erleben. Das äußert sich auch in den vielen identitätsstiftenden Zugehörigkeitspraxen der Arbeiter*innen-Bewegung – beispielsweise Arbeiter*innenlieder, eigene Bibliotheken, das Konzept der Gemeindebauten im Roten Wien und eine generelle gemeinsame Kultur. Zudem kann das Wort „Klasse“ auch als Adjektiv verwendet werden: Personen „aus gutem Hause“ können auch als Personen „mit Klasse“ bezeichnet werden, was für ihren guten gesellschaftlichen Status, aber auch die damit assoziierten Manieren steht. Eine Person „mit Schicht“ würde – wenn überhaupt – etwas anderes meinen.

Sehen wir uns im Vergleich dazu den Begriff „Schicht“ an, ist dieser viel weniger belastet und weniger intensiv konnotiert. Schichten kennen wir auch von Torten und Lasagnen oder aber auch

¹ Die folgende Analyse hier bezieht sich nur auf die deutschen Begriffe und deren Verwendung und kann nicht universal gültig sein. Im Anglo-amerikanischen, wo z. B. auch das Wort „middle-class“ verwendet wird, ergeben sich auch aus dem anderen Kontext wiederum andere Entwicklungen.

von Gesteinsschichten und dem Schichtbetrieb in Produktionsfirmen. Das sind alles Dinge, die zwar unterschiedliche Lagen oder Situationen bezeichnen, anders als bei Klasse wird dabei aber keineswegs auf eine Hierarchie oder Ungleichheit zwischen den Schichten hingedeutet. Wie schon in der begrifflichen Entwicklung zu sehen, wurde Schicht eingeführt, um die teilweise Auflösung der Klassengesellschaft in der Postmoderne zu beschreiben. Dichotome Klassen wurden für soziologische Analysen zur Gesellschaft als nicht mehr zutreffend gesehen, vielmehr sollte von unterschiedlichen, durchlässigen Schichten gesprochen werden. Hier wird auch der wesentliche Unterschied zwischen Klasse und Schicht klar: Klassengesellschaft bedeutet (im Marx'schen Sinne) determinierte, nur schwer veränderbare Zustände, Schichten sind nicht absolut, stehen eher nebeneinander als übereinander und können gewechselt werden – soll uns zumindest suggeriert werden. Diese Veränderung der Bezeichnung ist, wie erwähnt, durch gesellschaftliche Veränderungen entstanden. Die teilweise Auflösung der beiden ursprünglichen Klassen geht mit der Entstehung der Mittelschicht einher. Sie gehört weder zur einen noch zur anderen Klasse und hat die Verwendung des Klassenbegriffs anscheinend überflüssig gemacht – mittlerweile wird also alles mit Schichten bezeichnet. Mit der Veränderung dieser Begriffe und dem hauptsächlich Verwenden von Schicht werden wir aber blind für alles, was besser mit Klasse beschrieben wird. Denn unsere Sprache hat immer auch Gestaltungscharakter. Wenn wir Klasse als Wort nicht mehr verwenden, werden auch die damit angesprochenen Probleme unsichtbar. Es gibt dennoch genügend Situationen in unserer Gesellschaft, die mit dem Klassenbegriff analysiert werden müssen – da wir eben nicht 'eh alle halbwegs gleich, nur in verschiedenen Schichten', sind.

Es stellt sich also die Frage, kann die Aufteilung in Bourgeoisie und Proletariat nach Marx auf die heutige Zeit angewandt werden? Dass es heute keine einfache Unterscheidung mehr gibt, entspricht schließlich der Wahrheit, die Gesellschaft ist differenzierter als zu Marx' Lebzeiten. Trotzdem kann auch heute eine Grenze gezogen werden, die in zwei Klassen einteilt.

Wenn wir also von der Bourgeoisie heute reden, meinen wir die „Superreichen“²; die Milliardär*innen und Millionär*innen, deren Geld sich durch die Arbeit anderer reproduziert, diejenigen, die gar nicht so viel Geld ausgeben können, dass es ihr Vermögen nachhaltig beeinflusst. Das Proletariat besteht aus den Menschen, bei denen das nicht so ist. Es sind die Menschen, die nicht so viel Geld besitzen, dass sie theoretisch für den Rest ihres Lebens aufhören könnten zu arbeiten.

Wo Klasse sichtbar wird

Welcher Klasse – oder auch welcher Schicht – eine Person angehört, ist jeden Tag zu spüren, in jeder Lebenssituation und auf allen Ebenen macht es einen Unterschied. Ein klassisches Beispiel, das den meisten bekannt ist, ist die Bildungsvererbung (siehe zum Beispiel Schaffer 2020). Welcher Bildungsweg eingeschlagen wird, wird meist durch die Klasse bzw. Schicht determiniert und die Bildung öffnet die Möglichkeiten, die im restlichen Berufsleben zur Verfügung stehen. Weiters ist im Gesundheitsbereich ein starker Unterschied zu sehen, denken wir nur an die Wartezeiten bei Kassenärzt*innen im Gegensatz zu Privatmediziner*innen (interessanterweise ist hier der Begriff „Zwei-Klassen-Medizin“ geläufig). Die Gesundheit, und in weiterer Folge auch die Lebensqualität und -dauer, wird also auch von der Klassenzugehörigkeit beeinflusst (siehe z. B. Lamei et al., 2019).

Auch auf subtileren Ebenen hat die ökonomische Stellung Einfluss. Die gesamte Wahrnehmung einer Person und damit das Verhalten anderer und Reaktionen auf die Person werden beeinflusst. Personen aus einer oberen Schicht oder Klasse können sich oft mehr erlauben, zum Beispiel in ihrem Kleidungsstil und allgemeinem Aussehen, und ihnen wird eher Vertrauen geschenkt und Hilfe geboten: Wenn jemand von einem Mann in Anzug und von

² Der Vermögensforscher Martin Schürz hat dafür den Begriff der „Überreichen“ eingeführt (Schürz, 2019: 7)

einem Mann mit fleckigem T-Shirt und zerrissener Hose gefragt wird, ob das Handy kurz ausgeborgt werden kann, wem wird eher geholfen und vertraut?

Neben dem Aussehen verrät außerdem der Habitus, aus welchem Umfeld man kommt. Dieser wird in der eigenen Klasse erlernt und kann nicht kurzfristig geändert werden (*siehe hierzu den Artikel von Carlotta Partzsch in dieser Ausgabe*). Allein durch den Habitus wird man verschiedener Behandlung durch andere Menschen ausgesetzt.

Die bisher genannten Beispiele zeigen Differenzen auf, diese sind jedoch von den verschiedenen Schichten, die innerhalb einer Klasse zu finden sind, abhängig. De facto macht es also auch einen Unterschied, in welcher Schicht man sich befindet, auch wenn wir hier die Mittelschicht und „klassische“ Arbeiter*innen einer Klasse zuordnen, sind die Lebensrealitäten nicht zu vergleichen. Man darf nicht in eine ‚Wir sind doch alle gleichmäßige Opfer des Kapitalismus‘-Mentalität verfallen. Was sind aber die Unterschiede, die zwischen den Klassen zu sehen sind?

Der wohl gravierendste Unterschied ist, dass das Recht für die Bourgeoisie in einem gewissen Ausmaß ausgesetzt werden kann bzw. aussetzt: Jegliche Gesetze, die mit Geldstrafen sanktioniert werden, gelten nicht im selben Ausmaß für Menschen der Bourgeoisie. Ab einer gewissen ökonomischen Position macht es für das Vermögen so gut wie keinen Unterschied, wenn Strafen gezahlt werden müssen. Da Verwaltungsstrafen auch nicht im Strafregister aufscheinen, kann auch so oft dagegen verstoßen werden, wie man es sich leisten kann – was bei manchen Menschen unendlich oft bedeutet. In strafrechtlichen Verfahren gilt das Recht zwar *gleich*, durch die monetäre Situation werden jedoch die weiteren Möglichkeiten beeinflusst, wie Kaution oder die rechtliche Vertretung, die das Ergebnis des Verfahrens erheblich beeinflussen kann.

Es gibt also auch von *Schicht zu Schicht* Unterschiede, jedoch wird das mit dem Begriff von *Klasse* viel eindeutiger: Klasse hängt mit Herrschaft und Macht

zusammen. Diese Verhältnisse darzustellen, ist essentiell und dafür reicht der Begriff der Schicht nicht. Trotzdem sehen wir, dass auch innerhalb der Klassen klare Disparitäten zu beobachten sind. Wie konnte es passieren, dass sich eine solche Distanz innerhalb einer Klasse entwickelt hat?

Die Distanz im Proletariat

Um diese Frage zu beantworten, greifen wir auf den Soziologen Didier Eribon zurück, der seine eigenen Erfahrungen in seinem Buch *Rückkehr nach Reims* (2009)³ beschreibt. Er kommt aus einer Arbeiter*innenfamilie, hat es jedoch in die intellektuelle Elite Frankreichs geschafft und konnte dort auch seine Identität als schwuler Mann ausleben. Er analysiert die Scham über seine Herkunft und die Diskrepanz zwischen dieser und seinem neuen Umfeld. Hier zeigt sich genau die Distanz innerhalb einer Klasse: die Mittelschicht, die oft die intellektuelle Elite ist, entfernt sich von ihrer eigentlichen Klasse, dem Proletariat. Die Mittelschicht grenzt sich nach „unten“, aber auch nach „oben“ ab, sie übernimmt keine Verantwortung für das Leid und die Ausbeutung der Arbeiter*innen, weil sie nicht diejenigen sind, die Produktionsmittel besitzen und ausbeuten. Trotzdem zählt sie sich nicht zu den Arbeiter*innen, sondern begegnet diesen oft mit Ablehnung. Sie distanzieren sich von der Bourgeoisie und kritisieren den Kapitalismus, profitieren jedoch von ihrer Stellung in der Gesellschaft als Mittelschicht, der auch ein Wechsel der Klasse – das Aufsteigen in die Bourgeoisie – zugetraut wird.

Die Mittelschicht konstruiert ihre Identität nicht mehr über die Kategorie der Klasse, sondern über andere Kategorien wie Sexualität (dies spricht auch Eribon an). Das kann einerseits auf die selbst kreierte Distanz zurückgeführt werden, jedoch auch auf monetäre Mittel, die zur Verfügung stehen. Verschiedene Identitäten gibt es schließlich in jeder Schicht bzw. Klasse, die damit verbundenen

³ 2020 ist bei Arte auch ein Film zum Buch erschienen und online verfügbar.

Problematiken, Diskriminierungen und persönlichen Erfahrungen sowie Schwierigkeiten bestehen auch bei Arbeiter*innen. Sie haben jedoch im Gegensatz zur Mittelschicht schlicht und einfach weniger Zeit und wahrscheinlich auch weniger Energie, sich damit zu befassen. Wie Maslow in seiner Bedürfnispyramide (Healy 2016) schon dargestellt hat: bevor individuelle Bedürfnisse und Selbstverwirklichung passieren kann, muss die Existenz gesichert werden; und wenn es zudem keine Auslagerung von Tätigkeiten gibt, z.B. an Putzkräfte oder Babysitter*innen, nimmt diese Kombi aus Vollzeitjob und Reproduktionsarbeit die gesamte Zeit in Anspruch. So vergrößert sich die Diskrepanz innerhalb einer Klasse immer mehr – und dadurch wird es unmöglich, eine Klasse für sich zu werden.

Wer wiederum in schlechteren „ökonomischen Verhältnissen“ bzw. Armut lebt und nicht der Mittelschicht angehört, wird aber meistens selbst beschuldigt. Denn, wie auch der Schicht-Begriff impliziert: Wer hart genug arbeitet, kann ja eh aufsteigen! Diese Weisheit, von Neoliberalismus und Individualisierung im Chor gesungen, ist aber schlichtweg ein Mythos⁴. Die meisten Leuten können auch mit noch so viel Arbeit nicht erreichen, was manche von Geburt an haben: eine signifikante Menge an Besitz bzw. finanzieller Absicherung. Solange man die Verantwortung aber an die einzelnen Individuen abschiebt, kann sich das schuldige System schön raushalten. Bis heute ist Armut bzw. ökonomische Diskriminierung die letzte Ungleichheit geblieben, die den Gleichberechtigungs-Mainstream nicht interessiert. H&M verkauft „this is what a feminist looks like“-T-Shirts, Coco-Cola druckt im Juni Regenbogen auf die Dosen, aber Diskriminierung aufgrund von Klassenzugehörigkeit (Klassismus) bleibt bis heute unberührt. Was auch nicht verwundert, ist es doch die Ungleichheit, die unser System am Laufen

hält⁵. Niemand (oder zumindest die meisten) würden einer Frau, einer schwarzen oder einer behinderten Person sagen, sie oder er solle doch einfach die Gruppe (Schicht, Klasse) wechseln, mit harter Arbeit zu den Männern, Weißen oder able-bodied-Personen aufsteigen. Hier wird ganz klar darüber geredet, dass das System das Problem ist und nicht die Individuen. Bei sozialer bzw. ökonomischer Ungleichheit wird das aber ignoriert und ausgeklammert. Wer arm ist, ist immer selbst schuld.

Und was jetzt?

Dieser Text soll zeigen, dass das Wort Klasse wieder aus den Schubladen geholt werden soll, um der „Schicht“ Konkurrenz zu machen. Denn je nachdem, wie wir (im Alltag sowie im Studium und der Forschung) unsere Realität bezeichnen, können wir sie unterschiedlich wahrnehmen. Mit dem Wort Klasse können und sollen wir endlich wieder sehen, dass die postmoderne Schichten-Gesellschaft noch genauso davon geprägt ist, wer (viel) Besitz hat und wer de facto von seiner eigenen Arbeitskraft als Kapital abhängig ist. Doch wie machen wir das? Es muss damit anfangen, dass die Mittelschicht – und damit vielleicht auch viele von uns Studierenden – sich nicht mehr auf beiden Seiten ausgeklammert sieht und damit aus der Verantwortung zieht. Auch wenn Teile von uns weder Großgrund- oder Fabrikbesitzer*innen noch ‚echte‘ Arbeiter*innenkinder sind, wir können genauso Gewerkschaften unterstützen⁶, körperliche Arbeit (durch z.B. Handwerker*innen oder Verkaufsmitarbeiter*innen) wertschätzen, für diejenigen kämpfen, die selbst nicht die Zeit und Energie aufbringen können und mit jenen kämpfen, die die Auswirkungen des Kapitalismus am stärksten spüren. So kann Stück für Stück Solidarität und schlussendlich wieder eine Klasse für sich entstehen.

⁴ Es ist vor allem ein *weißer* Mythos. Personen, die einer Minderheit angehören, müssen meist doppelt so viel und so hart arbeiten, um einen ähnlichen Aufstieg zu erreichen. Wie so oft sind es auch hier intersektionale Diskriminierungsformen, die mit ökonomischer Situation zusammenhängen. (siehe z. B. OECD 2016; Sam Fulwood III, 2016)

⁵ siehe dazu auch den deutschen Bildungswissenschaftler Aladin El-Mafaalani

⁶ Zum Beispiel bei der Gewerkschaft GPA Mitglied zu werden, ist auch als Student*in möglich

Sophie Krassnitzer, geb. 1998, hat Politikwissenschaft und Soziologie studiert und engagiert sich in ihrer Freizeit bei der Sozialistischen Jugend Wien und sozialen Einrichtungen.

Katharina Prielinger, geb. 1997, hat ebenfalls Politikwissenschaft und Soziologie studiert und sich bei der Stv. Bagru Soziologie engagiert.

Literatur

Beck, U., Giddens, A., & Lash, S. (1996). Reflexive Modernisierung: Eine Kontroverse (Dt. Erstausg., 1. Aufl.). Suhrkamp.

Eribon, D. (2020). Rückkehr nach Reims (T. Haberkorn, Übers.; 20. Auflage). Suhrkamp.

Fulwood III, S. (o. J.). Continuing Inequalities Blur the American Dream. Center for American Progress. Abgerufen 21. Dezember 2021, von <https://www.americanprogress.org/article/continuing-inequalities-blur-the-american-dream/>

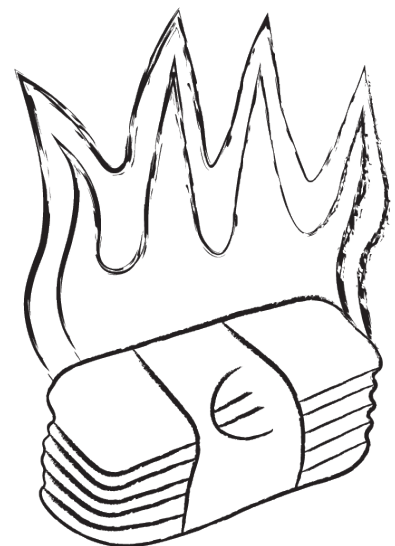
Healy, K. (2016). A Theory of Human Motivation by Abraham H. Maslow (1942). British Journal of Psychiatry, 208(4), 313–313. <https://doi.org/10.1192/bjp.bp.115.179622>

Lamei, N., Psihoda, S., & Skina-Tabue, M. (2019). Analyse von Daten des EU-SILC-Moduls 2017 zu Gesundheit und Kindergesundheit. 13.

OECD. (2016). OECD Economic Surveys: United States 2016. OECD. https://doi.org/10.1787/eco_surveys-usa-2016-en

Schaffer, T. (2020, 10). Bildung wird in Österreich vererbt. Moment.at. <https://www.moment.at/story/bildung-wird-oesterreich-vererbt>

Schürz, M. (2019). Überreichtum. Campus Verlag.



Konsumindividuen in der ökologischen Krise¹

Johannes Greß

Die wohl herausragendste Eigenschaft der kapitalistischen Produktionsweise ist die Fähigkeit, sich trotz inhärenter Krisentendenzen stets aufs Neue reproduzieren zu können; trotz teils katastrophaler politischer, sozialer und ökonomischer Verwerfungen für eine ausreichende Unterstützer:innenzahl attraktiv, ja alternativlos zu erscheinen. Es ist die Fähigkeit, Kritik, die in Folge multipler Krisenphänomene aufkommt, zu absorbieren, zu integrieren – kapitalistisch zu *verwerten*. Das ist insofern bemerkenswert, als der „Kapitalismus selbst [...] über keinerlei Mittel [verfügt]“ (Boltanski/Chiapello 2003, 58), um seine eigene, ideologische Reproduktion zu stützen.

Trotz einer – im ursprünglichen Wortsinn – *essentiellen* ökologischen Krise scheint das Dogma kapitalistischer Akkumulation und deren ideologische Anziehungskraft bis heute ungebrochen. Versuche, die sich radikalisierte ökologische Krise zu bearbeiten, erschöpfen sich zumeist in kosmetischen Eingriffen, die weit davon entfernt sind, die selbstgesteckten Umwelt- und Klimaziele einhalten zu können (UNEP 2021). Weniger die Bewahrung lebenserhaltender Ökosysteme scheint die *Essenz* menschlichen Zusammen- und Überlebens zu bilden als vielmehr die Unantastbarkeit kapitalistischen Wachstums. Umweltschutz soll „Spaß“ machen, ist allerorts zu lesen, und soll „ein absoluter Job- und Wirtschaftsmotor“ sein, wie Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) wissen lässt (BMK 2021). Dass es ausgerechnet Wirtschaftswachstum und Arbeit – kulturindustriell in „Spaß“ verpackt – sind,

die für die fortschreitende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage verantwortlich sind (Haberl et. al. 2020), wird dabei beflissentlich ignoriert.

Einer der Gründe dafür – so die These dieses Beitrags – liegt in der für gegenwärtige Gesellschaften des Globalen Nordens charakteristischen Funktion von Konsum. Dieser war und ist essentieller Bestandteil kapitalistischer Reproduktion, und zwar in ökonomischer und ideologischer Hinsicht: einerseits kann sich eine auf beständige Kapitalakkumulation angewiesene Produktionsweise nur dann reproduzieren, wenn die von ihr produzierten Waren ihren Mehrwert realisieren, d.h. wenn Geld (G) zu Ware (W) und diese zu mehr Geld (G') wird. Anders formuliert: produzierte Waren müssen konsumiert werden, der Ladenhüter ist der Todfeind des Kapitalismus (Haug 2009). Andererseits – und im vorliegenden Zusammenhang interessanter – dient Konsum der ideologischen Reproduktion der bestehenden entlang von Klassen, Gender und ethnischer Zuschreibung herrschaftlich organisierten Gesellschaftsstruktur. Konsum ist spätestens mit Herausbildung der fordistischen Produktionsweise die treibende Kraft zur Integration der (oppositionellen) Massen ins System (Marcuse 2014 [1967]; Haug 2009).

Nicht Repression und Unterdrückung, sondern ein schier unüberschaubares Warenangebot und schier unendliche Konsummöglichkeiten sind es, die die Herausbildung einer „affirmative[n] Charakterstruktur“ (Marcuse 1979, 170) in den Reihen der Subalternen forcieren und das „Entstehen eines radikalen Charakters“ (ebd.) bereits im Keim ersticken. Nicht Militär, Polizei und Justiz, sondern Kaufhaus, Kino und Herrenparfüms sind es, die eine „Gesellschaft ohne Opposition“ hervorbringen (Marcuse 2014 [1967], 11).

¹ Der Artikel ist ein Auszug aus „Konsumideologie. Kapitalismus und Opposition in Zeiten der Klimakrise“ (2022, Schmetterling Verlag).

Im Umkehrschluss bedeutet das: aus Sicht des Blocks an der Macht sind biophysische Wachstumsgrenzen, sog. *tipping points*, nicht nur eine *ökonomische*, sondern ebenso eine *ideologische* Bedrohung – in Form einer Infragestellung der ideologischen Reproduktion herrschaftlich organisierter Gesellschaftsstrukturen qua Konsum. Kurz: Was die ökologische Krise für den Block an der Macht bedrohlich macht, ist der Umstand, dass die Infragestellung kapitalistischen Wachstums mittelbar ebenso eine Infragestellung kapitalistischer Herrschaft bedeutet.

Es gibt daher unzählige Beispiele wie derzeit versucht wird, die Quadratur des Kreises zu vollziehen und wirtschaftliches Wachstum und ein stetig wachsendes Konsumniveau von sozialen und ökologischen Schäden zu entkoppeln – und es sind mitunter beeindruckende Beispiele für die Anpassungsfähigkeit und Wandelbarkeit kapitalistischer Produktion. Nachfolgend soll jedoch der Fokus auf den ideologischen Aspekten der Bearbeitungsmodi der ökologischen Krise liegen. Anhand der ideologischen Figur des „Konsumindividuum“ soll entlang dreier Beispiele gezeigt werden, wie derzeit angesichts einer sich zuspitzenden ökologischen Krise seitens des herrschenden Machtblocks versucht wird, kapitalistisches Wachstum aufrechtzuerhalten und gleichzeitig die Herausbildung eines kollektiven gegenhegemonialen Subjekts verhindert, d.h. eine konflikthafte Situation *entpolitisiert* werden soll.

„Sag einfach Wizz“

Für die vorliegende Betrachtung besonders anschaulich ist eine digitale Werbetafel der Billig-Airline Wizz Air, die im Sommer 2020 in Wien zu sehen war. Darauf heißt es in großen Lettern: „Nachhaltigkeit ist ein langes Wort. Sag einfach Wizz“. Darunter in Kleinbuchstaben: „Europas Airline mit dem kleinsten CO₂ Fussabdruck“. Zunächst ist bemerkenswert, dass das eigentliche Produkt keine Erwähnung findet. Es werden keine Destinationen beworben, die die Airline anfliegt; keine Niedrigpreise und Angebote, die die Kund:innen an Board locken sollen; kein Strand-Flair, der Lust auf Urlaub macht. Die „Nachhaltigkeit“ selbst wird zum Objekt-Grund des Begehrens. Völlig

frei von jeglicher Konnotation des Verzichts oder der Entsagung wird ausgerechnet eine Flugreise als Beitrag zur Nachhaltigkeit beworben. Die Werbetafel intendiert quasi, die Flugreise an sich sei bereits ein *Beitrag* zu einer nachhaltigen Lebensweise, denn – so die implizite, *ideologische* Message – in den Urlaub zu fliegen ist ohnehin alternativlos, Bestandteil „menschliche[r] Bedürfnisse, sozial verallgemeinert und raumzeitlich entkontextualisiert“ (Köhler/Wissen 2010, 219), ein universal gültiger Anspruch (in dessen Genuss, nebenbei bemerkt, ca. 80 Prozent der Weltbevölkerung nie kamen und kommen werden) – wieso also nicht „Europas Airline mit dem kleinsten CO₂ Fussabdruck“ wählen, um so immerhin einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten?

Selbst angesichts der sich radikal zuspitzenden ökologischen Krise und dem Wissen um den ökologischen Fußabdruck von Flugreisen, wird nicht das Fliegen an sich in Frage gestellt, sondern als etwas präsentiert, das für Konsument:innen unvermeid-, unverzichtbar ist: *Wir wissen, was wir tun, aber wir tun es trotzdem*. Mittels des ideologischen Phantasmas einer „nachhaltigen Flugreise“ wird die konflikthafte Realität zu tilgen versucht und als eine Harmonische inszeniert, d.h. entpolitisiert. Wizz Air geht dabei so weit, ein Werbeplakat zu gestalten, das das *Objekt klein a* (Lacan) nicht mehr im Fliegen (und all seinen Konnotationen, wie des *wohlverdienten Ausgleichs eines anspruchsvollen, entfremdeten Arbeitslebens, des Ausdrucks der Freiheit, der Sehnsucht nach exotischen Orten, kulturellen Bereicherungen, ...*), sondern im Wert der „Nachhaltigkeit“ an sich verortet. Die Unnachhaltigkeit des Konsums wird im kapitalistischen Verwertungsprozess also in Form ihrer Negation selbst zum Konsumobjekt hochstilisiert, *die Negation* zum Objekt kapitalistischer Verwertung, zum Objekt-Grund des Begehrens – und somit wiederum zur *Ware*.

Was in dem Slogan zudem mitschwingt, ist die Anrufung der potentiellen Passagiere als Individuen, in deren Macht es steht, selbst etwas an der Unnachhaltigkeit ihrer Lebensweise zu ändern, indem sie die ‚richtigen‘ Konsumententscheidungen treffen. Da Nachhaltigkeit ein „langes Wort“ sei, es

sich ergo um eine komplexe, möglicherweise schwer zu durchdringende Materie handelt, kann die*der Einzelne auch den einfachen Weg gehen: Einfach „Wizz“ sagen. Das Individuum kann mit einer einfachen Konsumententscheidung – an Bord einer Wizz-Airline steigen – ihren persönlichen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten.

Ein Supermarkt für Expert:innen

Derlei Anrufungen von Bürger:innen als Konsumindividuen kommen besonders in Form diverser Labels und Zertifikate zum Ausdruck, die die biologische, umweltschonende, nachhaltige, regionale, faire, ethische, etc. Herstellung eines Produkts bezeugen sollen. Ich will und kann an dieser Stelle keine Beurteilung darüber abgeben, wie ‚ehrlich‘ solche Zertifikate sind und ob wirklich das ‚drinsteckt, was draufsteht‘. Was hier im Fokus stehen soll, ist die Form. Und diese bezeugt eine ideologische Artikulation in Reinform: diverse Zertifizierungen, die die ‚Reinheit‘ eines Produkts bezeugen sollen, bieten den Konsument:innen ein ideologisches Phantasma an, wonach das Begehren nach Konsumgütern der symbolischen Ordnung gemäß weiterhin praktiziert werden kann und soll. Die kapitalistische Reproduktion kann somit trotz vermeintlicher ‚Unregelmäßigkeiten‘ weiterlaufen – besiegelt durch das zertifizierte Versprechen, Konsum und ökologische Krise müssten keineswegs im Widerspruch zueinander stehen.

Dadurch, dass in „Geschäften [...] den Waren Antworten auf alle Fragen beigelegt [sind]“ (Bauman 2007, 26), heben Unternehmen ihre Konsument:innen in den „Rang des souveränen Subjekts“ – was dem einzelnen „Ego Auftrieb“ (ebd., 27) verleihen mag, jedoch die Verantwortung für die ökologischen und sozialen Schäden nicht den Produzent:innen, sondern den Konsument:innen aufbürdet. Letzterem steht es schließlich ‚frei‘, zu wählen, zwischen ‚nachhaltig‘ und ‚nicht-nachhaltig‘. Die Anrufung der Subjekte als verantwortungsbewusste, rationale Konsumindividuen ist ein Diskursangebot, das suggeriert, die ökologische

Krise könne auf individuellem Weg gelöst werden – und deren Bearbeitung liegt zugleich in der Verantwortung eines Individuums. Somit wird die ökologische Krise zur Aufgabe, „die individuell in Angriff genommen und gelöst werden muss, mit Hilfe von individuell erworbenen Konsumfertigkeiten und Handlungsmustern“ (75; Herv. i. O.).

Doch ein solcher Bearbeitungsmodus setzt Verhältnisse voraus, die den Konsument:innen völlig transparent sind. Wer sich im Supermarkt jemals zwischen den in Plastik verpackten, aber regional produzierten Äpfeln und den aus Neuseeland importierten, aber biologisch angebauten Äpfeln ohne Plastikverpackung entscheiden musste, weiß, welche praktischen Schwierigkeiten das mit sich bringt. In diesem Subjektverständnis wird von der*dem einzelnen Konsument:in erwartet, über Arbeitsbedingungen, Produktionsmethoden, Lieferketten, Energieeffizienz, etc. des jeweiligen Konsumobjekts *en detail* Bescheid zu wissen. Nur so wäre eine *bewusste* Entscheidung möglich, für die eine Konsument:in *verantwortlich* gemacht werden könnte.

Das Machtgefälle zwischen Konsument:innen und Kapital wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, welche Ressourcen in Psychologie, Neurowissenschaften und Verhaltensökonomie gesteckt werden, um das Kaufverhalten potentieller Konsument:innen subtil zu beeinflussen: „Hinter jedem Produkt stehen aber zahlreiche Personen organisiert, die den ganzen Tag seit vielen Jahren nur überlegen, wie sie die Entscheidungen des Konsumenten zu Gunsten ihres Produktes beeinflussen können“ (Spiess 2013, zit. n. Tröger 2014, 8). Am Beispiel eines Duschgels zeichnet Wolfgang Ullrich nach, wie ein aus Marketingexpert:innen bestehendes Orchester darum bemüht ist, eine „Choreographie der Emotionen“ (2011, 121) rund um ein Konsumobjekt zu installieren. Von Größe, Farbe, Oberflächenstruktur über Duft, Form und haptische Wahrnehmung wird in dieser Komposition nichts dem Zufall überlassen. Bis hin zum *Grande Finale*: dass das Öffnen des Verschlusses „wie ein erleichtertes Seufzen“ klingt (ebd., 119). In diesem Prozess sind diverse Marktforschungsinstitute damit

befasst, mittels tiefenpsychologischer Interviews und neurobiologischen Untersuchungen „jeden noch so gut verborgenen Wunsch zu entdecken und abzusaugen. Man testet, wie einzelne Sinnesreize ankommen, welche Assoziationen ein bestimmtes Design auslöst, wie ein Produkt erlebt wird“ (123).

Kurz: Die verantwortungsbewusste Entscheidung kann unmöglich eine *Bewusste* sein; und trotzdem wird die Bürde der Entscheidung als eine ‚Freie‘ gepriesen. Ganz so wie sich jedes Individuum seinen eigenen *way of life* zusammenkonsumieren können soll, obliegt auch die Entscheidung für oder gegen Umweltschutz der eigenen, freien Entscheidung.

Auf einer abstrakteren Ebene betrachtet sind diverse Zertifikate der Versuch, den großen Anderen zu leugnen und die Mangelhaftigkeit des Subjekts zu negieren: *Du allein entscheidest (was du für die Umwelt tun oder nicht tun willst)!* Den großen Anderen zu leugnen, bedeutet im Endeffekt, die Welt als die Summe rationaler, transparenter Entscheidungen mit sich selbst identischen Individuen zu begreifen. In einer (Konsum-)Welt transparenter, rationaler Entscheidungen nämlich liegt auch die *Verantwortung* notwendig bei der*dem Konsument:in, diese:r, wusste Bescheid‘ (dass sie*er mit dem jeweiligen Kaufakt die Umwelt schädigen, die biologische Vielfalt gefährden, Ausbeutungsverhältnisse reproduzieren, ...).

Diese sorgfältig eingebettete, klammheimliche Auslagerung der Verantwortung unter dem diskursiven Deckmäntelchen der „Freiheit“ meint Wendy Brown, wenn sie davon schreibt, dass der Neoliberalismus „eher termitenartig als löwenartig“ herrscht, eher sanft und ohne viel Getöse wirkt, sich „durch spezifische Regierungstechniken realisiert“ und dadurch „neue Subjekte, Verhaltensweisen, Beziehungen und Welten hervorbringt“ (Brown 2015, 38).

In den Sphären des „Grünen Kapitalismus“ wird die Dominanz mächtiger Kapitalfraktionen besonders deutlich, die von Brown beschriebene „Ökonomisierung“ sämtlicher Lebensbereiche, allen voran des Politischen, besonders schlagend.

Das Thema Umweltschutz wird heute selbst von sogenannten Umwelt- oder Ökoparteien wie den österreichischen oder den deutschen Grünen nur noch selten behandelt, ohne im selben Atemzug die Relevanz von Wirtschaft(swachstum) und Arbeitsplätzen zu betonen. ‚Die Umwelt‘ muss in einer Art und Weise an die vorherrschende Produktionsweise angepasst werden, die ein Weiter-wie-bisher zulässt – und nicht umgekehrt. Das *politische* Terrain ist engumzäunt von EU-Konvergenzkriterien, Schuldenbremsen im Verfassungsrang und diversen ‚Sachzwängen‘, *verwaltet* von einer Heerschar an Technokrat:innen, die die Herrschaft der Waren und deren Institutionen wie ein göttliches Gesetz von oben herab durchzusetzen vermögen.

Es ist (zumindest in einem gewissen Sinne) erstaunlich, wie das eigentlich Existentielle, die natürliche Lebensgrundlage, gegenüber wirtschaftlichen Paradigmen und daraus abgeleiteten Imperativen ‚selbstverständlich‘ das Nachsehen hat; ganz so als ob, die Luft zum Atmen nicht den Pflanzen, sondern dem Bruttoinlandsprodukt entspringt (Müller 2009). ‚Wie von selbst‘ ist somit auch der Umweltschutz in der Sprache der Ökonomie verfasst, die Anstrengungen zum Erhalt des Planeten müssen sich wirtschaftlichen Kennzahlen anpassen, sind stets nur Anhängsel einer höheren Ordnung, der es sich zu fügen gilt – der Umweltschutz wird zum Bittsteller einer als *übernatürlich* auftretenden Macht. Diese Macht verlangt nach Subjekten, die sich zuvorderst als Summe ihrer Konsumententscheidungen konstituieren, deren *gesellschaftliches* Engagement an der Obsttheke und nicht auf der Straße oder in Parlamenten stattfindet.

Der entpolitisierende Impetus einer solchen Subjektkonstitution sieht wie folgt aus: Konsument:innen werden einerseits mit einem ideologischen Phantasma ausgestattet, in welchem freiweg gelehrt wird, dass es überhaupt Grund gibt, etwas am Bestehenden verändern zu wollen: *Sie mögen von den unsäglichsten Zuständen der Massentierhaltung gehört haben, den Kindern in den Coltan-Minen des Kongo, den CO₂-Fußabdruck von Bananen aus Costa Rica – vergessen Sie das, kaufen Sie unser Produkt und Alles kann beim Alten*

bleiben! Andererseits wird die Herausbildung *kollektiver* Subjekte verhindert, indem die Risse und Krater an der Oberfläche der inszenierten Harmonie auf das (Fehl-) Verhalten Einzelner projiziert wird. Das *Reale* der Gesellschaft, deren antagonistische Klassenstruktur, bleibt unangetastet, die Herausbildung von Äquivalenzketten (Mouffe/Laclau 1991) wird tunlichst verhindert – die entpolitisierende Geste *par excellence*.

„Die Konsumgesellschaft“, schreibt Bauman, „hat eine nie da gewesene Fähigkeit entwickelt, jegliche Form von Dissens, den sie, genau wie andere Gesellschaftsformen, unweigerlich auslöst, zu absorbieren und ihn als Hauptquelle ihrer eigenen Reproduktion, Erneuerung und Expansion wiederzuverwerten“ (2007, 66). Bauman spricht dabei in Anlehnung an Thomas Mathiesen vom Kunstgriff der „lautlose[n] Disziplinierung“ (ebd.). Der konsumgetriebene Kapitalismus habe die historisch einzigartige Fähigkeit „den Dissens und Protest, den das System generiert und verbreitet, im Keim zu ersticken“ und jene Tendenzen, die „das System mit Explosion oder Implosion bedrohen“ (ebd.), in einer Art und Weise ins System zu integrieren, sodass dieses aus dem Integrationsprozess nicht nur unbeschadet, sondern gestärkt hervorgeht.

What else?

In einer ähnlichen, doch etwas nuancierteren Art und Weise versucht die Marketingabteilung des Nestlé-Konzerns ihr Portionskaffee-System zu bewerben. In einer im September 2020 gestarteten Nachhaltigkeits-Kampagne heißt es, dank Nespressos eigens entwickelten Recycling-Konzepts könne jede Kapsel Kaffee einen „positiven Beitrag“ zu Nachhaltigkeit und Umweltschutz liefern. Nachdem ihr Kaffee von Kolumbien oder Äthiopien nach Europa importiert und dort in Kapseln verpackt wird, soll das unter hohem Energie- und Ressourceneinsatz produzierte Aluminium Letzterer nicht auf dem Müll landen, sondern recycelt und anschließend wieder der Produktion zugeführt werden. Der darin enthaltene Sud wird zur Produktion von Biogas verwendet. Im Hinterkopf hatte die Chefetage von Nespresso wohl jene koffeinaffinen Konsument:innen, denen sich beim Schlagwort „Kaffeekapseln“ die Zehennägel aufbiegen.

Also: warum nicht beides haben? Den leckeren Nespresso-Kaffee unkompliziert, weil fein portioniert genießen und dabei auch noch Gutes tun. Mit ihrem Engagement zum Erhalt des Planeten hat Nespresso laut eigenen Angaben bis Juli 2021 bereits 337.000 Kilogramm CO₂-Äquivalente eingespart. Somit sei der CO₂-Fußabdruck einer jeden Tasse Nespresso-Kaffee seit 2009 um knapp 23 Prozent reduziert worden. „Ich glaube fest daran, dass sowohl unser Unternehmen als auch die Kaffeebranche zum Guten in der Welt beitragen können, indem wir uns dieser wichtigen Sache annehmen“, lässt Nespresso-CEO Guillaume Le Cunff via Presseaussendung wissen (ots. at 2020).

Es ist eine innovative Auffassung von ökologischer Nachhaltigkeit, Konsument:innen zu suggerieren, etwas zum Umweltschutz *beitragen* zu können, indem sie eine ursprünglich umweltschädliche Handlung *im Nachhinein* wieder wettmachen. *De facto* werden in solchen Fällen Ursache und Wirkung verkehrt: Niemand leistet einen „positiven Beitrag“, indem sie*er den zuvor verursachten Schaden nachträglich wieder behebt. So wie es kein „positiver Beitrag“ ist, wenn ich das Auto meiner Nachbarin kaputt fahre und ihr anschließend die Reparatur bezahle, wird mit dem Recycling von Nespresso-Kapseln auch kein CO₂ „eingespart“. Die Behauptung, indem die Kapseln recycelt werden, tue die*der Konsument:in der Umwelt etwas Gutes, suggeriert, der Konsum von Kaffee in Kapseln sei etwas Unverzichtbares, ein Anrecht, das zwar mit ökologischen Grenzen kollidieren mag, aber deren destruktive Nebenwirkungen so immerhin vermindert werden können. Der Gedanke an ein Weniger wird somit implizit ausgeschlossen (was aus der Sicht von Nespresso natürlich nachvollziehbar ist).

Um den Wert einer Ware in Gesellschaften, die *materiell* zu einem Großteil gesättigt sind, realisieren zu können, muss sich ein Werbenarrativ notgedrungen *jenseits der Materialität* bewegen (Haug 2009). Denn während die Befriedigung materieller Bedürfnisse begrenzt sein mag, sind symbolische Bedürfnisse schier unendlich (konstruierbar). Und um nichts anderes handelt es sich schließlich bei Werbung: um die Konstruktion von Bedürfnissen zum Zwecke der Mehrwertrealisation.

Werbebotschaften drehen sich daher heutzutage nur (noch) selten um das Konsumobjekt selbst, um das Produkt in seiner konkreten Materialität, sondern um ein Narrativ, das diese Materialität umgibt. Dabei ist *Nespresso* keine Ausnahme. Kein Wort davon, dass das Waschmittel der Marke *Lenor* einfach nur dafür sorgt, Wäsche von Schmutz und unangenehmen Düften zu befreien (man möchte meinen: der ursprüngliche Sinn eines Waschvorgangs) – nein, *Lenor* sorgt für „himmlisches Wohlgefühl“. Keine Modekette bewirbt ihre Klamotten mit dem Slogan „Kaufen Sie dieses T-Shirt, um ihren Leib zu bedecken“. Wer Klamotten kauft, kann damit „Tage voll Sonne und Spaß genießen“ (*H+M*) oder etwas zur „Neuaustrichtung des persönlichen Stils“ beitragen (*Novita*). Zu verkaufen versucht wird stets mehr als das Produkt selbst, ein narrativer Zusatz, ein Mythos, ein Waschmittel + Wohlgefühl, ein Shirt + Genuss, eine Tasse Kaffee + Umweltschutz.

Diese Bedürfniskonstruktion findet indes nicht im luftleeren Raum statt (der singuläre Ursprung eines Bedürfnisses ist nicht eine einzelne Werbebotschaft), sondern ist eingewebt in ein diskursives Netz bestehender Bedürfnis- und symbolischer Interaktionsstrukturen. Die einzelne Werbebotschaft kann lediglich versuchen, bestehende symbolische Muster aufzugreifen, zu intensivieren und auf das eigene Produkt zu kanalisieren.

Ein Werbenarrativ funktioniert dann am besten, wenn es ein reales, bereits vorhandenes politisches, kulturelles, ethisches, moralisches, sexuelles, etc. Bedürfnis aufgreift und gezielt in den diskursiven Dunst der Materialität eines Konsumobjekts integriert. Ein Werbenarrativ trägt Camouflage. Es setzt sich ins gemachte Nest. Während andere die diskursive Vorarbeit leisten, sind Marketingstrateg:innen vor allem darum bemüht, die so konstruierten Bedürfnisse zu *verwerten*, indem sie nahelegen, der Kauf ihres Konsumobjekts könne ebendieses politische, moralische, etc. Bedürfnis befriedigen.

Dementsprechend verwundert es kaum, dass Unternehmen in den letzten Jahren mehr und mehr in Nachhaltigkeits-Kampagnen investieren; um ein Bedürfnis zu befriedigen, das erstens als solches bei vielen Konsument:innen bereits vorliegt und zweitens dem eigenen Profit potentiell im Wege steht. Die nachhaltige *Nespresso*-Kapsel ist nur zweitrangig ein materielles Angebot (in Form von Kaffee), sondern zuvorderst ein diskursives Angebot (in Form eines ideologischen Phantasmas) an die Konsument:innen; zu verstehen als politische, kulturelle, ethische, moralische, etc. Rechtfertigung, *es trotzdem tun zu dürfen*.

Inlandsflüge, SUVs, Kaffee in Kapseln; die meisten ahnen wohl, dass sich darin kein „positiver Beitrag“ zum Umweltschutz verbirgt. Aber vielen (Subalternen wie Herrschenden) wäre wohlher dabei, wenn es doch so wäre. Dann fällt auf individueller Ebene der moralische Ballast weg und auf Struktureller bleibt die Wachstumsmaschinerie in Gang.

Die Ideologie einer CO₂-neutralen KaffEEKapsel besteht nicht darin, dass die vermeintlich konsumvernebelten Massen nicht durchschauen, dass der Beitrag so positiv auch wieder nicht ist (obwohl das durchaus der Fall sein mag). Es ist im Grunde egal, ob Konsument:innen *glauben*, ob die recycelbare Kapsel ein „positiver Beitrag“ zum Umweltschutz ist. Entscheidend ist, wie sie *handeln*. Das heißt, Ideologie ist – anders als in vielen marxistischen Strömungen angenommen wird – keine Frage des „verkehrten Bewusstseins“, sondern des „verkehrten Handelns“; die Motivation hinter einem Kauf – ob aus bloßer Bequemlichkeit, in Folge von Unwissenheit oder ernster Sorge um die Umwelt – ist belanglos, solange das Resultat dasselbe ist.

Johannes Greß, geb. 1994, studierte Politikwissenschaft im Master und arbeitet als freier Journalist in Wien. Der Autor ist leitender Redakteur bei politix.

Literatur

Bauman, Zygmunt (2007). *Leben als Konsum*, Hamburg: Hamburger Edition

Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003). *Der neue Geist des Kapitalismus*. Schultheis, Franz (Hrsg.): Köln: Herbert von Halem Verlagsgesellschaft

BMK: Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (2021). *Klimaschutz als Job- und Wirtschaftsmotor – BMK stärkt Green Tech Valley*, in: Green Tech Cluster, abrufbar unter: <https://www.greentech.at/pressekonferenz-bmk-staerkt-green-tech-valley/> (letzter Zugriff: 3.11.2021)

Brown, Wendy (2015). *Die schleichende Revolution: wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört*, Berlin: Suhrkamp

Haberl, Helmut/Wiedenhofer, Dominik/Virág, Doris/Kalt, Gerald/et al. (2020). A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part II: synthesizing the insights, in: *Environmental Research Letters*, Vol. 15(6), abrufbar unter: <https://iopscience.iop.org/article/10.1088/1748-9326/ab842a> (letzter Zugriff: 4.11.2021)

Haug, Wolfgang Fritz (2009). *Kritik der Warenästhetik, gefolgt von Warenästhetik im High-Tech-Kapitalismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Köhler, Bettina/Wissen, Markus (2010). *Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise*, in: *Kritische politische Bildung. Ein Handbuch*, Schwalbach: Wochenschau Verlag, 217–227

Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1991). *Hegemonie und radikale Demokratie: zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien: Passagen Verlag

Marcuse, Herbert (2014 [1967]). *Der eindimensionale Mensch: Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*. Jansen, Peter-Erwin (Hrsg.): Springer: zu Klampen!

Marcuse, Herbert/Marcuse, Herbert (1979). *Schriften. 3: Aufsätze aus der Zeitschrift für Sozialforschung, 1934–1941*, Frankfurt am Main: Suhrkamp

Müller, Tazio (2009). *Der grüne Kapitalismus: Plus Ça Change ...*, in: Kaufmann, Stephan/Müller, Tazio/Wallis, Victor (Hrsg.): *Grüner Kapitalismus: Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums*, Einundzwanzig. Berlin: Dietz, 156–183

ots.at (2020). *Nestlé Nespresso SA: Jede Tasse Nespresso-Kaffee wird bis 2022 klimaneutral sein*, abrufbar unter: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200917_OTSo023/jede-tasse-nespresso-kaffee-wird-bis-2022-klimaneutral-sein (letzter Zugriff: 4.11.2021)

Tröger, Nina (2014). *Warum brauchen wir ein neues Konsum- und Verbraucherverständnis?*, Hallstatt: Momentum Institut

Ullrich, Wolfgang (2011). *Philosophen haben die Welt immer nur verschieden interpretiert – verändern Produktdesigner sie auch?*, in: Drügh, Heinz J./Metz, Christian/Weyand, Björn (Hrsg.): *Warenästhetik: neue Perspektiven auf Konsum, Kultur und Kunst*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 111–128

UNEP (2021). *Emissions Gap Report 2021*, abrufbar unter: <http://www.unep.org/resources/emissions-gap-report-2021> (letzter Zugriff: 3.11.2021)

Klasse und ihr Habitus aus literaturwissenschaftlicher Perspektive -

wie können wir mithilfe von zeitgenössischer fiktionaler Literatur über Klasse nachdenken?

Carlotta Partzsch

Politik als Gegenstand der Literatur ist allgegenwärtig, eine politische Betrachtung der Literatur heutzutage unumgänglich, aber kann die fiktionale Literatur selbst zur Politikwissenschaft beitragen?

Zeitgenössische Fiktion als Denkhilfe

Wie ergiebig es sein kann, sich für die Theoriearbeit die fiktionale Literatur als „Denkhilfe“ heranzuziehen, zeigen Theoretiker*innen wie Hannah Arendt, Ulrich Beck oder Paul Virilio. Nicht nur ihnen hat die Literatur Anstoß zur kritischen Hinterfragung und Theoretisierung von Wirklichkeiten gegeben. Denn Literatur verfügt über einen spezifischen Charakter, welcher bei der Theoriebildung von Nutzen sein kann. So vermag es die Kunstgattung der fiktionalen Literatur, vorgeblich Allgemeingültiges in Frage zu stellen und selbst theoretisch geschulte Betrachtungsweisen herauszufordern. Laut Hannah Arendt ist dabei der Vorteil fiktional-literarischer Texte, dass diese nicht an präzise Differenzierungen und Kategorien gebunden sind, sondern mittels Stilmitteln und künstlerischem Vorgehen die Distanz und Nähe zwischen der Realität und der subjektiv sinnlichen Wahrnehmung hervorheben können (Löffler 2012: 312).

Gleichsam ist die Literatur nicht an geltende Wahrheitskategorien gebunden. Sie muss sich an keine wissenschaftliche Systematik halten und kann erzählen, während sie gleichzeitig über etwas ganz anderes oder über das Erzählen an sich eine Aussage trifft. Während die wissenschaftliche Theoriebildung

eine besondere Präzision verlangt, kann sich in der fiktionalen Textproduktion frei bewegt werden. Sie ermöglicht einen leicht zugänglichen Raum zur Reflexion, der sich in der wissenschaftlichen Systematik vielleicht nicht so einfach eröffnen würde (ebd.: 314 f.). Mithilfe der Literatur können wir also vermeintlich Gegebenes hinterfragen und die Realität in neue Kontexte setzen. Löffler (2012) schlägt hierfür die Lektüre literarisch-fiktionaler Texte anhand von Theoriekonzepten vor, um so neue Analyseperspektiven aufzumachen (ebd.: 319).

Wie zeitgenössische Literatur einen Beitrag zur theoretischen Reflexion über unsere Wirklichkeit leisten kann, lässt sich bei der Anwendung Pierre Bourdieus Konzept des „Klassenhabitus“ auf den neuen Roman der irischen Autorin Sally Rooney zeigen. Die theoriegeleitete Lektüre des Buches ermöglicht eine Analyse der aktuellen Situation junger Lohnarbeiter*innen in verschiedenen Branchen. Was im Roman besonders deutlich behandelt wird, ist die Heterogenität einer Gruppe, deren Individuen in der Notwendigkeit, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, vereint sind (Rooney 2021: 216).

Nach Bourdieu ist der Habitus einer Klasse eine spezifische Verhaltensweise, die die Angehörigen dieser Klasse aufweisen. Dabei handelt es sich um unbewusste Codes, die jegliche Handlungsweisen und Lebensgestaltung betreffen können und die Menschen mit einem ähnlichen sozioökonomischen Hintergrund vereint. Dieser Habitus wirkt wie ein Bewusstsein, welches eine gemeinsame Gruppe schafft und diese

Gruppe reproduziert, indem sie sie exklusiv hält. Menschen, die Verhaltensweisen abseits des Habitus aufweisen, werden als Außenstehende der Gruppe identifiziert (Eder 1989: 2).

Die „feinen Unterschiede“

Bourdieu's Fokus liegt in seiner Analyse nicht nur auf dem ökonomischen Aspekt der Klasse, sondern vor allem auf dem sogenannten kulturellen Kapital. Dieses kulturelle Kapital korreliert mit den ökonomischen Ressourcen und führt zu einer Kategorisierung der Individuen. Nach Bourdieu lassen sich hier Grenzen erkennen, die selbst mit einem individuellen ökonomischen Aufstieg nicht automatisch aufgehoben werden können. Das kulturelle Kapital ist eine Art Grundwissen, welches sich schon in der Kindheit entwickelt und sich stetig reproduziert. Es kommt beim Habitus zur Geltung, dabei geht es um einen Umgang mit der Welt und die Reaktion auf unerwartete Situationen. Es handelt sich häufig um eine Selbstverständlichkeit, mit der agiert wird und um konkrete Gewohnheiten bezüglich Essen, abstraktes Wissen zur Ästhetik, Wahrnehmung von Kunst, Kultur und um eine moralische Wertelehre (Fuchs-Heinritz/König 2014: 31). Bourdieu spricht hierbei von den sogenannten „Feinen Unterschieden“ (Bourdieu 1982), jede soziale Klasse verfügt laut ihm über eine spezifische Urteilskraft sowie zugehörige Geschmäcker und Verhaltensweisen (Fuchs-Heinritz/König 2014: 37). Der Philosoph und Soziologe ist durch empirische Untersuchungen zum Ergebnis gekommen, die formale Bildung in Schulen und Universitäten würde die Grenzen zwischen den Klassen nicht verringern, indem sie die Schüler*innen verschiedener sozioökonomischer Hintergründe auf einen ähnlichen Bildungsstand bringt. Vielmehr scheint die formale Bildung die schon vorhandenen Unterschiede teilweise sogar zu verstärken. Ihm zur Folge wird in der Schule das kulturelle Privileg jener Schüler*innen mit einem hohen Kapital legitimiert. Dies geschieht, indem eine Differenzierung zwischen „wertvoller“ Kultur und Populärkultur getroffen wird. Als wertvoll Geltendes wird in einen als universal angesehenen Kanon eingeordnet, den es zu studieren gilt. Lange Zeit war „wertvolle“ Kultur

auch „herrschende“ Kultur, der europäische Kanon der Literatur bestand also vorwiegend aus Literatur von weißen Männern aus Europa. Inzwischen lässt sich sagen, „wertvolle“ Kultur ist jene Kultur, die von der herrschenden Klasse als solche angesehen wird. So wird den Kindern aus weniger privilegierten Familien Respekt und Ehrfurcht vor der herrschenden Kultur beigebracht. Anhand dessen sieht man, welche Wirkung der Habitus auf die Chancengleichheit haben kann. Hat man einen gewissen Habitus nicht erlernt, ist die vollkommene Eingliederung in eine andere sozioökonomisch privilegierte Klasse kaum zu schaffen (ebd.: 35).

Ästhetische Kategorien und ihre Herrschaftsdimension

Im Alltagsdenken wird die soziale und politische Dimension von Ästhetik gerne vernachlässigt. Geschmack gilt als vor allem persönlich und nicht als sozial konstituiert. So scheint es allgemeingültig anerkannt, dass durch das Lesen bedeutsamer Bücher und Texte die individuelle Weiterentwicklung gefördert wird und sich die Persönlichkeit verbessert. Die Frage, wie die Einordnung der Werke entsteht, wird erst seit einigen Jahren als politische Konstruktion anerkannt. Auch die Literaturwissenschaft ist seit ihrer Entstehung mit dem Problem konfrontiert, dass sie eine grobe Unterscheidung zwischen vermeintlich wertvollen und angeblich nicht relevanten Werken getroffen hat. Diese Differenzierung war stets von Herrschaftsverhältnissen geprägt und wird schon länger von kritischen Denker*innen wie zum Beispiel Terry Eagleton angefochten (Löffler 2012: 310).

Wird der Habitus nicht hinterfragt, sondern als gegeben verstanden, hat er die Wirkung, soziale Klassen unsichtbar zu machen. Der Unterschied zwischen vermeintlich „gutem Geschmack“ und „schlechtem Geschmack“ gilt als natürlich und sozioökonomisch unabhängig. Dies vermittelt den Eindruck, die privilegierte Klasse ist aus naturgegebenen Gründen in ihrer Position. Währenddessen Menschen, die über ein weniger großes kulturelles Kapital verfügen, sich aufgrund ihrer eigenen Unzulänglichkeit in einer gesellschaftlich weniger bevorzugten Situation befinden würden (Fuchs-Heinritz/König 2014: 7).

Klasse in zeitgenössischer Literatur

Klasse und ihr Habitus wird in Rooneys Buch unterschiedlich thematisiert. In dem im September 2021 erschienen Buch „Beautiful World, Where Are You“ geht es um die Beziehung von vier Menschen, die unterschiedliche soziale Hintergründe haben. Die Protagonist*innen sind darin vereint, dass sie alle Anfang 30 sind und auf Lohnarbeit zurückgreifen müssen. Dabei unterscheiden sich ihre Arbeitsbereiche stark und ergeben ein uneinheitliches Bild. Die Handlung des Romans besteht ausschließlich aus zwischenmenschlichen Entwicklungen.

Alice ist erfolgreiche Autorin, nach der Veröffentlichung zweier Romane ist sie finanziell unabhängig. Ihr Freund Felix ist in einer Fabrik tätig. Über seinen Job sagt er: „I fucking hate the place. But they wouldn't be paying me to do something I liked, would they? That's the thing about work, if it was any good you'd do it for free.“ (Rooney 2021: 5). Dies steht im krassen Kontrast zu Alice, die ihre Leidenschaft für das Schreiben zur Lohnarbeit gemacht hat. Ihre Studienfreundin Eileen arbeitet als Editorial Assistant bei einem Literaturmagazin, verdient dort trotz Masterabschluss so wenig, dass sie sich nur ein WG-Zimmer leisten kann (ebd.: 147). Der für Eileens Klasse spezifische Habitus, wird gleich zu Beginn des Romans dargestellt. So liest sie in ihrer ersten Szene „Die Brüder Karamasow“ von Fjodor Dostojewski während ihrer dreißigminütigen Mittagspause (ebd.: 19). Wenige Seiten weiter wird ihr familiärer Hintergrund beschrieben. Ihr Vater bewirtschaftet eine Farm, während die Mutter Geografielehrerin ist (Rooney 2021: 26). Der vierte Protagonist, Simon, ist Oxfordabsolvent und arbeitet als parlamentarischer Assistent einer linksorientierten Partei. Er ist Kindheitsfreund von Eileen (ebd.: 35).

In der Interaktion zwischen den vier Charakteren wird Habitus und Klasse immer wieder zum Thema. Alice nimmt Felix ganz zu Beginn ihrer Bekanntschaft mit auf eine Reise nach Rom, wo sie zu einer Podiumsdiskussion eingeladen ist. Da er

nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügt, lädt sie ihn auf diese Reise ein. Später beginnen die beiden eine Beziehung, in der das wiederkehrende Thema die verschiedenen Bereiche sind, in denen sie ihre Lohnarbeit ausführen (ebd.: 216). Beide stammen aus dysfunktionalen Arbeiterfamilien, jedoch hat Alice ein Grundstudium der englischen Literatur abgeschlossen (ebd.: 29). Ganz im Gegensatz zu ihr liest Felix keine Bücher, auch die von ihr verfassten Romane nicht. Diese Tatsache wird sogar von ihrer Leserschaft zur Kenntnis genommen. Als eine Twitter-Userin dies mit „She deserves better“ (ebd.: 327) kommentiert, sprechen Felix und Alice offen darüber. Er scheint jedoch nicht allzu sehr betroffen zu sein. Alice schreibt dazu in einer Email an Eileen: „a perfect example of our shallow self-congratulatory 'book culture', in which non-readers are shunned as morally inferior and the more books you read, the better you are than everyone else“ (Rooney 2021: 328). Damit spricht sie die vorherrschende Idee an, Menschen, die gute Literatur lesen, seien anderen, die es nicht tun, überlegen (Löffler 2012: 310).

Auch explizit sprechen die Protagonist*innen bei Sally Rooney über Klasse, selbst diese Art von Diskussion kann dabei einen gewissen Habitus darstellen. Bei einem Abend mit Universitätsfreunden Eileens kommt das Gespräch auf das Thema Kommunismus und die Unterdrückung der Arbeiter*innenklasse. Ein Bekannter macht die Aussage, keine*r der am Tisch Sitzenden sei Teil der Arbeiter*innenklasse und deshalb wäre das Gespräch sinnlos. Eileen widerspricht ihm mit den Worten „Marx would disagree with you“ (Rooney 2021: 102), aus ihrer Sicht existiert die Mittelklasse nicht. Sie sagt „but everyone here works for a living and pays rent to a landlord“ (ebd.). Als ihr Bekannter daraufhin meint, das hieße noch lange nicht, sie seien Teil der Arbeiter*innenklasse, holt Eileen aus: „Yeah, working doesn't make you working class. Spending half of your pay cheque on rent, not owning any property, getting exploited by your boss, one of it makes you working class, right?“ (ebd.: 103). Die Protagonist*innen reflektieren selbst über die Klassenverhältnisse, in denen sie leben.

Gegen Ende des Romans besuchen Eileen, Simon und Felix Alice in ihrem großen Landhaus an der Küste (ebd.: 260). In einem Gespräch über ihre Arbeit kommt heraus, dass Felix in seinem Fabrikjob, für den er keine formale Bildung aufweisen muss, mehr verdient als Eileen trotz ihres Masterabschlusses. Er kommentiert diesen Umstand mit: „And you went to college for that?“, woraufhin Eileen antwortet „No, I went to college to learn“ (ebd.: 280). Hier unterscheiden sich die Prioritäten der beiden Charaktere, während Eileen ihr Studium als Selbstzweck versteht, hat Felix die Idee verinnerlicht, das Studium sei eine Investition, deren Outcome eine gut bezahlte Lohnarbeit sein sollte.

Für den Besuch bei Alice konnten sich Eileen und Simon freinehmen, während Felix, der im selben Ort wie Alice wohnt, weiterhin arbeiten muss. In einer Szene beschreibt Rooney parallel den Tag der drei Freunde im Gegensatz zu dem von Felix. Während Alice, Eileen und Simon durch den Ort schlendern, im Secondhandshop einkaufen und gemütlich kochen, ist Felix an seinem Arbeitsplatz: „Felix meanwhile was wheeling a tall stillage trolley through the aisles of the warehouse“ (ebd.: 266). Diese Beschreibung stellt die unterschiedlichen Lebensrealitäten in Kontrast. Für die Politikwissenschaft kann das Buch interessant sein, da Rooney mithilfe ihrer ästhetischen Strategie, den Habitus der Protagonist*innen zu irritieren vermag und so die vermeintliche Differenzierung der Klassen in Arbeiter*innen und Mittelklasse in Frage stellt. Das Abstrahieren der Wirklichkeit fällt anhand der Lebensgeschichten der Protagonist*innen leichter als durch die reine Arbeit mit Theoriekomplexen. Sally Rooney's Buch betont die Heterogenität derjenigen Klasse, die durch ihren sozioökonomischen Hintergrund auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen ist (ebd.: 103).

Die Tatsache, dass die Literatur von einer politiktheoretischen Analyse stark profitieren kann, gilt in der Literaturwissenschaft als unbestritten. Verschiedene Lektüremethoden, die sich auf Theoretiker*innen beziehen, ermöglichen Forschenden ein Werk in seinem politischen Kontext einzuordnen und es historisch in Beziehung zu setzen. Dadurch vermögen wir ästhetische Kategorien als

sozial konstituiert zu identifizieren und den Habitus der herrschenden Klasse, welcher die Bewertung der Kultur für sich vereinnahmt, herauszufordern.

Jedoch kann auch die Literaturwissenschaft zur Politikwissenschaft und politischen Theoriearbeit beitragen, indem sie die Realität zu irritieren weiß. Ihre Fähigkeit besteht darin, Codes zu dekonstruieren und als allgemeingültig geltendes zu stören. Ihre Subversion kann sich dabei auf Emotionen, auf subjektives Erleben und menschliche Interaktion beziehen, ihre künstlerische Freiheit und ihr unbegrenzter Zugang zu ästhetischen Methoden ist dabei ihr großer Gewinn.

Carlotta Partzsch studiert Vergleichende Literaturwissenschaft und Politikwissenschaft an der Universität Wien und ist derzeit auf Austausch in Brüssel

Literatur

Bourdieu, P. (1982), Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt: Suhrkamp.

Eder, K. (1989): Klassentheorie als Gesellschaftstheorie: Bourdieus dreifache kulturtheoretische Brechung der Klassentheorie. In K. Eder (Hrsg.), Klassenlage, Lebensstil und kulturelle Praxis: Beiträge zur Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieus Klassentheorie (S. 15-34). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Fuchs-Heinritz, Werner/ König, Alexandra (2014): Pierre Bourdieu, Eine Einführung. München, Konstanz: Lucius, UTB.

Löffler, Marion (2012): Fiktionale Literatur als Beitrag zur politischen Theorie, in: Eva Kreisky/Marion Löffler/Georg Spitaler (Hrsg.): Theoriearbeit in der Politikwissenschaft, Wien, S. 307-320.

Rooney, Sally (2021): Beautiful world where are you. London: Faber & Faber Limited.

Drittstaatstudent*innen in Österreich: unfaire Verhältnisse und problematische Bedingungen

Florian Mendl

Student*innen in Österreich genießen im internationalen Vergleich viele Privilegien, welche sich in anderen Ländern der Welt kaum denken lassen. Familienbeihilfe, kein erforderlicher Numerus Clausus und in den meisten Fällen auch keine hohen Studiengebühren. Dennoch stößt man auch in Österreich bei einer genaueren Untersuchung des Universitätswesens auf einige Punkte, die für bestimmte Student*innen zu Problemen werden können. Als ich im vergangenen Semester das Seminar „Internationale Politik“ für mein Bachelorstudium der Politikwissenschaft besucht habe, bestand die Abschlussaufgabe aus einer Gruppenarbeit. Meine Arbeitsgruppe entschied sich schnell für ein Thema, das einige meiner Kolleg*innen auch persönlich betraf: die unterschiedlichen Bedingungen für Student*innen aus Drittstaaten im Vergleich zu jenen aus EU/EWR-Ländern. Ich persönlich musste eingestehen, dass mir der Begriff der „Drittstaaten“ zunächst tatsächlich nur wenig sagte. Ich hatte einfach keinen Bezug dazu, dementsprechend also auch kaum Ahnung von diesem Thema. Als EU-Bürger habe ich es für selbstverständlich gehalten, dass Studieren in einem „fortgeschrittenen“ Land wie Österreich, für jede*n unter fairen Bedingungen möglich sein sollte. Dementsprechend war ich erstaunt, als sich im Laufe der Recherche für die Abschlussarbeit die zahlreichen Missstände aufzeigten, denen diese Gruppe von Studierenden ausgesetzt ist. Umso mehr war ich über mein eigenes Unwissen bezüglich dieses Themas schockiert, das für viele meiner Kolleg*innen und Freund*innen zum Alltag gehört.

Daher soll dieser Artikel ein wenig Aufklärung zu diesem unausweichlichen Abschnitt des Studienlebens schaffen.

Was sind eigentlich Drittstaaten?

Zunächst ist es wichtig den Begriff der Drittstaaten klarzustellen: unter Drittstaaten versteht man Staaten, die nicht Teil der Europäischen Union, also keine EU-Staaten sind. Neben EU-Staaten gibt es noch die sogenannten EWR-Staaten, also Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums. Der EWR wurde im Jahr 1994 durch ein Wirtschaftsabkommen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den sogenannten EFTA-Staaten geschaffen. Zu den EFTA-Staaten gehören die Länder Island, Liechtenstein und Norwegen. Diese Staaten sind also keine EU-Staaten, aber in vielen Bereichen mit diesen gleichgestellt. Eine Ausnahme stellt die Schweiz dar, welche weder EU- noch EWR-Mitglied ist, durch bilaterale Verträge aber in vielen Bereichen mit den EWR-Staaten gleichgestellt ist¹. Die restlichen Staaten, die nicht zu diesen Gruppen gehören, sind die sogenannten Drittstaaten. Die Bürger*innen dieser Länder können viele der Privilegien, die Menschen aus EU/EWR-Ländern genießen, nicht mit diesen teilen.

¹ <https://www.oesterreich.gv.at/lexicon/D/Seite.991780.html> (letzter Aufruf: 10.01.2022)

Was bedeutet das für das Studium?

Die Studienvoraussetzungen für Student*innen aus Drittstaaten unterscheiden sich von jenen aus EU/EWR-Ländern folgendermaßen: Die Zulassung zum Studium für EU-Bürger*innen setzt sich aus einem Nachweis der Hochschulreife und ausreichender Deutschkenntnisse sowie (wenn notwendig) einer positiven Absolvierung des Aufnahmeverfahrens des Studiums zusammen. Alle diese Bedingungen gelten auch für Angehörige der Drittstaaten. Die Hochschulreife kann jedoch je nach Herkunftsland als nicht gleichwertig mit den Anforderungen der österreichischen Reifeprüfung angesehen werden. In diesem Fall sind Ergänzungsprüfungen notwendig. Bei positiver Absolvierung wird für die Verlängerung des sogenannten Studentenvisums von den Behörden ein Leistungsnachweis von mindestens 16 ECTS-Punkten oder acht Semesterwochenstunden für das Studienjahr verlangt. Wenn diese 16 ECTS nicht nachgewiesen werden, kann das Studium auch nicht verlängert werden. Beurteilt wird immer das vergangene Studienjahr, welches den Zeitraum vom 1. Oktober bis 30. September umfasst.² Obwohl diese Anforderungen zunächst nicht besonders hoch zu sein scheinen, können sie dennoch unter bestimmten Bedingungen zum Problem werden. Wenn zum Beispiel ein*e Student*in in einem Jahr mehr als genug ECTS absolviert, im nächsten aber nicht auf die 16 geforderten ECTS kommt, kann die Betroffene Person das Studium trotzdem nicht fortsetzen und wird somit für das Studium gesperrt. Die Betroffene Person verliert noch dazu den Aufenthaltstitel als Student*in und muss, wenn der Aufenthaltstitel der betroffenen Person bereits abgelaufen ist, grundsätzlich nach Zustellung des Bescheids sofort das Land verlassen (ebd.: 2). Unabhängig davon, was der Grund für die Nichterbringung der geforderten Leistung ist. Für Studierende aus EU/EWR-Ländern gilt im Vergleich dazu seit dem Wintersemester 2021 die Regelung, dass

man innerhalb von zwei Jahren 24 ECTS zu absolvieren hat, umgerechnet also eine Mindestanzahl von 6 ECTS im Semester. Allerdings kann die Absolvierung der erforderlichen ECTS frei eingeteilt werden, solange sie im Rahmen von zwei Jahren erfolgt. Dies bedeutet einen erheblichen Unterschied in Zeit-, Stress- und Arbeitsaufwand für die Betroffenen.³

Studiengebühren für Drittstaatsangehörige

Auch in diesem Punkt werden angehörige mancher Drittstaaten benachteiligt. Die Homepage der Universität Wien gibt genauere Auskunft über den aktuellen Stand: als EU/EWR-Bürger*in ist die Mindeststudiendauer plus zwei Toleranzsemester vom Studienbeitrag befreit und zu zahlen ist lediglich der ÖH-Beitrag (20,70 Euro). Wird diese Studiendauer überschritten, wird zusätzlich zum ÖH-Beitrag ein Studienbeitrag von 363,36 Euro verlangt. Für Bürger*innen aus der Schweiz gelten die gleichen Bedingungen. Studierende mit Staatsangehörigkeit aus Drittstaaten zahlen wie bereits genannt pro Semester 726,72 Euro, plus ÖH-Beitrag. Es gibt allerdings einige Ausnahmen: für Studierende aus bestimmten Entwicklungsländern (siehe Liste auf der Homepage), wird der Studienbeitrag während der gesamten Dauer des ordentlichen Studiums erlassen, sodass nur der ÖH-Beitrag zu zahlen ist. Student*innen, die in die sogenannte „Personengruppenverordnung“ fallen oder einen anderen Aufenthaltstitel als „Studierende“ haben, können ein „Ansuchen auf Gleichstellung“ einbringen.⁴ Diese Ansuchen werden individuell geprüft und müssen fristgerecht eingereicht werden. Wird dieser Antrag genehmigt, gelten für die Betroffenen die gleichen Regelungen wie für EU/EWR-Bürger*innen. Das Prüfen dieser Anträge kann für die Studierenden allerdings mit langen Wartezeiten verbunden sein, die sich über den Semesterbeginn hinausziehen können. Eine dritte Ausnahme stellen britische Staatsangehörige dar. Für sie gelten nach

² <https://www.rechtsanwalt-flatz.at/verlaengerung-des-studentenvisums-abgewiesen/> (letzter Aufruf: 10.01.2022)

³ <https://orf.at/stories/3191931/> (letzter Aufruf: 10.01.2022)

⁴ <https://studieren.univie.ac.at/studienbeitrag/hoehe-nicht-euewr-buergerinnen/> (letzter Aufruf: 10.01.2022)

wie vor die Regelungen der EU-Bürger*innen, sofern sie ihr Studium nicht für ein oder mehrere Semester unterbrechen.

Arbeitsbedingungen/Praktika für Drittstaatsangehörige

Doch nicht nur die Studienvoraussetzungen unterscheiden sich für Drittstaatsangehörige: viele Student*innen finanzieren sich den Alltag mit Studentenjobs beziehungsweise Nebenjobs. Für Studierende aus Drittstaaten ist die ohnehin schon oft mühsame Jobsuche neben dem Studium noch einmal schwieriger, da diese dem sogenannten „Ausländerbeschäftigungsgesetz“ unterliegen und somit für eine Beschäftigung in Österreich eine Beschäftigungsbewilligung benötigen. Diese muss vom/von der jeweiligen Arbeitgeber*in beim Arbeitsmarktservice (AMS) beantragt werden. Für eine Beschäftigung von bis zu 20 Wochenstunden ist keine Prüfung vom Arbeitsmarktservice notwendig. Eine Arbeitsbeschäftigung von über 20 Wochenstunden ist für Drittstaatsangehörige zwar nicht ausgeschlossen, kann jedoch nur genehmigt werden, wenn „die Stelle nicht mit Arbeit suchend vorgemerkten inländischen oder integrierten ausländischen Arbeitskräften besetzt werden kann.“⁵ Das Anstellen Studierender aus Drittstaaten ist also für alle Beteiligten mit extra Umständen verbunden, was dazu führen kann, dass Personen dieser Gruppe generell in der Auswahl als Mitarbeiter*innen ausgeschlossen werden. Für Praktika im Rahmen des Studiums sind keine Beschäftigungsbewilligungen erforderlich. Das Praktikum ist vom/von der Arbeitgeber*in lediglich spätestens zwei Wochen vor Beginn dem Arbeitsmarktservice zu melden. Der Arbeitsmarktservice stellt darüber eine Anzeigebestätigung aus. (ebd.: 5)

Was kann man tun?

Der kanadische Politikwissenschaftler Robert Cox erläutert in seinem Text „Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen“ eine passend erscheinende These. Er beschreibt zunächst die in Konfliktsituationen häufig angewandte „Problemlösungstheorie“. Diese akzeptiert die vorgefundene Welt, mit ihren bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen und Machtbeziehungen, einschließlich ihrer institutionellen Organisationsformen, als gegebenen Handlungsrahmen.⁶ Demgegenüber stellt er eine kritische Theorie. Sie ist kritisch in dem Sinne, dass sie abseits der vorherrschenden Weltordnung steht und danach fragt, wie diese Ordnung zustande kam. Anders als die „Problemlösungstheorie“ nimmt die kritische Theorie Institutionen, soziale Verhältnisse und Machtbeziehungen nicht einfach als gegeben hin, sondern hinterfragt sie, indem sie deren Ursprünge untersuchen und ergründen will. Sie zielt auf eine Einschätzung des Handlungsrahmens oder der Problematik ab. Die Politikwissenschaftlerin Cynthia Enloe nennt in ihrem Text „Bananas, Beaches and Bases – Making Feminist Sense of International Politics“ einen alternativen Anreiz, um sich mit internationalpolitischen Themen zu befassen: nämlich sich selbst in diesen zu sehen und nicht nur von ihnen beeinflusst zu werden. Dies zu tun erfordert jedoch, die Grenzen des „Internationalen“ und des „Politischen“ neu zu ziehen.⁷ An diesen Ansätzen orientiert sollte man sich wohl mit diesem Thema befassen. Akzeptiert man diese Ungleichbehandlung einfach so, wie sie ist, wird sich auch nichts daran ändern. Auch wenn man selbst nicht betroffen ist, sollte man sich mit den Problemen auseinandersetzen und gemeinsam an einer Lösung arbeiten. Für mich stellt sich die Frage, ob nicht der Staat für die betroffenen Studierenden, die sich ohnehin häufig ihr Studium selbst finanzieren müssen, Unterstützung anbieten sollte, anstatt durch bürokratische Hürden zusätzliche Belastungen zu schaffen.

⁵ https://www.oesterreich.gv.at/themen/bildung_und_neue_medien/universitaet/1/1/Seite.160224.html (letzter Aufruf: 10.01.2022)

⁶ Cox, Robert (1981), S.14

⁷ Enloe, Cynthia (2014), S.32

Florian Mendl hat den BA Geschichte abgeschlossen und studiert seit dem Wintersemester 2021/22 im Master „Zeitgeschichte und Medien“ an der Uni Wien. Als Nebens Studium studiert er BA Politikwissenschaft. Zurzeit ist er als kultureller Mitarbeiter für das Schweizer Forum „FOMOSO“ (Forum für Mittelost- und Südosteuropa) tätig, seit Dezember 2021 ist er außerdem im Redaktionsteam der Rechercheplattform „Inspektorin Grün“.

Literatur

Cox Robert (1981): „Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations“

Enloe Cynthia (2014): „Bananas, Beaches and Bases. Making Feminist Sense of International Politics“

Musil Elisabeth, Naim Adel - Reyhani (2012), „Zuwanderung international studierender aus Drittstaaten nach Österreich“ - Studie des nationalen Kontaktpunkts Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk“.

Links

https://www.oesterreich.gv.at/themen/bildung_und_neue_medien/universitaet/1/1/Seite.160224.html (letzter Aufruf: 10.01.2022)

<https://www.rechtsanwalt-flatz.at/verlaengerung-des-studentenvisums-abgewiesen/> (letzter Aufruf: 10.01.2022)

<https://orf.at/stories/3191931/> (letzter Aufruf: 10.01.2022)

<https://studieren.univie.ac.at/studienbeitrag/hoehe-nicht-euwr-buergerinnen/> (letzter Aufruf: 10.01.2022)

https://www.oesterreich.gv.at/themen/bildung_und_neue_medien/universitaet/1/1/Seite.160224.html (letzter Aufruf: 10.01.2022)

Generation Praktikum? Klasse Praktikum!

Carla Maria Friederike Diem

Einleitung. Generation Praktikum

„Ja, ich beginne im Juli, ich musste jetzt ja wirklich mal anfangen, Berufserfahrung zu sammeln, sonst bekomme ich ja nie einen Job!“. Solche Aussagen hat vermutlich jede:r Studierende schon einmal gehört. Und auf sie gibt es eigentlich auch nur zwei Reaktionen. Wenn man bereits selbst ein Praktikum absolviert hatte, freut man sich für die Person; wenn man bisher jedoch selbst ausschließlich mit theoretischem Studium beschäftigt war, dann bekommt man erstmal Panikzustände. Zumindest ging es mir und meinem sozialen Umfeld so.

Das Gefühl, um seine Zukunft Angst haben zu müssen, ist seit den unzähligen Krisen, denen wir uns in den letzten Jahren stellen mussten, vom Klima bis zu Corona, eine tägliche Begleitung. Wie auch in einer Studie von Bittermann und Zorn (2019: 23) nahegelegt wird, verbessern freiwillige Praktika die Chancen auf einen (besseren) Job, weshalb die Angst, keinen oder einen schlechteren Job zu bekommen, nicht nur eine irrationale Angst von überdurchschnittlich leistungsgetriebenen Studierenden ist. Die Angst, aufgrund fehlender Berufserfahrung später mal keine Arbeit zu bekommen, ist bereits ein so allgegenwärtiges Thema, dass sich dafür schon der Begriff „Generation Praktikum“ entwickelt hat. Dieser soll beschreiben, dass die Jahrgänge, die seit den 2000er-Jahren ins Berufsleben starten, sich in prekäre Arbeitsverhältnisse begeben müssen, um später einmal einen Job zu bekommen. Daneben existiert aber auch die Antithese, dass es gar keine „Generation Praktikum“ gibt, da sich dieses Phänomen vor allem auf angehende Akademiker:innen bestimmter Studienrichtungen bezieht. Ein Generationenmerkmal sollte per Definition nämlich immer alle Leute

einschließen, die in besagter Zeitspanne geboren sind, wie zum Beispiel für die Generation Z der Zugang zum Internet (Steinbacher 2018: 129).

Dieses Phänomen, aufgrund der ständigen Angst, nicht gut genug zu sein, ein Ausbeutungsverhältnis einzugehen, ist jedoch in meinem Umkreis, als angehende Sozialwissenschaftlerin so stark vertreten, dass sich mir die Frage aufdrängte: Wenn es keine „Generation Praktikum“ gibt, vielleicht ist es ja eine „Klasse Praktikum“? Dieser Frage möchte ich im Folgenden auf den Grund gehen und mir ansehen, was überhaupt eine Klasse ist, wie diese im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt steht und meine eigenen Erfahrungen dazu einbringen. Abschließend möchte ich noch eine Fazit ziehen und einen Appell aussprechen.

Was ist Klasse?

Die gesamte vorliegende *politix*-Ausgabe beschäftigt sich mit der Problematisierung des Begriffs „Klasse“. Dies ist sicher auch ein berechtigtes Vorhaben, da der Begriff Klasse seit seiner Etablierung kontrovers diskutiert wird. Da es deshalb vermutlich so viele Herangehensweisen an die Erschließung dieses Begriffes gibt, möchte ich anschließend nun einen kurzen Überblick geben, der essenziellen Gedankengängen einen Raum gibt. Später wird auch noch die Klasse am Arbeitsmarkt genauer betrachtet, da dies für die Frage nach einer Klasse Praktikum, die sich am Arbeitsmarkt formiert, keineswegs arbiträr ist.

Der Ursprung des Klassenbegriffs lässt sich auf Karl Marx und Friedrich Engels zurückführen. Die Differenzierung dieses Begriffes nahm seinen Anfang im aufblühenden Kapitalismus in der Mitte des 19.

Jahrhunderts. Das Herz der Kapitalismuskritik, der die Steigerung des Mehrwerts durch die ausbeuterische Produktionsweise stark kritisierte, etablierte ebenfalls einen Klassenbegriff, der sich auf die Arbeit an sich bezieht. Die zwei Klassen – Bourgeoisie und Proletariat – entstehen aus diesem asymmetrischen Machtverhältnis, so Marx und Engels (Pollak 2018: 225). Kritiker:innen dieses Ansatzes gibt es vermutlich in jeder Disziplin mehr als genug. Ein wichtiger ist Max Weber, der den Begriff der Klasse nutzt, um die Lage von Personen in objektiv ähnlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten zu beschreiben. Diese Klassenzugehörigkeit erschließt sich jedoch nicht rein aus dem Besitz an Produktionsmitteln, wie die Verfasser des Manifests der Kommunistischen Partei dies niederschrieben. Er unterscheidet weiters zwischen Besitzklasse, Erwerbsklasse und sozialer Klasse.

Wenn man den Klassenbegriff nun aber auch aus einem anderen Licht als dem der Erwerbsarbeit betrachtet, öffnet sich das Feld der Klassenanalytiker:innen noch viel weiter. Eine weiterer Aspekt, so wie er im Großteil der Gesellschaft verstanden wird, bezieht sich auch auf soziale Aspekte einer Klasse. Bourdieu bezieht bei seiner Genese der Klassen besonders den Aspekt der Lebensstile mit ein. Die Klassenlage eines Individuums prägt alle Formen kultureller und sozialer Praktiken, die einem Menschen zur Verfügung stehen (Groß 2015: 62).

Wenn man über Klasse spricht, stellt sich immer auch die Frage, wie man von einer in die nächste Klasse, im Glücksfall natürlich in die nächstbessere gelangt. Das Wort hierfür lautet Mobilität. Und schlussendlich ist es das, was viele damit bezwecken wollen: in die nächstbessere Klasse gelangen durch ein Praktikum, weg vom theoretisch gut ausgebildeten Studierenden hin zum praktisch erfahrenen Angestellten. Wie diese Mobilität am Arbeitsmarkt stattfindet, wird nun erklärt.

Groß (2015: 180) konstatiert, dass die Berücksichtigung der Arbeitsmarktprozesse unerlässlich ist, um die Frage nach Klassenbildung zu beantworten. Er schreibt dazu Folgendes: „Die Idee, dass man

sein Schicksal selbst in der Hand habe und mit Qualifikation und Leistung jede gewünschte berufliche Position erreichen kann, verträgt sich nicht mit der Annahme klar voneinander abgegrenzter sozialer Klassen.“ Auch wenn dieses Zitat zuerst gegen ein Klassenbewusstsein der Praktikant:innen sprechen würde, kann ich attestieren, dass es gar nicht um das Erreichen jedweder Position geht. Das verfolgte Ziel ist vielmehr eine gesicherte Arbeitsstelle, die inhaltlich etwas mit dem eigenem Studium zu tun hat.

Weiters indiziert Groß (2015: 80), dass die Annahme von Privilegierungs- bzw. Ausbeutungsverhältnissen ein wesentliches Argument im Gebrauch des Klassenkonzeptes darstellt. Die Anstellungsform „Praktikant:in“ lässt sich klar als ein solches Ausbeutungsverhältnis demaskieren. Praktikant:innen leisten in so gut wie allen Fällen eine Arbeit, für welche sonst Leute angestellt werden müssten. Auch wenn sie dafür eine entgeltliche Entschädigung bekommen, die jedoch keinen lebenserhaltenden Lohn darstellt, ist es für das Unternehmen immer noch billiger, einen Praktikumsplatz zu vergeben. Dies mag zwar als ‚smarte Business-Entscheidung‘ gelten, jedoch werden die Machtverhältnisse klar ausgenutzt, denn die Anforderungen an Studierende sind ganz klar, dass sie bereits Berufserfahrungen gesammelt haben, bevor sie einen ‚richtigen‘ Job bekommen können.

Klasse Praktikum?

Ist die Bezeichnung „Klasse Praktikum“ also nun nicht viel passender als „Generation Praktikum“? Ich würde meinen ja, denn, wenn man das Problem der unbezahlten Praktika auf die Klassenbildungsprozesse bei Marx und Engels ummünzt, wird dies klarer. Wie erwähnt, propagieren die Autoren einen Klassenbildungsprozess dessen Charakterisierungsmerkmal in der Erwerbsarbeit besteht. Die Bourgeoisie ist im Besitz der Produktionsmittel und kann somit das Proletariat ohne Produktionsmittel ausbeuten, die so ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Denn ohne Produktionsmittel kann nur die eigene Arbeitskraft am Markt angeboten werden – es ist das Einzige, was

zu Verfügung steht. Abstrahiert gesagt: Da es eine Klasse mit und eine ohne Produktionsmittel gibt, kann die Klasse mit Produktionsmittel die Klasse ohne Produktionsmittel zu ihren gewünschten Bedingungen anstellen, da sich diese Personen anders keinen Lebensunterhalt verdienen können. Auf Praktikant:innen angewandt bedeutet dies: Diese müssen ihre reelle Arbeitskraft zu ungerechten Bedingungen verkaufen, um an einen Lohn zu kommen, der ihren zukünftigen Lebensunterhalt sichert.

Dies wird weiterhin verdeutlicht, wenn ein Blick auf Praktika in Masterstudiengängen geworfen wird. Der Abschluss des Master-Studiums ist in vielen Disziplinen ein wichtiger weiterer Schritt, um einen gut bezahlten Job zu finden. Auf einer Minderheit der Stellenausschreibungen findet man die Anforderungen, dass nur ein Bachelor benötigt wird, und vor allem nicht in den Sozialwissenschaften. Für Masterstudiengänge wird an vielen Universitäten Berufserfahrung und teilweise auch soziales Engagement vorausgesetzt. Egal, ob das Motiv von Studierenden ist, an eine renommierte Universität zu kommen, um nach Abschluss einen besseren Job zu erlangen und somit die eigene finanzielle Situation zu verbessern, oder aber auch das noble Anliegen, welches viele Studierende haben, 'die Welt ein kleines Stück gerechter zu machen'; sie müssen sich zuerst in das Ausbeutungsverhältnis Praktikum begeben. Und das vermutlich nicht nur einmal, sondern mehrmals im Verlauf ihrer Studienlaufbahn. Wird ein Masterstudium in einer Disziplin mit internationalen Ausrichtung wie IBWL, Internationale Beziehung oder Internationale Entwicklung angestrebt, wird meist auch noch Auslandserfahrung erwartet. Dies kann natürlich auch im Zuge eines Erasmus-Semesters erworben werden, solange es nicht um außereuropäische Kontakte geht. Aus meinem eigenen Interesse an solchen Studien ist ein Praktikum im globalen Süden häufig eine Voraussetzung, um die Auswahlchancen zu erhöhen. Dieser Umstand verdient meiner Meinung nach ein besonderes Augenmerk. Sehr viele Volontariate, bei denen Europäer:innen in den globalen Süden gehen, um zu helfen, können ebenfalls

als Ausbeutungsverhältnisse definiert werden. Aber nicht nur auf die offensichtliche Weise wie bei normalen Praktikant:innen, sondern reziprok. Man könnte auch deklarieren, dass die Praktikant:innen in diesem Fall die Personen im globalen Süden ausbeuten, da sie die Auslandserfahrung für die Aufnahme in einen Studiengang benötigen. Dass dies mehr als problematisch ist, muss nicht weiter diskutiert werden.

Was bringt uns dieser Klassenbegriff aber schlussendlich? Etwas nur als Klasse benennen zu können, würde die Existenz von Klassenbegriffen für die Wissenschaft als Analysemittel noch nicht rechtfertigen. Warum nun also ist der Klassenbegriff wichtig für Praktikant:innen? Meiner Meinung nach wird durch eine solche Benennung ein Konflikt verdeutlicht, in diesem Fall ein Klassenkonflikt, viel mehr als ein Generationenkonflikt. Und diesen gibt es auf jeden Fall. Denn auch wenn der akute Lebensunterhalt von Studierenden meist nicht direkt von Praktika abhängt, sind diese notwendig, um die Chancen auf einen gutbezahlten und interessanten Job zu erhöhen. Nicht vergessen werden darf bei dieser Analyse auch, dass es viele Studierende gibt, die sich (unbezahlte) Praktika gar nicht erst leisten können, da sie selbst für ihren derzeitigen Lebensunterhalt aufkommen müssen. Diese werden von der Chance der Mobilität voll ausgeschlossen, es sei denn, sie schaffen es, einen bezahlten Job in ihrer zukünftig gewählten Branche zu ergattern.

Auch Marx und Engels haben sich gefragt, wie dieser Ausbeutung entgegengewirkt werden kann. Die kommunistische Revolution hat ja noch nicht stattgefunden und es sei wertfrei dahingestellt, ob sie die Lösung des Problems unserer Ausbeutungsverhältnisse sein könnte. Bis dahin werden Studierende weiter gezwungen sein, Ausbeutungsverhältnisse einzugehen, um ihren Lebenslauf aufzupeppen, um sich damit einmal einen ihrer Ausbildung und ihrem Können angemessenen Lebensunterhalt verdienen zu können.

Abschließend möchte ich noch einen wichtigen Appell formulieren: Dieser Artikel, den Sie hier gerade gelesen haben, ist Teil dieses Systems und kann auch als solcher verstanden werden. Er dient nicht nur Ihnen, geschätzte:r Leser:in, zur Information, sondern ist auch Teil meiner unbezahlten Arbeit, um den Lebenslauf systemkonform und im Sinne dieses Artikels auf Basis von Ausbeutung den Erwartungen der zukünftigen Arbeitgeber:innen entsprechend attraktiver zu machen. Dieser Umstand sollten nicht so weiterbestehen und somit möchte ich ganz in Marx' und Engels' Gedanken sagen: „Praktikant:innen aller Länder, vereinigt euch!“

Carla Maria Friederike Diem (21) studiert(e): Kultur- und Sozialanthropologie, Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Literatur

Bittmann, Felix/ Zorn, Viktoria Sophie (2020): Analyse des Nutzens von Praktika für österreichische Hochschulabsolventen unter Einbezug relevanter Mediationspfade. In: ÖZS. Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 46(1). S. 1–25. doi: 10.1007/s11614-020-00435-8.

Groß, Martin (2015): Klassen, Schichten, Mobilität. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. doi: 10.1007/978-3-531-19943-6.

Steinbach, Anja (2018): Generation. In: Kopp Johannes, Steinbach Anna (Hg.): Grundbegriffe der Soziologie. Wiesbaden: Springer. S.129–131. doi: 10.1007/978-3-658-20978-0_26.

Pollak, Reinhard (2018): Klasse, soziale. In: Kopp Johannes, Steinbach Anna (Hg.): Grundbegriffe der Soziologie. Wiesbaden: Springer. S.225–228. doi: 10.1007/978-3-658-20978-0_26.

Brief aus Tarlabası – der vergifteten Prinzessin Istanbuls

Melvin Tricoire

In den ersten Februartagen reißt mich der Muezzin noch aus dem Schlaf. In der neu eingerichteten Wohnung, die ich für das nächste halbe Jahr gemietet habe, schaue ich aus dem Fenster meines Schlafzimmers und sehe zum ersten Mal das Tageslicht Istanbuls. Im obersten Stockwerk des Gebäudes vis-à-vis ist das Fenster meiner Nachbarn nur durch eine dünne Stoffschicht abgedeckt. Gegen den kalten Wind jenes Wintermorgens hat sie jedoch keine Chance. Während sie in ihrer Wohnung Jacken tragen, bereite ich mir den ersten türkischen Cay in Unterhose zu.

Mustafa, ein Mann mittleren Alters, kommt inklusive Anwalt, in Sakko und polierten Schuhen vorbei, um den Mietvertrag zu unterschreiben und seinen Rakı zu holen, um den er mich gebeten hat. Nachdem er darüber gesprochen hatte, wie zentral und sicher die Wohnung gelegen sei, warnte er mich davor, mit Leuten ins Gespräch zu kommen, die mich auf Englisch ansprechen würden. Falls ich doch einmal Hilfe benötige, sei Ismail, der den vielleicht sieben Quadratmeter großen Zubau am Dach bewohnte, immer für mich da. Mein Vermieter Mustafa und die Rolle, in der ich mich befinde, repräsentieren vielleicht am besten, was in Istanbuls Tarlabası-Viertel auf dem Spiel steht.

Die Wohnung liegt nur fünf Gehminuten vom Taksim-Platz entfernt auf der europäischen Seite des Bosphorus, welcher durch die Gezi-Park-Proteste 2013/14 weltberühmt wurde. Obwohl die Proteste in einer allgemeinen Kritik an den Lebensumständen in der heutigen Türkei unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan und seiner seit 2002 regierenden AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung)

endeten, begann alles aus einem ganz anderen Grund. Nach dem Vorhaben der Stadtverwaltung sollte der kleine Park in der Beyoğlu Belediyesi im Zuge des Stadtentwicklungsplans privatisiert und an den Hauptauftragnehmer Kalyon Group verkauft werden. Diese plante zunächst den Bau eines Einkaufszentrums mit luxuriösen Wohnungen, als spätere Reaktion auf die Proteste ein Museum.

Obwohl die Pläne die Aufmerksamkeit der Zivilgesellschaft in der gesamten Türkei auf sich zogen und zu massiven Aufständen gegen das Projekt und die Regierung selbst führten, ging ein wichtiger Aspekt unter den damaligen Umständen möglicherweise verloren: die radikalen städtischen Modernisierungspläne der Regierung, durch die bereits Tausende aus ihren Häusern vertrieben wurden.

Durch die neoliberale Urbanisierungsoffensive der regierenden AKP und dem Taksim 360°-Entwicklungsprojekt der Stadtverwaltung wurden in den letzten Jahrzehnten die Überreste der heute nur noch selten anzutreffenden osmanischen Architektur weitestgehend zerstört. Mit ihnen die Existenzgrundlagen der darin wohnenden Flüchtlinge, Trans*Sexarbeiter*innen oder Reisverkäuferinnen und Reisverkäufer. Das Paradigma eines modernisierten, wohlhabenderen Istanbuls nach europäischem Vorbild hat die vielfältige ethnische und kulturelle Bevölkerung von Tarlabası in ihren eigenen Ruinen zurückgelassen.

Von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern, von Reisverkäuferinnen und Reisverkäufern

Der Stadtteil ist wohl besser bekannt als „Istanbuls ältester Slum“. Tarlabası wurde im 20. Jahrhundert hauptsächlich von einer nicht-muslimischen Minderheit bewohnt, insbesondere von Griechen und Armenierinnen. Damals galt er allerdings als angesehener Stadtteil der gehobenen Mittelschicht Istanbuls, wenngleich dort ebenso Lohnarbeiterinnen und -arbeiter ihrer Beschäftigung nachgingen. Nach den türkisch-nationalistischen Pogromen am 6. und 7. September 1955 wurden viele der christlichen Griechinnen, aber auch der jüdischen Türken und Armenierinnen vertrieben. Die darauffolgenden Jahrzehnte veränderten die Metropole und Tarlabası nachhaltig. Die Einwohnerzahl Istanbuls stieg von etwa 1,2 Millionen im Jahr der Pogrome auf derzeit 15 bis 18 Millionen, je nachdem welcher Erhebung man Glauben schenkt. Heute besteht die Gemeinschaft im Viertel aus verschiedenen, aber gemeinsam im Stich gelassenen muslimischen und nicht-muslimischen Minderheitengruppen, darunter Kurden und Kurdinnen, Sinti und Sintize, Romnja und Roma, und aufgrund des Krieges in Syrien und des EU-Türkei-Deals, eine zunehmende Zahl von Flüchtlingen. Diese sind oft, aber keineswegs nur, Drogendealer und -Dealerinnen, Trans*Sexarbeiter*innen, Tagelöhner mit Schubkarren voll Plastikmüll oder Reisverkäufer und -Verkäuferinnen. In Erhebungen zur Bevölkerungsentwicklung Istanbuls sind sie wohl kaum miteinberechnet, da die meisten von ihnen Sans Papiers sind und somit nicht als BürgerInnen Istanbuls aufscheinen.

Bedenkt man, dass Tarlabası nur einen Steinwurf von der kommerzialisierten Istiklal-Straße entfernt und damit direkt neben dem Tourismuszentrum der Stadt liegt, überrascht es nicht, dass die Regierung versucht, den medial geframten „Slum“ aus dem Stadtzentrum zu verbannen. Genauer, ihn für eine gehobene türkische Mittelschicht und ausländische Touristen und Touristinnen zu gentrifizieren. Oder wie sie wohl von sich selbst behaupten würde, wieder aufzubauen:

„Taksim 360 brings together exclusive cafés and restaurants, famous stores, entertainment, leisure and cultural events and art centers, creating a new meeting point for those seeking to truly ‘experience Istanbul’” (Çalık Gayrimenkul, 2016).

Wer heute von der Ömer Hayyam-Hauptstraße des Viertels in eine der vielen engen Seitengassen einbiegt, wird bald unzählige Neubauten erkennen, die neben den renovierten Minaretten der örtlichen Moscheen gebaut werden.

Obwohl Tarlabası also von der „Mariahilfer Straße Istanbuls“, der Istiklal Caddesi, nur wenige Schritte entfernt ist, könnten die beiden Stadtteile nicht unterschiedlicher sein. Ehemals miteinander verbunden, trennt der zwischen 1986 und 1988 errichtete Tarlabası Boulevard nun die rein gentrifizierte Flaniermeile, inklusive H&M und Starbucks, vom „gefährlichsten Ort“ der Stadt. Durch seinen Bau wurden schon damals insgesamt 350 geschützte Denkmäler aus der osmanischen Zeit zerstört. Und mit ihnen all jene enteignet, die in ihnen wohnten.

Das Verhältnis zwischen Klasse und urbanen Transformationsprojekten, bei welchen marginalisierte Gruppen strukturell benachteiligt werden, wird in der Fachliteratur als „accumulation by dispossession and displacement“ (Arican 2020: 482) bezeichnet. Spätestens seit der Neoliberalisierung urbaner Lebensräume in den ausgehenden 2000er-Jahren kommen solche Entwicklungen immer augenscheinlicher an die Oberfläche.

Das Taksim 360° Entwicklungsprojekt und die AKP

Das unerwünschte Viertel der Megacity ist nur ein Beispiel für die von sozialen Kämpfen gekennzeichnete Gentrifizierung urbaner Räume auf der ganzen Welt. Es kann aber aufgrund seiner charakteristischen Merkmale als globales Beispiel dienen. Nahezu unbemerkt entwickelt sich die Umwandlung von

- konsumfreien - öffentlichen Plätzen in privatisierte und kommerzialisierte Räume für eine Zielgruppe, die sich den neoliberalisierten Lebensstil einer Metropole auch leisten kann. Sie schafft diese Räume für jene, die es sich leisten können, vor allem aber durch jene, die es sich nicht leisten können. Alize Arican dazu:

„These projects aimed to take urban land from communities perceived as vulnerable, dangerous, or marginal and instead erect residences, work spaces, or building complexes appropriate for prosperous global cities. The hope was to generate hikes in property values and profits for the companies involved, rather than tangible benefits for the prior residents.” (2020: 487).

Zudem bleiben die historischen sowie kulturellen und ethnischen Hintergründe der meist marginalisierten Bewohnerinnen und Bewohner ungesehen und unterrepräsentiert. Zumeist allerdings vor allem unausgesprochen.

In Tarlabası hingegen sprechen einige Zahlen für sich. Im Jahr 2006 wählte die Regierung insgesamt 20.000 Quadratmeter Land, bestehend aus neun Straßenblöcken mit etwa 278 Grundstücken, als eines der Sanierungsgebiete für die städtebauliche Modernisierung des Istanbuler Stadtzentrums aus. Die Bezirksverwaltung von Beyoğlu unterzeichnete einen Vertrag mit der Baufirma GAP, die ihrerseits zum Mischkonzern Çalık Holding gehört. Als Teil der Holding agieren 34 Unternehmen und Subunternehmen aus verschiedenen Branchen wie Bau, Finanzen, Energie, aber auch der Medien mit der Sabah-Gruppe unter der Aufsicht ihres ehemaligen CEO Berat Albayrak (vgl. Adnan Adanali 2013). Er selbst ist der Schwiegersohn von Präsident Erdoğan.

Die Rechtmäßigkeit des Entwicklungsprojekts ergibt sich aus dem Stadterneuerungsgesetz 5536, das ein Jahr zuvor, 2005, verabschiedet worden war. In seinem Kern sichert es den barrierefreien Zugang zur Sanierung historischer Stadtteile und die Zerstörung der entsprechenden geschützten Denkmäler. Darüber hinaus führte es die Enteignung als rechtliche Maßnahme gegen alle ein, die sich

gegen die Stadterneuerungspläne der Behörden auflehnen würden (vgl. Arican 2020). Im Rahmen des Sanierungsprojekts Taksim 360° zwischen der Stadtverwaltung von Beyoğlu, der regierenden AKP und ihren Geschäftspartnern wurde die ständige Bedrohung einer Enteignung für die Bewohnerinnen und Bewohner von Tarlabası damit zu einem Teil ihres täglichen Lebens.

Parallel zum Rechtfertigungsprozess wurde eine unter der Zuständigkeit des Präsidentenbüros liegende Behörde für Wohnungsbau mit dem Namen „Toki“ geschaffen (vgl. Adnan Adanali 2013). Ihre Aufgabe, den Prozess der Stadtsanierung zu beschleunigen, wurde durch die Aufstockung der personellen Ressourcen und der gesetzlichen Rechte gewährleistet, was zum Bau von Wohnkomplexen für die vertriebenen Unterschichten an der Peripherie der Stadt führte.

Über den Zusammenhang von Klasse, Urbanität, Prinzessinnen und Katzenfutter

Im Fall von Tarlabası wäre es zu kurz gegriffen, die Kosten der Räumungen allein auf der Grundlage angeblich notwendiger, urbaner Modernisierungsprozesse zu reduzieren. Vielmehr müssen der immanente politische Charakter und sein diskursives, wesentlich mediales Framing berücksichtigt werden, um die aktuellen und weiteren Entwicklungen des Stadtteils zu verstehen.

Im online Taksim-360°-Projektkatalog der Stadtverwaltung wird folgendes Bild gezeichnet:

„Distinctive architecture, unrivaled location, historic yet modern, warm and welcoming, sophisticated, comfortable, prestigious... A lifestyle concept that is distinctive from every angle. Taksim 360°'s unique concept combines neighborhood life, an urban lifestyle and professional life with the exclusive benefits of serviced residences. Taksim 360, which offers different styles and apartments, offices, diversity of choices and

appeals to every taste, creates a twenty-four hours day, seven days a week live concept of life." (Çalık Gayrimenkul, 2016).

Dieses Bild entspricht dem offiziellen Slogan, der auf verschiedenen Bauplakaten zu finden ist und besagt, dass die „vergiftete Prinzessin“ geheilt werden muss.

Die Legitimation für die städtische Modernisierung ist also, dass Tarlabası als vergiftete Prinzessin von ihrem Gift, den armen, unteren Klassen „befreit“ werden muss. Religiöse, politische und soziale Hintergründe der multikulturellen Bewohnerinnen und Bewohner wurden genutzt, um sie diskursiv in ihrer vermeintlich homogenen Gesamtheit als Kriminelle darzustellen, die aufgrund ihrer eigenen Entscheidungen in Armut leben würden. Dadurch konnte das Urbanisierungsprojekt auf breiter Basis nicht nur durch die Interessen jener abgesichert werden, die sich materielle Zugeständnisse erhofften. Vielmehr konnte auch jener Teil der Istanbuler Stadtbevölkerung angesprochen werden, der sich nach der bürgerlich-kapitalistischen Lebensweise der europäischen Mittelschichten sehnte, und das Vorhaben somit auch in ideologischer Hinsicht mittrug. Das Taksim 360° Entwicklungsprojekt war damit nicht nur ein Kernelement neoliberaler Stadtpolitiken, sondern muss darüber hinaus vor dem Hintergrund der Machtkonsolidierung der AKP betrachtet und analysiert werden (vgl. Arican 2020). Tarlabası kann als negatives Vorzeigeprojekt städtischer Modernisierung dienen, da es im Zusammenhang zwischen Geschlecht, Ethnizität, oder Staatsbürgerschaft und neoliberalen Exklusionsmustern im urbanen Raum Pionierarbeit leistet.

Die soziale Ausgrenzung der Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels in seiner neuen, gentrifizierten Form - modern, „europäisch“ und wohlhabend - zeigt, dass die wahren Kosten, die zu tragen sind, von ihnen selbst getragen werden. Von der Regierung des Landes, in dem sie leben, vertrieben. Weitgehend ignoriert von den Nachfrage- und Angebotsfaktoren einer konsumorientierten Presse, die zudem den Interessen der politischen und wirtschaftlichen Eliten dient, in ihren eigenen Ruinen obdachlos zurückgelassen. Die multikulturelle Bevölkerung von Tarlabası könnte

bald zu einer Generation werden, die mit Hass und Misstrauen gegenüber dem Staat und seinen Institutionen aufgewachsen ist. Weit und unbemerkt vom Taksim-Platz am Rande Istanbuls werden die neu gebauten „Toki-Ghettos“ einmal zu den Banlieues der Türkei werden, wenn sich niemand um das Erbe einer fast verlorenen Generation kümmert. Auch meine ehemaligen Nachbarn werden nicht nur kein Fenster, sondern kein Zuhause haben.

Ich jedenfalls, bin nach nicht einmal drei Wochen umgezogen. Nicht wegen den Dealern und Dealerinnen, Sexarbeitern und Sexarbeiterinnen, oder Reisverkäufern und Reisverkäuferinnen, die mich alle immer sehr freundlich grüßten. Nicht wegen der vergifteten Prinzessin, die mich in meinen Träumen heimgesucht hätte oder wegen all den süßen Katzen, für die ich nach der Uni Futter gekauft hatte. Vielmehr aus der Erkenntnis heraus, wie scheiße das alles eigentlich ist.

Melvin Tricoire ist Redaktionsmitglied bei politix und studiert Politikwissenschaft und Vergleichende Literaturwissenschaft an der Universität Wien. Von Jänner bis August 2020 studierte er im Rahmen des Erasmus+ Programms an der Bilgi Universität in Istanbul.

Literatur

Adnan Adanali, Yasar (2013): Istanbul brennt. In: Le Monde Diplomatique 07/13. (Bezogen unter: <https://monde-diplomatique.de/artikel/!470263>; Zugriff am: 18.11.2021).

Arican, Alize (2020): Behind the Scaffolding: Manipulations in Time, Delays, and Power in Tarlabası, Istanbul. In: City & Society 32 (3), S. 482-507.

Çalık Gayrimenkul (2016): Taksim 360 Office/Residence Official Website. (Aufrufbar unter: <https://www.taksim360.com.tr/en/>; Zugriff am 18.11.2021).

Der AMS-Algorithmus – institutionelle Diskriminierung?

Franca Nagl

Inwiefern bedingen sich Rasse, Klasse, Geschlecht und Nation heutzutage? Durch welche Praktiken werden sie verursacht und festgeschrieben? 2019 sollte ein neuer Algorithmus dem Arbeitsmarktservice (AMS) unter die Arme greifen und dabei den Sachbearbeiter*innen eine bessere Einschätzung von Re-Integrationschancen in den ersten Arbeitsmarkt bieten. AMS-Chef Johannes Kopf wie auch die ÖVP-FPÖ-Koalition erhofften sich dadurch zunächst eine Effizienzsteigerung des AMS (ÖVP, FPÖ 2017, S. 142; Szigetvari 2018a). Das Ziel der Einführung des Algorithmus war eine effizientere Verteilung der Ressourcen des AMS und eine Erleichterung für die AMS-Berater*innen, die im Durchschnitt 400 Kund*innen betreuen mussten. Eine Zahl, bei der das persönliche Beratungsgespräch zu kurz kommen kann. Dafür teilt der „AMS-Algorithmus“ arbeitslose Menschen nach ihren Wiedereingliederungschancen in den (ersten) Arbeitsmarkt in drei Kategorien ein, auf dessen Grundlage dann Förderungen und Maßnahmen des AMS verteilt werden. Im folgenden Artikel werde ich diese politische Maßnahme basierend auf dem Buch „Rasse, Klasse, Nation“ von Balibar und Wallerstein (1990) analysieren. In Polen wurde ein ähnlicher Algorithmus bereits wieder gestoppt, Gründe dafür gab es genug: Datenschutzbedenken, soziale Stigmatisierung von arbeitslosen Menschen und Intransparenz, um nur einige zu nennen.

Institutioneller Rassismus

Nach Sauer (2002, S. 88) sind Institutionen auch Gewaltverhältnisse, „Benachteiligungs-, Ausschluss-, und Marginalisierungszusammenhänge, die eine staatliche-rechtliche hegemoniale Absicherung erhalten haben“. Sie werden staatlich-rechtlich in administrativen Regelwerken festgeschrieben, in denen ethnische, aber auch Geschlechts-Differenzen stabilisiert, festgeschrieben, aber auch vergrößert

werden (Scherschel 2010, S. 252). Institutionalisiert, das heißt, nach formalen Rechten, etablierten Strukturen, nach eingeschliffenen Gewohnheiten, etablierten Wertvorstellungen und bewährten Handlungsmaximen zu handeln (Gomolla 2017, S. 135). Institutionelle Hierarchisierungs-Verhältnisse sowie institutionelle Diskriminierung können sozioökonomisch stratifizierende Effekte mit sich bringen. Ökonomische Segmentierungen der Bevölkerung unterliegen oft vielerlei verschiedener Benachteiligungsverhältnisse, die ineinandergreifen und sich verstärken können.

Bezogen auf das AMS hat die institutionalisierte Förderpolitik mit Eingliederungsbeihilfen in den Arbeitsmarkt, weiterführenden Bildungskursen und anderen Maßnahmen Auswirkungen auf den langfristigen Eingliederungserfolg von Arbeitslosen (Sauer 2002). Jedoch können langfristige Benachteiligungen und Exklusion von AMS-Förderungen oder dem Arbeitsmarkt langfristig sozioökonomische Schlechterstellung mit sich bringen (Boatca 2017, S.4). Ökonomische Stratifizierung oder Ungleichheiten sind demnach nicht nur individuell zu erklären, sondern sollen in einem größeren Kontext von strukturellen und institutionellen Ungleichheiten untersucht werden. Die Arbeitsmarktpolitik versucht gezielt die Exklusion und Inklusion am Arbeitsmarkt zu regeln und ist demnach ein ausschlaggebender Faktor, um Ungleichheiten entgegenzuwirken (Boatca 2017, S. 17).

Der AMS-Algorithmus

Der Arbeitsmarkt hat mehrere wichtige Funktionen: er integriert Menschen in ein soziales Gefüge, meist abseits des Familien- oder Freundeskreises.

Der Arbeitsmarkt vereint Menschen unter dem Deckmantel des Lohns, des Gehalts. So ist er dadurch auch die „zentrale Instanz der Vergesellschaftung, als Motor des sozialen Wandels und als wichtige Schnittstelle für die (un)gleiche Verteilung von Ressourcen und Teilhabechancen“ (Verwiebe, Fritsch, Liedl 2019, S. 146). Allerdings ist er ökonomisch stratifiziert und ethnisch segmentiert:

Berufseinsteiger*innen der 2. und 3. Generation von Migrant*innen haben meist geringere Arbeitsmarktchancen. Ungleiche Verteilungsprozesse am Arbeitsmarkt beeinflussen darüber hinaus die Teilhabechancen an der Gesellschaft. Daher können höhere Formen der Polarisierung von Zugehörigkeit und der Ausschluss vom Arbeitsmarkt mit höheren Formen von Marginalisierung oder sogar gesellschaftlicher Isolation einhergehen (Verwiebe, Fritsch, Liedl 2019, S. 148).

Das neue Arbeitsmarkt-Chancen-Modell teilt Arbeitslose in drei Kategorien ein. Dem Segment A werden Betreuungskund*innen mit rascher Vermittelbarkeit zugeteilt, dem Segment C Betreuungskund*innen, die schwer vermittelbar sind. Zum Beispiel sollten geförderte Vollzeitstellen in sozialökonomischen Betrieben wie der Volkshilfe nur bei dem mittleren Segment angewendet werden, welches eine höhere Erfolgswahrscheinlichkeit auf eine Vermittlung in den Arbeitsmarkt hat. Für die Gruppe der Menschen mit den niedrigsten Chancen auf eine Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt (Segment C) sollten stattdessen vermehrt unbezahlte Angebote zu tragen kommen, wie freiwillige Betreuungseinrichtungen (BBENs) oder Transitarbeitsplätze, welche unbezahlte Jobtrainings in staatlich geförderten sozialökonomischen Betrieben darstellen (Spiola 2019; Szigetvari 2018b).

Die folgende Grafik enthält die Merkmalsindikatoren des Algorithmus, die durch die „Synthesis Forschung“ errechnet wurden. Sie bilden die schon vorhandene Diskriminierung von Merkmalen bei der Integration von Arbeitslosen ab.

- 0,14 x GESCHLECHT_WEIBLICH
- 0,13 x ALTERSGRUPPE_30_49
- 0,70 x ALTERSGRUPPE_50_PLUS
+ 0,16x STAATENGRUPPE_EU
- 0,05 x STAATENGRUPPE_DRITT
+ 0,28 x AUSBILDUNG_LEHRE
+ 0,01 x AUSBILDUNG_MATURA_PLUS
- 0,15 x BETREUUNGSPFLICHTIG
- 0,34 x RGS_TYP_2

(Holl et al. 2018, S.11)

Ausgegangen wird von einer Gruppe mit den besten Eingliederungschancen basierend auf jungen Männern mit höchstem Pflichtschulabschluss und österreichischer Staatsbürgerschaft. Sie haben im Vergleich zu Frauen keine Betreuungspflichten, sind nicht gesundheitlich beeinträchtigt und wohnen in einer guten Gegend, also einem Arbeitsmarktbezirk, der zum sogenannten „RGS-Typ 1“ gehört (Holl et al. 2018, S.11). Alle anderen Merkmale werden negativ gewertet und sind im Bild mit einem ‚Minus‘ vorzufinden.

Gruppen, wie die der Frauen, können mit Hilfe der Zielarchitektur und gewisser Förderinstrumente auf- oder abgewertet werden. So wurden extra Fördertöpfe für Frauen eingerichtet (Szigetvari 2018a). Je nach Effektivitätsvorstellungen können die Budgets und die Zielarchitektur der Nachfrage des Arbeitsmarkts angepasst werden (Spiecker genannt Döhmman; Fröhlich 2018). Ob das AMS demnach Fortbildungskurse zahlt, hängt von Kriterien wie Wohnort, Geschlecht, Betreuungspflichten oder Herkunft ab (Wimmer 2020). Um effektiv und zielgerichtet fördern zu können, muss der Staat und damit das AMS also wissen, welche bestimmten Gruppen auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden. Doch Spiecker und Fröhlich (2019) warnen, dass dahinter auch eine aktive Ressourcenentscheidung stehen kann. „Da nicht alle gefördert werden können, werden diejenigen privilegiert, bei denen der Algorithmus das Geld am effektivsten investiert sieht“ (Spiecker, Fröhlich 2019).

Kritisch für eine faire Einschätzung von Arbeitslosen war die Lage zu Anfang der Corona-Krise, welche keine persönlichen Beratungs- und Einstufungsgespräche zuließ. Die letzte Instanz bei der Entscheidung über die Vergabe von Fördermitteln sollten laut AMS noch immer die Sachbearbeiter*innen sein, doch während dem „Lockdown“ durften sie ihre Klient*innen monatelang selbst nicht sehen. Folgen die Sachbearbeiter*innen nun mehr oder minder blind der vom AMS-Algorithmus vorgeschlagenen Einteilung in die drei Segmente, wird die statistisch eingeschriebene Diskriminierung des Algorithmus eins zu eins in die Realität übertragen. Die Forschung zeigt, dass Menschen kaum der computerbasierten Entscheidungshilfe widersprechen (Kellermann 2016, S. 78 f.; Jedrzej, Sztandar-Sztanderska, Szymielewicz 2015). Im Gegenteil, in Polen zeigte sich nach der Einführung eines sehr ähnlichen Algorithmus, dass sich die Sachbearbeiter*innen bei weniger als einem von 200 Kund*innen über das algorithmische Ergebnis hinweggesetzt haben (Jedrzej 2019). Dadurch kann die schon vorhandene strukturelle Diskriminierung fortgesetzt und sogar bei mangelnden Gegenförderungen des AMS verstärkt werden.

Die Datenschutzbehörde hat 2020 entschieden, dass der Algorithmus nicht datenschutzkonform ist (Steger 2020). Das hätte das Aus bedeuten können, doch selbst wenn der Algorithmus nicht mehr angewendet werden darf, bleiben die Kategorien weiterhin für die Bewertung der Arbeitslosen bestehen und entscheiden weiterhin über die Förderpolitik des AMS. Laut Yanow (2003) entstehen durch die Kategorien in weiterer Folge kulturelle Praktiken, die Differenzierungen von Menschen entstehen lassen, erhalten, aber auch weiterführen. Diese soziale Konstruktion von Kategorien und Merkmalen findet Eingang in den öffentlichen Diskurs und hat normative und wertende Folgen in der Gesellschaft (Schneider, 1993, S. 335). So können die Kategorien, die einmal statistisch bewertet wurden, nach einiger Zeit zu strukturellen, wie aber auch institutionellem Rassismus beitragen. Wie die Effekte genau ausschauen könnten und wie sich die Kategorien bedingen, wird des Weiteren erläutert.

Zentrum-Peripherie/ sozioökonomische Diskriminierung

Die „Staatsgruppe EU“ hat eine positive Auswirkung auf die Segmentierung, während Personen von Drittstaaten mit einem Faktor von $-0,05$ bewertet werden (Holl et. al. 2018, S. 11). Diese klare Unterteilung in das Zentrum der EU-Staaten und der Peripherie der „Drittstaaten“ unterteilt die Welt geographisch in zwei Teile. Wallerstein (1990, S. 98) schrieb zur historischen Nation, dass die „horizontale Arbeitsteilung innerhalb der Weltwirtschaft eine räumliche Arbeitsteilung hervorgebracht habe.“ Das Netzwerk von Arbeits- und Produktionsprozessen, das sich heutzutage um den ganzen Globus gespannt hat, kann sich immer weiter aufspalten und die Arbeitsteilung regional differenzieren. In einem Land werden die Rohstoffe abgebaut, im Zweiten werden sie verarbeitet und im Dritten werden sie zum Endprodukt zusammengebaut. In der Theorie entsteht dadurch der Kern oder das „Zentrum“ der bessergestellten kapitalistischen Länder und einer „Peripherie“ ärmerer Länder, in der Rohstoffe in erster Linie nur gewonnen werden (Flecker 2017; Hopkins, Wallerstein 1986). Das internationale Staatensystem verwaltet und erhält die horizontale Arbeitsteilung. In dem vorliegenden Fall verwaltet Österreich die Förderungen des AMS, die notwendig zum Erhalt und zum Erwerb von Humankapital arbeitsloser Menschen sind.

Die Indikatoren des Algorithmus lassen zudem auf eine geographische Unterteilung innerhalb Wiens schließen. Die „RGS-Typen“ stellen Bezirke und Regionen dar, wobei der RGS-Typ 1 das Zentrum mit den besten Re-Integrationschancen in den ersten Arbeitsmarkt und der RGS-Typ 4 den schlechtesten darstellt (Holl et al. 2018, S. 11). Letzterer umfasst Simmering, Favoriten und Floridsdorf, wobei hier die Re-Integrations-Chancen auf -33 Prozent bei sonst gleichbleibenden Variablen fallen (Szigetvari 2018b). Diese Peripherie begünstigt also automatisch eine Zuteilung ins schlechtere Segment. Der Wohnraum ist je „nach Herkunft, Rechtsstatus, sozialen Netzwerken und ökonomischen Kapital“ zugänglich (Liedauer

2020, S. 79). Dadurch werden Teilhaberechte am Arbeitsmarkt institutionell und räumlich verankert und prägen sich ins kollektive Gedächtnis ein (Scherschel 2010, S. 251; Perko 2010).

Institutionalisierter Sexismus und Diskriminierung von Frauen

Einer der Hauptkritikpunkte gegen die Verwendung des Algorithmus ist die negative Einstufung von Frauen (0.14 Punkte Abzug) und „speziell der Umstand, dass Frauen mit Betreuungspflichten, nicht jedoch Männer mit Betreuungspflichten die Kategorisierung beeinflussen“ (0.15 Punkte Abzug) (Czák 2019). Die Betreuungspflichten, die nur bei Frauen negativ angerechnet werden, bilden das jetzige strukturelle Diskriminierungsverhältnis der Gesellschaft zwischen Frauen und Männern statistisch ab, die laut Herbert Buchinger vom AMS empirisch belegt seien (Buchinger 2019). Diese Auswertungen rechnen hingegen nur Korrelationen in der Gesellschaft aus. Angerechnet und segmentiert werden sie jedoch so, als wären sie kausal: Das bedeutet, dass selbst, wenn die Frau einwandfreie Beaufsichtigung für ihre Kinder hätte und daher die Betreuungspflichten nicht in der Kernzeit vorhanden sind, wird sie so behandelt wie alle anderen Frauen mit Kindern, nicht jedoch wie Männer mit Kindern im Betreuungsalter (Bachberger-Strolz 2020, S. 21). Die Zielarchitektur des AMS kann diese strukturellen Diskriminierungen ausgleichen, indem es spezielle Fördertöpfe für z.B. Frauen gibt (Wimmer 2018). Sollten jedoch vermehrt Frauen in die Gruppe der am schlechtesten vermittelbaren geraten, kann es sein, dass sie weniger Förderungen insgesamt bekommen. Dies würde langfristig die Gender-Diskriminierung einzementieren oder sogar verstärken (Spiecker genannt Döhmman, Fröhlich 2018; Wimmer 2018). Zusätzlich ist die binäre Geschlechtereinteilung im Algorithmus nicht abänderbar und wird nicht hinterfragt.

Ethnische Diskriminierung

Obwohl die Nationalität statistisch bewiesen die Chancen, einen Job zu finden, beeinflusst, hat das AMS Indikatoren der Herkunft ausgelassen. Generell sind Arbeitnehmer*innen mit Migrationshintergrund stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Sie sind eher gefährdet, in prekären Beschäftigungsverhältnissen zu arbeiten und niedrigere Löhne zu erhalten (Verwiebe, Fritsch und Liedl 2019, S. 148). Dennoch sollte nicht vorschnell eine institutionelle Diskriminierung ausgeschlossen werden, denn der Algorithmus und die Indikatoren sind in die Förderstruktur des AMS eingebettet. Während nun Frauen und andere Gruppen, wie Ältere, Jugendliche, Behinderte und Langzeitarbeitslose, besondere Förderungen erhalten (Buchinger 2017), gibt es keine Fördertöpfe, die gegen die ethnische Segmentierung am Arbeitsmarkt ausgerichtet sind.

Langzeitarbeitslose Menschen haben besondere Schwierigkeiten in den ersten Arbeitsmarkt reintegriert zu werden. Wenn wir den Blick auf die Personen legen, die aus Drittstaaten kommen und womöglich noch ein laufendes Asylverfahren haben, wirkt sich der „Drittstaat“- Indikator besonders hart auf die Re-Integrationschancen aus (Hochleitner 2019, S. 61). Geflüchtete haben zudem geringere Teilnahmechancen am Arbeitsmarkt, da ihre Ausbildungen oft nicht anerkannt werden (Frey 2011). Lange Asylverfahren führen zu längeren Phasen ohne Erwerbsarbeit. Auch hier können räumliche Indikatoren (siehe Kapitel „Zentrum-Peripherie“) und der Indikator Langzeitarbeitslosigkeit sowie der Indikator der Herkunft aus Drittstaaten sich gegenseitig bedingen und müssen in Anbetracht der strukturellen Diskriminierung am Arbeitsmarkt und am Wohnungsmarkt analysiert werden. Residentielle ethnische Diskriminierung, als Teil der strukturellen gesellschaftlichen Diskriminierung, fließt somit auch in die finale Segmentierung des AMS ein (Häussermann, Siebel 2004, S. 139).

Diskussion

Die Analyse auf Grundlage von Balibars und Wallersteins Buch „Rasse Klasse, Nation“ versucht Diskriminierungsverhältnisse und dessen Interdependenzen darzustellen. Der Algorithmus bietet dabei spannende Einblicke in sonst verborgene Mechanismen: Vorstellungen von Diskriminierungen am Arbeitsmarkt befinden sich nun nicht mehr allein in den Köpfen der Sachbearbeiter*innen, sondern wurden am Papier oder am Computer festgehalten und wissenschaftlich und statistisch belegt. Vorgeblich auch, um gewissen Rassismen der menschlichen Sachbearbeiter*innen entgegenzuwirken (Szigetvari 2018a).

Sollte das AMS jedoch dem dritten Segment Förderungen und wirksame Kurse vorenthalten, wäre das ein klarer Fall von Diskriminierung. Indem die Indikatoren auf räumliche, geschlechtliche, etc. Merkmale zurückgreifen, formen sie verschiedene In- und Exklusionspfade, die wiederum partielle Teilhaberechte institutionell verankern (Scherschel 2010, S. 251). Mehrfachbelastete (Alter über 45 Jahre, Behinderung, max. Pflichtschule, Arbeitslosigkeitsdauer mehr als ein Jahr, etc.) trifft es dabei besonders hart, insofern das AMS nicht extra Förderungen für diese Gruppen vorgesehen hat (Bachberger-Strolz 2020, S. 21). Auch wenn die Nation sowie die „Rasse“/Ethnie im Algorithmus eher hintergründig vorkommen, können Diskriminierungen aufgrund dieser Kategorien nicht ausgeschlossen werden. Struktureller Rassismus in der Arbeitsmarktpolitik wie auf dem Wohnungsmarkt haben auch hier Einflüsse auf die Segmentierung des AMS. Das Zusammenspiel des Algorithmus mit der Förderpolitik sowie Einsparungen im System können somit zu einer Verschärfung von Klassenverhältnissen und anderen Diskriminierungsverhältnissen führen.

Franca Nagl steht kurz vor ihrem Masterabschluss in Politikwissenschaft. Dieser Text ist eine Weiterführung ihrer Bachelorarbeit, jedoch mit einem neuen Blickwinkel, der aus der Lektüre Balibars und Wallersteins Buch entstanden ist.

Literatur

- Bachberger-Strolz, Kerstin (2020): Profiling, Targeting, Algorithmen, künstliche Intelligenz – über die Irrwege einer Debatte in der Arbeitsmarktpolitik. URL: <https://johannesschweighofer.at/dokumente/Arbeitstexte/2020Profiling.pdf> (Gesehen am 27.09.2020)
- Balibar, Etienne; Wallerstein, Immanuel (1990): Rasse Klasse Nation: Ambivalente Identitäten. 2. Auflage. Argument-Verlag. Hamburg. S.87-130.
- Boatca, Manuela (2017): Ethnisierung der Ungleichheit – und ihrer Erklärung. Soziologisches Revue, Volume 40. Nr 1. S.3-10.
- Buchinger, Herbert (2019): Stellungnahme zu: Beurteilung Arbeitsuchender mithilfe eines Algorithmus. URL: <https://epicenter.works/sites/default/files/gbaarbeitsmarktchancenredacted.pdf> (Zugriff am 26.09.2020)
- Czák, Andreas (2019): Epicenter.Works Veröffentlicht Details zum Ams-Algorithmus. URL: epicenter.works/content/epicenterworks-veroeffentlicht-details-zum-ams-algorithmus (Zugriff am 26.09.2020)
- Flecker, Jörg (2017): Arbeit Und Beschäftigung: Eine Soziologische Einführung. Wien: Facultas, Utb 4860 Soziologie.
- Frey, Volker (2011): Recht auf Wohnen? Der Zugang zu von MigrantInnen und ethnischen Minderheiten zu öffentlichem Wohnraum in Österreich. Klagsverband zur Durchsetzung der Rechte von Diskriminierungsopfern. Wien.
- Gomolla, Mechtild (2017): Direkte und indirekte, institutionelle und strukturelle Diskriminierung. In: Handbuch Diskriminierung. Springer VS, Wiesbaden, 133-155.
- Häussermann, Hartmut; Siebel, Walter (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung. Campus Verlag. Frankfurt.
- Hochleitner, Anna (2019): Eine ökonomische Perspektive auf Wanderungsbewegungen und Migrationspolitik. In: Maximilian Pichl, Timo Tohidipur (Hg): An den Grenzen Europas und des Rechts. Interdisziplinäre Perspektiven auf Migration, Grenzen und Recht. Transcript Verlag. Bielefeld.
- Holl, Jürgen; Günter, Kernbeiß; Wagner-Pinter, Michael (2018): Das AMS-Arbeitsmarktchancen-Modell. Dokumentation zur Methode. URL: http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/arbeitsmarktchancen_methode_%20dokumentation.pdf (Zugriff am 29.09.2020)
- Hopkins, Terence K., Wallerstein, Immanuel (1986): Commodity Chains in the World-Economy Prior to 1800. In: Review 10 (1) S.157-170.
- Hormel, Ulrike; Scherr, Albert (2004): Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. Perspektiven der Auseinandersetzung mit struktureller, institutioneller und interaktioneller Diskriminierung. Verlag für Sozialwissenschaft. Wiesbaden.

Jedrzej, Niklas (2019): Polen: Regierung schafft umstrittenes Scoring-System für Arbeitslose ab. URL: <https://algorithmwatch.org/story/polnische-regierung-schafft-umstrittenes-sco-ringsystem-fuer-arbeitslose-ab/> (Zugriff am 20.09.2020)

Jędrzej, Niklas; Sztandar-Sztanderska, Karolina; Szymielewicz, Katarzyna (2015): Pro-filing the Unemployed in Poland: Social and Political Implications of Algorithmic decision making. Warsaw. Fundacja Panoptikon. URL: https://panoptikon.org/sites/default/files/leadimagebiblioteka/panoptikon_profiling_report_final.pdf (Zugriff am 24.09.2020) Käfer, Kerstin (2016): Wien, quo vadis? Doktorarbeit. Uni Wien. Wien.

Kellermann, Paul (2016): Künstliche Intelligenz, Roboter, digitalisierte Vernetzung – Epochenwechsel in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und Grundeinkommen. HeinzJürgen Niedenzu, Helmut Staubmann (Hrsg.): Kritische Theorie und Gesellschaftsanalyse. University Press. Innsbruck.

Liedauer, Susanne (2020): Wohnraum, Macht & Exklusion Die Rolle des Wohnraumes für die sozialräumliche Exklusion von geflüchteten Menschen in der Stadt Salzburg. ParisLodron Universität. Salzburg.

ÖVP, FPÖ (2017): Zusammen. Für unser Österreich. Regierungsprogramm 2017-2022. URL: http://www.aktive-arbeitslose.at/sites/aktive-arbeitslose.at/files/download/regierungsprogramm_oesterreich_oevp-fpoe_2017.pdf (Zugriff am 29.09.2020)

Perko, Gudrun (2010): "Klassismus. Eine Einführung". Diskriminierungen und Unterdrückung aufgrund von Klassenzugehörigkeiten auf der Spur. URL: <https://www.derstandard.at/story/1263705747905/rezension-klassismus-eine-einfuehrung> (Zugriff am 30.09.2020)

Pucher, Johannes (2020): 50.000 Demonstranten bei Black-Lives-Matter-Protest in Wien. URL: <https://www.derstandard.at/story/2000117877949/black-lives-matter-protesterreichen-wien> (gesehen am 07.10.2020)

Sauer, Birgit (2002): Gewalt, Staat und Geschlecht. In: Transit. Europäische Revue, Nr. 23, S.73-87

Scherschel, Karin (2010): "Dimensionen der Ungleichheit im nationalstaatlich stratifizierten sozialen Raum." Ethnowissen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 237-256.

Schneider, Anne, & Ingram, Helen (1993): Social Construction of Target Populations: Implications for Politics and Policy. 87 (2). American Political Science Review. Arizona.

Spiecker genannt Döhmann, Indra; Wiebke, Fröhlich (2018): Können Algorithmen Diskriminieren? URL: https://verfassungsblog.de/koennen-algorithmen-diskriminieren/#primary_menu_sandwich DOI: <https://doi.org/10.17176/20190211-224048-o> (Zugriff am 24.09.2020)

Spiola, Petra (2019): "Wir sollten deutlich mehr Trainingsplätze haben". URL: <http://www.arbeitplus-wien.at/news-details+M537d82fb24e.html> (Zugriff am 24.04.2020)

Steger, Christine (2020): Monitoringausschuss erfreut über Entscheidung der Datenschutzbehörde: AMS Algorithmus darf nicht eingeführt werden. Presseaussendung des Unabhängigen Monitoringausschuss zur Umsetzung der UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. URL: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200824_OTSO047/monitoringausschusserfreut-ueber-entscheidung-der-datenschutzbehoerde-ams-algorithmus-darf-nicht-eingefuehrtwerden (Zugriff am 30.09.2020)

Szigitvari, Andras (2018a): AMS-Vorstand Kopf: "Was die EDV gar nicht abbilden kann, ist die Motivation" In: derstandard.at/2000089096795/AMS-Vorstand-KopfMenschlicheKomponente-wird-entscheidend-bleiben (Zugriff am 20.09.2020)

Szigitvari, Andras (2018b): Leseanleitung zum AMS-Algorithmus. URL:

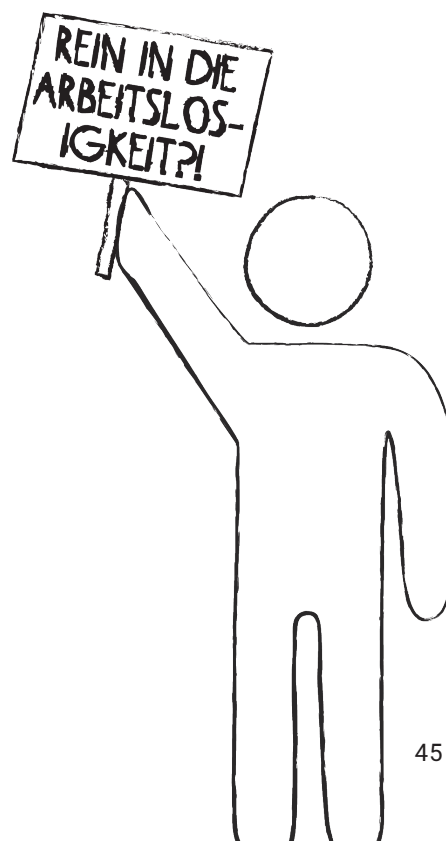
<https://derstandard.at/2000089720308/Leseanleitung-zum-AMS-Algorithmus> (Zugriff am 20.09.2020)

Verwiebe, Roland, Fritsch, Nina-Sophie; Liedl, Bernd (2019): "Der Arbeitsmarkt in Österreich." Die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. In: Haller, M., Beham-Rabanser, M., Muckenhuber, J., & Aschauer, W.: Die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Springer VS. Wiesbaden. S.113-153.

Wimmer, Barbara (2018): Der AMS-Algorithmus ist ein „Paradebeispiel für Diskriminierung“. URL: futurezone.at/netzpolitik/der-ams-algorithmus-ist-ein-paradebeispielfuer-diskriminierung/400147421 (Zugriff am 26.09.2020)

Wimmer, Barbara (2020): „AMS-Algorithmus sollte ganz abgedreht werden“ URL: <https://futurezone.at/netzpolitik/ams-algorithmus-sollte-ganz-abgedreht-werden/401009924> (Zugriff am 24.09.2020)

Yanow, Dwora (2003): Constructing "race" and "ethnicity" in America: Category-making in public policy and administration. M.E. Sharpe. London.



Standarddeutsch¹ als Bildungssprache, Dialekt als Sprache der Ungebildeten?

Jana-Sophie Heumader & Armin Bund

Warum die Beschäftigung mit Dialekt? Wir, das sind Jana und Armin, sind beide „am Land“ mit Dialekt aufgewachsen. Uns für höhere Bildung zu entscheiden bedeutete für uns auch, unsere gewohnte Umgebung zu verlassen und in die Stadt zu ziehen. Dabei mussten wir nicht nur unsere Freunde und Familie hinter uns lassen, auch kulturell ist so eine „Binnenmigration“ durchaus anspruchsvoll. Die Sprache ist dabei einer der sichtbarsten Marker, denn während Kleidung, Geschmack und Meinungen sich recht schnell anpassen lassen, ist die Sprache und Aussprache tief verwurzelt. Unsere Art zu sprechen weist ständig auf unsere Herkunft und das soziale Milieu, aus dem wir stammen, hin. Trotzdem reden wir selten darüber – ist der Dialekt einfach zu weit weg von den städtischen Bildungszentren, um interessant zu sein?

Diesen Eindruck gewinnen wir auch im Rahmen unserer Interviews mit anderen Dialektsprecher*innen: Für die Wenigsten ist es aktiv ein Thema, wie sie mit ihrem Dialekt umgehen, trotzdem scheint es alle zu beschäftigen. Wir haben uns am Institut umgehört und nachgefragt, wie es anderen Dialektsprecher*innen mit ihrer Sprache geht. Dabei hat sich gezeigt, dass es wohl so viele verschiedene Perspektiven gibt, wie es

Dialektsprechende gibt. Die individuelle Biographie und Persönlichkeit spielt dabei so sehr eine Rolle wie auch die Region, aus der eine Person kommt. So macht eine Wiener Dialektsprecherin andere Erfahrungen, als ein Südtiroler, eine Person aus Vorarlberg oder aus der Schweiz. Trotz der vielen Unterschiede sind wir davon überzeugt, dass nur durch das Teilen verschiedener Erfahrungen mehr Klarheit in dieses kaum besprochene Thema kommen kann. In diesem Sinn werden wir auch unsere eigenen Erfahrungen teilen.

„Schön Sprechen“ – Armin Bund

Ich bin in einem kleinen Ort in der Obersteiermark nahe der Bezirkshauptstadt Liezen aufgewachsen. Zu Hause wurde selbstverständlich Dialekt gesprochen, und bis ins Volksschulalter kannte ich Standarddeutsch praktisch nur aus dem Fernsehen. Wenn von jemandem Standarddeutsch gesprochen wurde, dann waren es „Weana“ oder „Piefke“ – jedenfalls die Anderen. Oftmals gerade diejenigen Anderen, die sich wichtiger fühlten als „wir“. Der erste wirkliche Kontakt mit der Standardsprache war für mich, wie für viele am Land, die Schule. Die Lehrer*innen sprachen zwar grundsätzlich mit uns im Dialekt. Gleichzeitig gab es aber die Einstellung, dass Kinder Hochdeutsch sprechen müssten, um richtig Deutsch zu lernen und auch schreiben zu können. Ich erinnere mich gut daran, dass wir immer wieder dazu angehalten wurden, „schön“ zu sprechen. Es wurde zu verstehen gegeben, dass die Sprache, in der ich mit meinen Eltern und meinen Freunden redete, gegenüber der „Hochsprache“ minderwertig ist. Mit Widerwillen habe ich bei Referaten die fremd klingenden Laute herausgewürgt, nur um dann

¹ Wir verwenden im Text anstelle des Begriffs „Hochdeutsch“ im folgenden den genaueren Begriff „Standarddeutsch“. Zum einen, da „Hochdeutsch“ sprachwissenschaftlich gesprochen alle deutschen Dialekte bezeichnet, die in den geografisch höhergelegenen Gebieten gesprochen werden. Womit die bairisch-österreichischen und schweizerischen Dialekte also ebenso „Hochdeutsch“ sind. Der Begriff Hochdeutsch schafft andererseits das Bild einer Sprache, die gegenüber dem Dialekt höher gestellt ist, was unserer Auffassung nach aus einer kritischen Perspektive nicht haltbar ist. Dagegen weist der Begriff Standarddeutsch schlicht darauf hin, dass es sich um eine standardisierte Form der Sprache handelt.

nach wenigen Sätzen ohnehin wieder in den Dialekt zurückzufallen. Meistens aber waren Sprache und Dialekt einfach kein Thema. Ich redete so wie alle anderen, und alle anderen so wie ich.

Durch eine Reihe von Zufällen, die ich mir bis heute kaum erklären kann, kam ich mit 15 Jahren an die Sir-Karl-Popper-Schule für Hochbegabte. Der Umzug nach Wien zwang mich in vielerlei Hinsicht, mich mit meiner Identität auseinanderzusetzen. Der Großteil meiner neuen Mitschüler*innen kam „aus gutem Hause“. Ich dagegen fühlte, wie ich mich in meinen Interessen und alltäglichen Erfahrungen immer weiter von meiner Familie entfernte. Meine sich langsam verändernde Sprache ist eine immer gegenwärtige Erinnerung an diesen Prozess. Ich musste mir die Fragen stellen, die sich alle „Zuagråastn“² in Wien stellen müssen: Soll ich mich anpassen und meinen Dialekt ablegen; oder soll ich weiter so sprechen und mich damit sichtbar machen? Anders formuliert: Wü i „schön sprechen“? Für viele, gerade aus bürgerlichen Milieus, mag Sprache eine rein utilitaristische Angelegenheit sein. Sie haben genügend andere kulturelle Identifikationsmuster zur Verfügung. Für mich ist sie eines der wenigen Dinge, die mich mit meiner Herkunft noch verbinden.

Ich entschied mich bewusst, meinen Dialekt beizubehalten. Zum einen wohl aus pubertärem Trotz, zum anderen war er für mich aber auch ein wichtiger Anker. Einige Begriffe musste ich dennoch schnell aufgeben. Unter einem „Dirndl“ wird in Wien nur ein Trachtenkleid verstanden, und nicht wie daheim die, die darin steckt. Im Dialekt WhatsApp-Nachrichten zu schreiben war für mich normal – in meinem neuen Umfeld erntete ich dafür schiefe Blicke und Unverständnis. Andere Veränderungen passierten schleichend. Die Laute, die für meinen Dialekt charakteristisch sind, verschleiften sich in Richtung ihrer standardsprachlichen Äquivalente.

2 Das dunkle A (å) repräsentiert eine Lautqualität, die es in der Standardsprache nicht gibt. Ausgesprochen wird es ungefähr wie das „a“ in engl. „to call“.

Die Laute, die ich in meiner Kindheit mit den „Anderen“ assoziierte und nicht herauswürgen wollte, kamen plötzlich aus meinem eigenen Mund.

Die Besuche zu Hause wurden für mich zu einer Probe: Kann ich meinen Eltern noch in der Sprache antworten, die sie mir als Kind beigebracht haben? Wie sehen mich meine Eltern, wenn ich sichtbar Schwierigkeiten hab, meine „Muttersprache“ so wie früher zu sprechen? Wie nehmen mich alte Bekannte wahr? Ich bin zu Hause nicht mehr unsichtbar. Und es wird wohl noch eine Weile dauern, mich damit zurecht zu finden, dass ich den Zugang zu dem unkomplizierten „Wir“ meiner Kindheit verloren habe.

„Wås ma is und wås ma kån“ – Nicholas Herzog

Nicholas studiert im ersten Semester Politikwissenschaft im Bachelor an der Uni Wien und hat davor auf der FH Technikum Wien Maschinenbau studiert. Der gebürtige Wiener pendelte in seiner Kindheit und Jugend zwischen Familienteilen in Oberösterreich und Wien, entsprechend ist er mit beiden Dialekten aufgewachsen. Ob auf der Familienfeier in Oberösterreich oder im akademischen Raum, Nicholas passt sich im Alltag unbewusst sprachlich an seine Umgebung an: „Sobåld i mit wem reden tu, der ned Hochdeutsch redet, fång i sofort an im Dialekt zu reden.“

Das erste Mal wurde ihm das Thema in seiner Zeit am Gymnasium bewusst, als es plötzlich darum ging, zeigen zu müssen „wås ma is und wås ma kån“. Dabei ging die Erwartung, Standarddeutsch zu sprechen, nicht nur von Lehrer*innen aus: „nåch am Referat håt eine Mitschülerin gsågt: eigentlich halt ich die ur guten Referate, åwa einfach nur weil ich im Dialekt rede, kling ich als wår ich inkompetent“.

Besonders im akademischen Umfeld fühlt er einen starken Anpassungsdruck. Er findet es auffällig, dass sich Wissenschaftler*innen und Politiker*innen immer sehr bemühen, Standarddeutsch zu sprechen.

Dadurch entsteht für ihn der Eindruck, dass nur als Autorität wahrgenommen wird, wer Standarddeutsch spricht.

„Wart, soll i Hochdeutsch reden oder Dialekt?“ – Pia Burtscher

Noch bevor das Interview mit Pia Burtscher beginnt, passiert etwas Bezeichnendes. Sie fragt: „Soll i Hochdeutsch redn oder Dialekt?“ und geht davon aus, dass Armin sie nicht versteht, wenn sie Vorarlbergerisch spricht. Die 22-Jährige ist vor vier Jahren von Vorarlberg nach Wien gezogen und schließt gerade an ihr Bachelorstudium in Politikwissenschaft einen Master in Publizistik an. Dialekt spricht sie zuhause in Vorarlberg, mit ihren Vorarlberger Mitbewohner*innen und mit Freund*innen. In Wien spricht sie ansonsten Standarddeutsch, vor allem an der Uni und bei Behördengängen.

Das liegt hauptsächlich daran, dass sie in den meisten Fällen nicht verstanden wird, wenn sie Vorarlbergerisch spricht. „Des isch absurd. I denk 80 Prozent vo da Lüt, was zu mir gset hond, sie verstohn mi ne, verstohn mi definitiv oder sie probierens einfach ne.“ Sie findet, dass sich ihr Gegenüber wenigstens bemühen könnte, sie zu verstehen. Als Vorarlbergerin ist es auch für sie nicht selbstverständlich, Steirischen, Oberösterreichischen oder Wiener Dialekt zu verstehen.

Das Ungewohnte und Neue kann allerdings nicht nur abschrecken, sondern auch anziehend wirken: „Oan Hauptgrund war oh warum i noch Wien züh der Wiener Dialekt. Weil i den Dialekt extrem feier. I genieß es, in Wien verbind i des Hochdeutsche, des Wienerische mit Anonymität. Niemand kennt mi i kann einfach reden, niemand frogt, oh, du kommst aus Vorarlberg. Damit nimm i des scho direkt weg woher i kumm. Und weil i o gern den Dialekt lern und gerne sprich.“ Sie erzählt uns, dass Standardsprache für sie eine Möglichkeit war sich in der „großen Stadt“ neu zu erfinden. Pia betont mehrmals im Gespräch, dass es

ihr Spaß macht zwischen den Dialekten hin und her zu wechseln und, dass sie Sprache als Erfahrung sieht, in der es kein Richtig oder Falsch gibt.

Sprache als Diskrepanz und Entfremdung – Julian Mayr

Julian Mayr, 24, studiert seit vier Jahren in Wien Politikwissenschaft sowie Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Er arbeitet nebenbei als freier Journalist und als Studienassistent am Publizistikinstitut. Der gebürtige Südtiroler ist mit Dialekt aufgewachsen — mit der Familie, in der Schule am Pausenhof, mit Freund*innen. In Wien spricht er nur mit anderen Südtiroler*innen und seiner Familie Dialekt, an der Uni versucht er sich am Standarddeutschen zu orientieren. Das ist keine bewusste Entscheidung für ihn. Er findet es im universitären Kontext insbesondere deshalb sinnvoll, weil es auch Studierende gibt, deren Muttersprache nicht Deutsch ist und die sich mit Deutsch als Fremdsprache schwerer tun.

Außerdem bevorzugt Julian die Standardsprache an der Uni auch, weil sie seiner Meinung nach viel artikulierter und argumentativer ist. Das fällt Julian Mayr beispielsweise auch in politischen Diskussionen mit seinem Vater auf: „Mir fehlen oft im Dialekt die Worte in gewissen Themenbereichen, weil ich sie nur im hochdeutschen Kontext gelernt habe.“ Sein Vater versteht alle diese Ausdrücke, würde sie allerdings selbst nicht verwenden. Hier findet eine Entfremdung statt, erzählt uns Julian, „Man kommt aus Wien, als Studierter, und spricht dann mit jemandn, der diesen Kontext so nie gelebt hat.“ Da stellen sich oft Fragen wie, was das Gegenüber denkt, wenn diese Ausdrücke verwendet werden. „Ich würd's jetzt nicht als Konflikt bezeichnen, aber es sind so Diskrepanzen da, wie man sich im wissenschaftlichen oder im journalistischen Kontext ausdrückt und wie man sich eben dann im Alltag daheim ausdrückt.“ Dialekt sei einfach gehalten, sehr klar und verzichte auf hochgestochene Wörter.

„Es sollt zähl'n was die Person sagt und nit wie sie's sagt“ – Viktoria Spielmann

Die gebürtige Innsbruckerin Viktoria Spielmann ist 2013 nach Wien gezogen, hat an der Uni Wien Politikwissenschaft studiert und letztes Jahr als erste Akademikerin in ihrer Familie das Bachelorstudium abgeschlossen. Sie war Vorsitzende der Österreichischen Hochschüler*innenschaft und ist jetzt Landtagsabgeordnete beziehungsweise Gemeinderätin für die Grünen in Wien.

Auch wegen ihrer politischen Arbeit hat sie ihren Innsbrucker Dialekt zurückgebildet, weil sie sich darauf konzentrieren wollte, klar und deutlich zu sprechen. „Wenn ma halt in die Politik geht, muss ma schon schau'n, dass es möglichst niederschwellig einfach rüberkommt und, dass an die Leut verstehn.“ Daher ist ihr Standardsprache beispielsweise im Rahmen von Reden oder Interviews wichtig, auch wenn ihr Dialekt immer wieder durchscheint. Dies war eine bewusste Entscheidung, auch wenn sie diese nicht entkoppelt vom Gefühl, sich vom Dialekt emanzipieren zu müssen, um Ernst genommen zu werden, getroffen hat.

Mit ihrer Familie und wenn sie sich mit anderen Tiroler*innen unterhält, spricht sie Dialekt. Aber: „In Wien sagn die Leut 'Ah die Tirolerin' und in Tirol sagn die Leut zu mir 'Ah die Wienerin.'“ Mit diesen Zuschreibungen tut sie sich schon immer schwer, erzählt sie uns. Sie erkennt das Privileg an, in Österreich geboren zu sein, bezieht sich aber nicht positiv auf ihre Herkunft oder Identität als Tirolerin. Genau von dieser „kulturellen Identität“ und den „fast schon patriotischen Zuschreibungen“ scheinen Leute allerdings fasziniert zu sein, beobachtet Viktoria Spielmann, „Es sollt eigentlich zähl'n was die Person sagt und nit wie sie's sagt.“

In ihrer Schulzeit haben Mitschüler*innen aus Akademiker*innenfamilien mehr Standardsprache gesprochen als Schüler*innen vom Land und aus Nicht-Akademiker*innenhaushalten. Trotzdem meint

sie: „I glaub mi haben ganz andere Dinge beschäftigt als die Sprache an sich oder ob i Dialekt sprich.“ In der Sozialisierung als Frau sieht Spielmann ihre größere Baustelle und sich Raum zu nehmen, sich Gehör zu verschaffen und selbstbewusst aufzutreten, beschäftigt sie bis heute. Diese Ungleichheit zu überwinden findet Viktoria Spielmann auch hinsichtlich der strukturellen Hürden, mit denen Frauen im öffentlichen Leben konfrontiert sind, dringend notwendig.

„Wenn ich über'n Brenner fahr...“ – Matthias Flatscher

Als einziger unserer Interviewpartner*innen spricht Matthias Flatscher mit uns ein klares Standarddeutsch, das schon fast bundesdeutsch anklingt. Einmal, erzählt er schmunzelnd, wurde er in der Mensa gefragt, ob er aus Nordrhein-Westfalen komme. Dabei stammt der Politikwissenschaftler, den vielen Studierende aus den Vorlesungen zur Politischen Theorie kennen, in Wirklichkeit aus Südtirol. Dialekt spricht er sobald er über den Brenner fährt, beim Fußballspielen und im Straßenverkehr. Ansonsten spricht er ausschließlich Standarddeutsch – auch mit seinen Kindern.

Er lernte das Standarddeutsche als Bildungssprache kennen, die anders als in Österreich an Südtiroler Schulen durchgängig gesprochen wird. Die Frage nach der Sprachanpassung stellte sich für Flatscher nach dem Umzug nach Wien, als er mit Menschen verschiedenster Nationalitäten gemeinsam im Studierendenheim lebte. Er entschied sich recht bald dafür, konsequent nur mehr Standarddeutsch zu sprechen. Mischformen waren ihm damals suspekt, weil er es aus Südtirol gewohnt war, dass die verschiedenen Sprachgruppen großteils unter sich blieben. Genauso wenig war Dialekt für ihn eine Option. Zum einen, weil er es als unfair empfand gegenüber Kolleg*innen, die Deutsch als Zweit- und Fremdsprache sprechen. Zum anderen aber „auch so aus einem Defensivverhalten heraus, dass man sich nicht als Landei präsentieren will“.

Generell scheint in unserem Gespräch immer wieder das Thema der Identität durch. Die Sprache war für Flatscher auch ein Weg, eine neue Identität zu finden. Die Schützenvereine, das Patriarchale, das „Wir gegen Sie“ zwischen Deutsch- und Italienischsprachigen lässt er hinter sich, indem er neutralen Boden im Standarddeutschen findet.

Mir fehlen die Worte – Jana-Sophie Heumader

Aufgewachsen und geboren in Tirol, war für mich schon immer klar, dass ich irgendwann „in die Welt hinaus“ will. Nach bestandener Matura zum Studieren nach Wien zu ziehen, schien immer wie der zentrale Befreiungsschlag in einer Biographie des Andersseins und -denkens. Tirol war mir immer zu klein und ich war der Meinung, dass das Licht am ostösterreichischen Horizont heller scheint. Um mich entscheiden zu können, was ich studieren will, habe ich, wie die meisten anderen auch, den Tag der offenen Tür an der möglichen Hochschule besucht. Nach einem Input-Vortrag zu den Rahmenbedingungen des Studiums wurde das Plenum für Fragen geöffnet. Ich weiß nicht mehr, was ich gefragt habe, aber als Antwort habe ich „Können Sie das noch einmal auf Deutsch wiederholen?“ bekommen. Wie nach einem Schlag in die Magengrube zieht sich in mir alles zusammen und ich weiß nicht so genau, was ich tun soll. Eingeschüchtert stammle ich irgendetwas heraus, wobei mir die Antwort auf die eigentlich inhaltliche Frage bereits egal ist.

Es ist nicht so, als hätte ich in der Schule nicht Referate gehalten und flüssig, frei von der Leber weg gesprochen. Redewettbewerb, Moderationsaufgaben, mündliche Matura, ich hatte es alles hinter mir und in vollen Zügen genossen. In diesem neuen, unbekannten Raum wirkt diese Forderung nach einem anderen Deutsch als ich es spreche, für mich allerdings wie ein Knebel. Nach diesem Erlebnis, noch bevor ich in Wien wohne, beschließe ich mit meinem Umzug anzufangen, Standarddeutsch zu sprechen. Als ich dann allerdings wirklich in Wien bin und die erste

Zeit hier verbringe, stellt sich heraus, dass ich dieses andere Deutsch nicht einfach heraufbeschwören und heraus zwingen kann. Ich beginne zu stottern und werde immer leiser in der Uni – an dem Ort, an dem ich mir immer erwartet habe, gehört und verstanden zu werden.

Im ersten Semester sage ich kein Wort. In Vorlesungen sprechen scheint mir zu riskant, auch wenn manche Professor*innen darauf hinweisen, dass weiblich gelesene Personen sich explizit eingeladen fühlen sollen und nicht ausschließlich männlich gelesene Studierende mündlich partizipieren sollen. Allerdings gab es niemanden, der*die Dialekt gesprochen hat, an dem*der ich mich orientieren hätte können. Für mich war ein Wendepunkt, als in einem Seminar im zweiten Semester ein Lehrender nicht nur auf Frauen, die sich beteiligen sollen, sondern auch auf Menschen mit Dialekt hingewiesen hat — und das auf Schwäbisch. Dieser Lehrveranstaltungsleiter erzählt seine Erfahrungen aus seinen ersten Semestern und es ist alles so greifbar für mich: Orientierungslosigkeit und ein Gefühl von Verlorensein. Damit hat er mich abgeholt und mir das Gefühl gegeben, nicht alleine zu sein, mit dem was ich erlebe, obwohl er den Unterricht standardsprachlich abgehalten hat.

Ich persönlich kann mich im Dialekt authentisch und holistisch ausdrücken. Wenn ich Standardsprache spreche, bin ich nicht bei mir und kann Emotionen nicht dementsprechend transportieren. Es ist eher, als würde ich mich selbst durch ein Fischglas beobachten, ich bin für mich selbst nicht greifbar. Am Ende ist es mir lange wie dem deutschen Singer-Songwriter Tim Bendzko gegangen, der in seinem Leben wahrscheinlich kein Wort Dialekt gesprochen hat:

„Mir fehlen die Worte. Ich Hab die Worte nicht Dir zu sagen was ich fühl'." Und mittlerweile red i oanfäch Dialekt.

Was haben wir gelernt?

In den Interviews erzählen uns alle, mit denen wir gesprochen haben, dass sie sich im Dialekt besser ausdrücken können, wenn es um Emotionen geht. Sei es am Sportplatz, wenn sie wütend sind oder Zuneigung ausdrücken wollen. Im Gegensatz dazu steht die Standardsprache, die für einige der Interviewpartner*innen eine rationalisierende Wirkung hat. Um einen klaren Gedanken zu fassen und das eigene Sprachverhalten zu reflektieren, hilft es oftmals Standarddeutsch zu sprechen. Manche Sachverhalte sind standardsprachlich besser beschreib- und greifbar, weil die zugehörigen Begriffe im Dialekt unpassend erscheinen.

Die Konflikthaftigkeit zwischen Dialekt und Standardsprache ergibt sich also zu einem Teil auch in der Frage nach Authentizität. Weil Emotionen transportieren und auszudrücken am besten im Dialekt funktioniert und Standardsprache zu sprechen eine rationale Denkleistung erfordert. Es handelt sich also teilweise auch um eine Entscheidung zwischen Rationalität und Emotionalität. Für beides gibt es ein Für und Wider, klar ist allerdings, dass es im Sinne pluralistischer und diverser Ausverhandlungsprozesse alle Teile braucht.

In unseren Interviews hat sich gezeigt, dass unsere Art zu sprechen eng mit Identität zusammenhängt. Damit kann er Halt geben, aber auch ausgrenzen. Das Erlernen der Standardvariation bietet unbestrittene Vorteile. Als „Dachsprache“ hilft sie, Kommunikation zwischen Millionen Deutschsprachigen zu ermöglichen. Und gerade in der Kommunikation mit Personen, die Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache sprechen, muss Rücksicht genommen werden. Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass Sprachen in verschiedenen Kontexten gelernt und gesprochen werden. Sprachliche Hegemonialakte waren aus geschichtlicher Sicht stets auch Gewaltakte. Sie spiegeln vergangene und aktuelle Machtverhältnisse wider, und bestimmen wessen Äußerungen öffentlich wahrgenommen und für relevant befunden werden. Im Geiste eines politischen Sprachbewusstseins könnte diese Reflexion in einer

Neubewertung der Rolle des Dialekts aufgehen. An die Stelle der Dichotomie zwischen „schön sprechen“ und reaktionärer Sprachnostalgie könnte eine spielerische Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten der sprachlichen Vielfalt treten.

Jana-Sophie Heumader studiert Politikwissenschaft und Publizistik und schreibt außerdem für klammerauf.at

Armin Bund studiert ebenfalls Politikwissenschaft und ist Tutor für digitale Lehre am Institut für Politikwissenschaft.

Eine Frage des Charakters: Über Macht und Beziehungen

Anna-Maria Hirschhuber

Die Geschichte der Kugelmenschen stammt von Platon, was viele Instagram-Accounts oft nicht wissen, die diese Geschichte auch zum Besten geben. Im fiktiven Dialog „Symposion“ erzählt Aristophanes in Platons Geschichte die Legende über die Kugelmenschen. Laut der Geschichte waren die Menschen eigentlich ganz anders, als sie heute sind: Sie hatten kugelförmige Rumpfe, vier Hände und Füße, zwei Gesichter und je zwei Ohren pro Kopf. Die Gesichter blickten voneinander weg. Die Kugelmenschen waren so stark, dass sie sich in ihrem Übermut auf den Weg zum Himmel machten und die Götter angriffen. Die Götter, empört über diesen Angriff, mussten darüber beraten, was nun zu tun sei, denn sie wollten die Menschen nicht vernichten – zu schön waren die Gaben und Opfer, die sie von ihnen bekamen. Sie entschieden sich also dazu, die Kugelmenschen zu zerschneiden: Zeus teilte die Ungetüme in zwei Hälften, in die heutigen Menschen. Die zerschnittenen Menschen litten so sehr unter ihrer Trennung, dass sie sich nur noch umarmten und fast schon paralysiert verhungerten in der Hoffnung wieder zusammenzuwachsen. Jeder sucht, laut der Geschichte, bis heute noch seine verlorene andere Hälfte, in der Gestalt des Begehrens, Eros (vgl. Manuwald 2013: 89 ff.).

Innerhalb von zwischenmenschlichen Beziehungen jeglicher Art herrschen Machtstrukturen. Diese treffen also nicht nur auf Staaten zu. Macht ist ein elusives Konzept, das sich auf eine komplexe Struktur von Beziehungen stützt, die sich im alltäglichen Leben manifestieren. Jene sind oft versteckt. Die offensichtlichsten Machtstrukturen sind, wenn ein Staat, eine Gruppe, eine Institution oder ein Individuum direkt jemanden seinen eigenen Willen aufdrängt, durch Androhen von Bestrafung oder Sanktionen (vgl. Joseph 2004: 5 ff.).

„It is assumed that power does not exist merely when people feel powerful, or alternatively, oppressed.“ (ebd.: 64).

Macht zeigt sich also auch in sozialen Strukturen und begünstigt bestimmte Werte und Normen, sich zu normalisieren und als garantiert zu etablieren, wie etwa in der Familie oder jeglicher Art von stabilen sozialen Herrschaftsstrukturen. Durch diese Charakteristik der wahrgenommenen Unveränderbarkeit entrücken diese Machtstrukturen aus der Sphäre der Diskutier- und Verhandelbarkeit und können somit auch nicht verändert werden (vgl. Joseph 2004: 1 ff.).

Sharing is caring, oder?

Macht ist demnach charakterisiert durch Eigeninteresse und dem Gefühl, die Kontrolle über das eigene Leben und seine soziale Umwelt zu haben. Im Gegensatz dazu steht auf der Ebene von Beziehungen das *Perspektiventeilen* und *-einnehmen*, das von dem Wunsch kommt, seine:n Partner:in zu verstehen und damit gleichzeitig eine Strategie ist, um die Handlungen derjenigen einschätzen zu können, die die Outcomes in der sozialen Dynamik einer Beziehung determinieren. Diejenigen, die abhängiger von ihren Partner:innen sind, teilen eher die Perspektive des anderen, da sie hauptsächlich die Beziehung erhalten wollen. Genau umgekehrt ist es bei denjenigen, die nicht so stark von der anderen Person abhängig sind: Ihr Handeln ist nicht nur vom alleinigen Wunsch der *Beziehungsaufrechterhaltung* getrieben. (Fehlende) Macht strukturiert also sogar auf der Mikroebene das Verhalten der Individuen

insofern, als sie auch die eigene Handlungsfreiheit in Bezug auf die Abschätzung der Folgen der Handlungen von Individuen potenziell einschränken könnte.

Macht kann jedoch auch den Habitus des *Perspektiveneinnehmen* in engen Beziehungen verstärken, da vorhandene Macht zu einem erhöhten Ziel-Verfolgungs-Trieb führt, welcher auf dem Wunsch der Erhaltung von einer Langzeitbeziehung basiert.

Die Machtverteilung in Beziehungen bzw. die Eigen- und Fremdwahrnehmung dieser Machtstrukturen ist stark abhängig von der eigenen Persönlichkeit, von der Identität und ihren Merkmalen, wie beispielsweise Egoismus oder überdurchschnittlich guten sozialen Fähigkeiten (vgl. Gordon/Chen 2013: 1097 ff.).

Identität und Macht

Was ist aber diese Identität, die unsere sozialen Beziehungen nachhaltig beeinflusst?

Es gibt drei unterschiedliche semantische Codes, wie Identität gebildet werden kann: Im klassischen symbolischen Code wird Identität als essenzielle, unmittelbare Einheit gesehen, die monistisch aufgebaut ist. In der zweiten Form wird Identität durch Aushandlungsprozesse gebildet, die sich immer zwischen Negation und Opposition hin- und herbewegen. Diese Form ist dualistisch. In der dritten Form, dem *after-modern symbolic* Code, wird Identität durch und von sozialen Beziehungen gebildet und definiert. Durch die Schnelllebigkeit der jetzigen Zeit müssen wir, laut Donati (vgl. 2011: 20 ff.), das Konstrukt Identität relational betrachten. „Thus, he [Donati; Anm.] sees the rise of new forms of multiple citizenship, post-secularism, conflict over environmental and human relations (including intergenerational relations), new forms of community and association, and the demise of traditional cultural identities (including class identities) as better understood within a relational paradigm“ (zit. n. Formosa/Higgs 2013: 75).

Ewiger Dualismus der Unselbständigkeit

Interpersonelle Beziehungen blühen auf oder gehen in den eigenen sozialen Netzwerken, bestehend aus Familie oder Freund:innen, die oft Ähnlichkeiten mit der eigenen Person und Identität aufweisen, unter. Die *Social Network Theory* besagt, dass Zustimmung aus dem sozialen Netzwerk zu einer Beziehung diese grundsätzlich stärkt. Das gleiche Phänomen gilt jedoch auch für die umgekehrte Position. Externe Faktoren wie Kultur und soziale Beziehungen, aber auch interne Charakteristiken der Partner:innen, wie Identität, determinieren also die Machtstrukturen und den Outcome einer Beziehung. Das soziale Netzwerk ist also zweigeteilt: es gibt externe Faktoren – außersubjektive Komponenten – wie zum Beispiel Menschen in meinem Umfeld, die mich in meinem Wohlbefinden und meinem inneren sozial-gefühlten und erlebten Netz (interne Faktoren) beeinflussen. Das Individuum ist Fliege und Spinne zugleich – wir sitzen gleichermaßen in unserem eigenen Spinnennetz der subjektiven Befindlichkeiten, sind währenddessen jedoch die Fliege im Netz der Strukturen um uns herum. Tausende, Millionen von unsichtbaren, weiß-silber schimmernden Fäden verbinden oder trennen uns durch eben diese Verwobenheit. Der nicht zu überwindende natürliche Dualismus der ewigen Unselbständigkeit eines jeden Menschen liegt in der Unfähigkeit, ein Leben lang komplett abgekoppelt und allein zu existieren, zu leben, sich zu entfalten.

Soziale Netzwerke entfernen sich dabei immer weiter vom – ein wenig veralteten – Begriff der sozialen Klasse. Jener ist durch Individuen, die ähnliche Positionen im sozialen Gefüge sowie ähnliche Lebensumstände, Probleme, aber auch Vorteile haben, charakterisiert. Zudem ergeben sich dadurch Handlungsmöglichkeiten, wie man selbst in der Konfrontation reagieren könnte (vgl. Bourdieu, 1987 6 ff.). Kurzum, eine Klasse, „be it social, sexual, ethnic, or otherwise, exists when there are agents capable of imposing themselves, as authorized to speak and to act officially in its place and in its name, upon those who, by recognizing themselves in these plenipotentiaries, by recognizing them as endowed with full power to

speak and act in their name, recognize themselves as members of the class, and in doing so, confer upon it the only form of existence a group can possess“ (ebd.: 15).

Was die Welt im Innersten zusammenhält

Macht ist wie Luft: Sie durchdringt alles, ist (zumeist) unsichtbar und lässt sich nur sehr schwer fassen. Die Mikroebene von (romantischen) Beziehungen wird mit der Begründung der Privatsphäre dem öffentlichen Diskurs entzogen. Dadurch können in ihnen etablierte Machtstrukturen, die sich nicht nur in „öffentlichen“ Merkmalen wie Einkommensunterschied oder unbezahlter Care-Arbeit zeigen, nicht benannt, diskutiert oder verändert werden. Die Frage der Macht in Beziehungen wird durch die Selbst-/Fremdwahrnehmung der Identität bestimmt, die sich dualistisch und relational in einem ständigen Wechselprozess von sozialen Prozessen bildet. Soziale Netzwerke, in welche die Identitäten der einzelnen Individuen eingebettet sind, beeinflussen damit nachhaltig die eigene Meinung und entscheiden sodann weitere Vorgehensweisen in Bezug auf die Beziehung mit. Dabei verliert der Ausdruck der sozialen Klasse und kulturellen Identität immer mehr an Bedeutung. Ein Verbundenheits- und Zusammengehörigkeitsgefühl wird dabei immer stärker über transnationale (Konflikt-)Themen definiert. Dieser Trend verstärkt sich in Zeiten des Kosmopolitismus besonders vehement.

Das romantisierte Bild der unbesiegbaren Kugelmenschen wurde freigeräumt von jeglichen Anzeichen interner Machtstrukturen: Wie die andere Hälfte im sozialen Umfeld akzeptiert wird, wurde nicht ausverhandelt, weil man ein Ungetüm war. Die Freiheit, die Partner:innen selbst zu wählen, die mit der Macht ebenfalls ungemein zusammenhängt, wurde diesen mythischen Wesen erst geschenkt. Freiheit brachte in diesem Kontext Leid, weil die Unfähigkeit, mit ihr umzugehen, relational zu groß war, sodass die Kugelmenschen beinahe verhungerten, um in ihrer Paralysis wieder zusammenzuwachsen.

Beziehungen, Macht, Identität und soziale Klasse stehen also in einem untrennbaren Gefüge miteinander verbunden, dessen Strukturen den wenigsten Menschen überhaupt diskussionswürdig erscheinen. Sie prägen jedoch auf ganz bestimmende Art und Weise die globalisierte Welt mit, da sie Akteur:innen in ihrem Tun auch außerhalb der unmittelbaren Beziehung beeinflussen, durch verschiedene Weltanschauungen, das *Perspektiven-teilen* oder auch Emotionen wie Glück, Wut, Trauer, Hoffnung. Die Mechanismen der globalisierten Welt sind multilateral, auch auf der persönlichen Ebene. Die Relevanz, diese Thematik genauer unter die Lupe zu nehmen, um ein weiteres Feld der Macht zu verstehen, lässt sich am besten mit Goethes Faust Teil Eins (Goethe 2014: 13) zusammenfassen: „Dass ich erkenne, was die Welt im Innersten, zusammenhält“.

Anna-Maria Hirschhuber studiert Politikwissenschaft, Publizistik- und Kommunikationswissenschaften und Vergleichende Literaturwissenschaften im Bachelor an der Uni Wien.

Literatur

Bourdieu, Pierre (1987): What makes a social class? On the theoretical and practical existence of groups. In: Berkeley journal of sociology, 32, S. 1-17.

Donati, Pierpaolo (2011): Relational sociology : a new paradigm for the social sciences. London: Routledge.

Formosa, M./Higgs, P. (2013): Social class in later life : power, identity and lifestyle. Bristol, UK ; Chicago : Policy Press.

Goethe, Johann Wolfgang (2014 [1808]): Faust. Der Tragödie Erster Teil. Reclam XL Text und Kontext. Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG: Stuttgart.

Gordon, Amie M./Chen, Serena (2013): Does Power Help or Hurt? The Moderating Role of Self-Other Focus on Power and Perspective-Taking in Romantic Relationships', In: Personality & social psychology bulletin, 39(8), S. 1097-1110. doi: 10.1177/0146167213490031.

Joseph, Sarah (2004): Political theory and power. Second edition. New Delhi : Foundation Books.

Manuwald, Bern. (2013): Die Rede des Aristophanes (189a1-193e2). In: Horn, C. (Herausgeber): *Platon: Symposion: Symposion*. Berlin: Akademie Verlag, S. 89-104. doi: 10.1524/9783050057170.89

(K)ein Neuanfang für Labour?

Lukas Smith

Nachdem Keir Starmer im März 2020 zum Vorsitzenden der Labour Party gewählt worden war, wuchs die Hoffnung auf einen sozialdemokratischen Neuanfang in Großbritannien inmitten der Coronakrise (Ypi, 06.04.2020). Selbst sein Vorgänger Jeremy Corbyn stellte in einem BBC-Interview, wenige Tage vor seinem Abtritt fest, dass die Pandemie zu einem sozialpolitischen Umdenken in der Welt und damit zu guten Voraussetzungen für Labour führen würde (Kuenssberg, 27.03.2020). Corbyn sagte dies, obwohl er sich zuletzt unter anderem wegen des schlechtesten Wahlergebnisses seiner Partei seit 1935 zum Rücktritt gezwungen sah (BBC, 15.12.2019). Starmer, von Beruf Anwalt, wurde erst 2015 ins Parlament gewählt und war zuvor Leiter der Strafverfolgungsbehörde der Krone (CPS) gewesen. Zumindest erwähnenswert, wenn nicht ungewöhnlich, ist der Umstand, dass der Labour-Vorsitzende seit 2014 den Titel „Sir“ trägt (The Labour Party, o. D.).

Enttäuschte Hoffnungen

Zwar legte Labour bei einer aktuellen Umfrage (November 2021) von YouGov¹ deutlich zu, doch konnte die Oppositionspartei trotz aller Schwierigkeiten, mit denen die konservative Regierung unter Boris Johnson zu kämpfen hatte, lange Zeit nur wenig an Popularität dazugewinnen (YouGov, 12.11.2021). Aber solche Erhebungen sind natürlich Jahre vor der nächsten Wahl nur eine Momentaufnahme mit eingeschränkter Aussagekraft. Bis vor kurzem schien es, als ob Starmer noch keinen Ausweg aus der tiefen Krise seiner Partei gefunden hätte; ob sich dies nun ändert, bleibt weiterhin fraglich. An der Oberfläche manifestieren sich fortwährende parteiinterne Machtkämpfe (Scott, 25.09.2021). Doch auf einer abstrakteren Ebene hat sich wohl Labour über die Jahre hinweg zunehmend

von der Stammwähler_innenschaft entfremdet. So stimmten bei den Wahlen 2019 überraschenderweise sogar zahlreiche Wahlkreise des Labour-Kernlandes, der sogenannten „Red Wall“, für Boris Johnson (Surridge, 12.03.2020).

Jeremy Corbyn und die Krise

Immer noch gibt es Konflikte zwischen dem Jeremy Corbyn nahestehenden linken Parteiflügel und Keir Starmer, welche am Labour-Parteitag Ende September 2021 offen zum Vorschein kamen. (Helm & Savage, 25.09.2021). Diese Differenzen haben zusätzlich durch die immer wieder aufgekommenen Antisemitismusvorwürfe gegen Labour unter der Führung Corbyns politische Sprengkraft bekommen. Eine unabhängige Untersuchung der Equality and Human Rights Commission² (EHRC) stellte in ihrem Endbericht substantielle Verfehlungen fest. Corbyns Büro hatte unerlaubterweise wiederholt auf interne Ermittlungen Einfluss genommen (EHRC 2020: 42 ff.). Insgesamt attestierte der im Oktober 2020 veröffentlichte Bericht der Partei eine Kultur, die ein entschlossenes Vorgehen gegen Antisemitismus verhindert hätte (EHRC 2020: 6). Schlussendlich wurde Corbyn sogar zeitweise von der Partei ausgeschlossen, jedoch offiziell aufgrund seiner ablehnenden Reaktion auf die Ergebnisse des Berichts und nicht wegen dessen Inhalts (Massey, 30.10.2020). Starmer bekannte sich zu einem konsequenten Vorgehen gegen Antisemitismus und entschuldigte sich bei den Opfern (Starmer, 29.10.2020). Doch löste die Entscheidung, in diesem Zusammenhang einige sehr linke Corbyn-nahe Labour-Organisationen aus der Partei auszuschließen, eine weitere Kontroverse aus (Syal, 18.07.2021).

¹ YouGov ist eines der führenden britischen Meinungsforschungsinstitute.

² Die EHRC ist eine unabhängige, öffentliche Einrichtung in England und Wales

Dies wirft ein Schlaglicht auf den parteipolitischen Richtungsstreit. Labour bewegt sich unter Keir Starmer bei wirtschaftlichen Fragen wieder Richtung Marktorientierung. Dahinter steckt wohl der Versuch, Vertrauen in die eigenen ökonomischen Managementkompetenzen herzustellen (Webb & Bale, 08.11.2021). Dies ist ein klarer Bruch mit Jeremy Corbyn. Dieser machte sich für traditionelle sozialdemokratische Wirtschaftspolitik stark und wollte eine ideologische Kehrtwende von dem unter der Marke „New Labour“ bekannten, neoliberalen Weg vollziehen, den die Partei unter Tony Blair und Gordon Brown eingeschlagen hatte (Finlayson 2018: 73 ff.). Bemerkenswerterweise schaffte es Corbyn, durch diese Positionierung mehr als hunderttausend neue Parteimitglieder anzuwerben (Audickas et al. 2019: 8 ff.). Jedoch ist seine politische Bilanz durchgewachsen, wie zuletzt das Wahlergebnis von 2019 verdeutlichte. Es ist bezeichnend, dass ausgerechnet Corbyn, der traditionelle Linke, die „Red Wall“ im ehemals industriell geprägten Nordengland und Teilen Wales an die Tories verloren hat.

Chronik einer angekündigten Entfremdung

Die Krise der Sozialdemokratie ist dabei keineswegs ein spezifisch britisches, sondern ein europäisches Phänomen. Natürlich umfasst dieser Begriff ein breites Spektrum an Parteien und Organisationen, was eine Generalisierung verkompliziert. Dennoch lässt sich mittelfristig ein negativer Trend in den meisten europäischen Ländern feststellen (McCrone & Keating 2013: 28 ff.). Auch wenn manche Journalist_innen bereits aufgrund des Wahlerfolges in Deutschland von einer Corona-induzierten Renaissance sprechen, bleibt es fraglich, ob es zu einer langfristigen Trendumkehr kommen wird (Mac Cormaic, 02.10.2021).

Zwar ist der Abwärtstrend bei den Labour-Wahlergebnissen evident, doch lässt sich daraus alleine noch nicht auf die Ursachen schließen. Im Hinblick auf Labour ist ein oft vorgebrachtes Argument, dass sich die Partei Ende der 90er-Jahre ideologisch neu aufgestellt hat (Mason 2016: 7 f.).

Unter der Regierung Blair setzte „New Labour“ auf eine weitgehend neoliberale Politik und verfolgte weiter, wenn auch in abgeschwächter Form, den unter Margaret Thatcher eingeschlagenen Weg – ein klarer Bruch mit den Wurzeln von Labour in der Arbeiter_innenbewegung (Steger & Roy 2010: 67 f.). „New Labour“ war ein Kind des damaligen Zeitgeistes; so ist die Namensverwandtschaft mit Bill Clintons „New Democrats“ natürlich kein Zufall. In Europa richteten sich viele linke Parteien, wie beispielsweise die deutsche SPD unter Gerhard Schröder, zu dieser Zeit neu aus und versuchten, irgendwie eine neoliberale Wachstumsagenda mit einer marktorientierten Sozialpolitik zusammenzubringen. Diese Modernisierungsversuche, die unter dem Schlagwort „Third Way“ betrieben wurden, sollten neue Wähler_innenmilieus erschließen. Blair forcierte ebenfalls die europäische Integration und die ökonomische Globalisierung (ebd.: 65-69). So wurde Labour im Grunde genommen von einer sozialdemokratischen zu einer im Kern marktliberalen Partei (McCrone & Keating 2013: 36).

Auf folgendes Erklärungsmuster wird oft im Kontext der Entfremdung der Sozialdemokratie von vielen ihrer Wähler_innen und des zeitgleichen Erfolgs populistischer Parteien zurückgegriffen: Die Sozialdemokrat_innen und andere etablierte Parteien hätten sich auf eine Art neoliberalen Grundkonsens geeinigt. Die Austeritätspolitik seit der Wirtschaftskrise 2007/2008 habe die Problematik weiter verschärft und zum Zerfall gesellschaftlicher Strukturen beigetragen. Dadurch hätten sie an Glaubwürdigkeit verloren, sich tatsächlich für die Anliegen der Geringverdiener_innen einzusetzen. Die „Verlierer_innen der Globalisierung“ in deindustrialisierten Regionen wie dem Norden Englands oder dem „Rust Belt“ in den USA hätten das Vertrauen in die Politik verloren und stimmten zunehmend für populistische Anti-Establishment-Agenden, wie beispielsweise UKIP und den Brexit (Meverson 2020: 11-14). Chantal Mouffe argumentiert in „For a left populism“ (vgl. Mouffe 2019) in diese Richtung. Auch Colin Crouch identifiziert den gesellschaftlichen Wandel der neoliberalen Globalisierung in „Post-democracy and Populism“ als

eine Triebfeder hinter den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen im Vereinigten Königreich, selbst wenn er nicht unbedingt zu denselben Schlüssen wie Mouffe kommt (vgl. Crouch 2019).

Dafür sprechen eindeutig die massiven Sparprogramme der britischen Regierungen der letzten Jahrzehnte, welche die soziale Situation für viele Menschen verschlechtert haben. Eine Politik, die von Labour mitgetragen und nach 2007/2008 fortgeführt wurde. Während die Qualität öffentlicher Dienstleistungen abgenommen hat, sind die Immobilienpreise genauso wie die Privatverschuldung explodiert (Skidelsky 2018: 63 ff.). Unter diesen marktorientierten Reformen hat auch der NHS (National Health Service) massiv gelitten (Laybourn-Langton 2018: 70 f.). In den strukturschwachen Regionen Großbritanniens wuchs die Unzufriedenheit gegenüber der Regierung beziehungsweise der „Elite“ in London. Viele Menschen hatten Angst, zusätzlich immer mehr mit Immigrant_innen um die ohnehin knappen Jobs konkurrieren zu müssen. Dieses Gefühl richtete sich im Zuge des Brexit-Referendums auch gegen die EU, die als Symbol dieser neoliberalen Politik wahrgenommen wurde (Mason 2016: 8 f.). Die öffentliche Debatte war so massiv durch das Thema Migration aufgeladen, dass Colin Crouch vom Brexit als Beispiel für xenophoben Populismus spricht (Crouch 2019: 134 f.).

Es gilt jedoch, zwei zusätzliche Punkte in Hinblick auf die Rolle von Labour zu beachten. So verlor die Partei ihre Basis in Schottland im Zuge des Erstarkens der SNP (Scottish National Party) und wurde dadurch zusätzlich geschwächt (Thompson, 18.10.2018). Neben strukturellen Faktoren darf auch die Führungskrise der Labour-Partei natürlich nicht außer Acht gelassen werden, besonders während der turbulenten Brexit-Jahre. Für die Linke im Vereinigten Königreich stellte der EU-Austritt ein Dilemma dar, das ihr zum Verhängnis werden sollte.

Brexit-Verwirrungen

Das Brexit-Referendum von 2016 führte zu einer politischen Lähmung im Parlament, da die Gräben nicht nur zwischen den Parteien verliefen, sondern

auch die Fraktionen im Inneren mindestens genauso tief gespalten waren. Zahlreiche Abgeordnete der Tories rebellierten gegen die damalige Premierministerin Theresa May, sowohl Brexit-Hardliner als auch „Remainer“. Auf der anderen Seite rang Labour um eine klare Position, die sie schlussendlich nie fand. Jeremy Corbyn war der EU von seiner linken Warte aus schon immer skeptisch gegenübergestanden, während bedeutende Teile des Parlamentsclubs pro-europäische Positionen vertraten. (Russel 2021: 451 f.)

Labour war in der Tat gespalten, da eine gewisse EU-Ablehnung eine tiefe Verwurzelung in der Parteibasis aufwies, auch wenn die Führungsetage der Partei seit Tony Blair großteils eher EU-freundlich gesinnt war. Von einigen Stimmen wurde die EU als undemokratisch, wirtschaftsliberal und der Verwirklichung sozialistischer Reformen entgegenstehend zurückgewiesen. Von linker Seite wurde daher die Kritik vorgebracht, dass die Partei nicht nur die Werte ihrer Basis, sondern auch die Arbeiter_innen verraten hätte (Aber et al., 11.06.2018). Jeremy Corbyns Mobilisierungskampagne, die in seiner Wahl zum Parteivorsitzenden gipfelte, versprach mit der bisherigen Labour-Politik zu brechen (Jones, 17.07.2019).

Jeremy Corbyn hatte selbst gegen den EU-Beitritt Großbritanniens gestimmt, sich oft öffentlich gegen die EU positioniert, so auch zuletzt im Wahlkampf um den Parteivorsitz 2015. Kaum war er jedoch im Amt, musste er sich dem Druck der Partei beugen: So sprach er sich 2016 vor dem Referendum für ein „Remain“ aus (Wood & Ausserladscheider 2021: 1497). Bei den Wahlen 2017 gelobte er das Ergebnis, also den Brexit, zu respektieren. Als sich nun gerade Corbyn schlussendlich dazu bringen ließ, noch einmal seine Position zu ändern und ein zweites Referendum für den Verbleib in der EU zu fordern, verlor er endgültig seine Glaubwürdigkeit. So entfremdete er sich weiter von den Labour-Stammwähler_innen im Norden, die mehrheitlich für den Brexit gestimmt hatten. Beim Thema EU divergierten die Positionen der Partei oft stark von denen jener Menschen, die sie eigentlich zu repräsentieren versuchte (Wilkinson, 14.12.2019).

Dadurch kam es zu der absurden Situation, in der der eigentliche EU-Gegner Corbyn halbherzig versprach, alles gegen den Austritt zu unternehmen, während Theresa May, die den Brexit nie gewollt hatte, dabei war, diesen in die Wege zu leiten. So berichteten einige Medien, sie wäre sogar nach dem Bekanntwerden des Ergebnisses des Brexit-Referendums in Tränen ausgebrochen (Evans, 29.10.2019). Labour rang mehr mit sich selbst, als sich zu einer klaren Position durchzuringen. Corbyn versuchte einen unmöglichen Spagat: Einerseits wollte man die Pro-EU-Fraktion seiner Wähler_innenschaft nicht an die Liberal Democrats verlieren, andererseits auch nicht diejenigen vergraulen, die 2016 für den Brexit gestimmt hatten. Das Ergebnis war wenig überzeugend, wie die Wahlen 2019 zeigen sollten (Wilkinson, 14.12.2019).

Wood und Ausserladscheider erklären die Wahlniederlage hingegen eher damit, dass Corbyns sozialistisch inspirierte wirtschaftspolitische Vision für viele Wähler_innen zu radikal und unattraktiv erschien. Sowohl Labour als auch die Tories griffen auf populistische Anti-Eliten-Rhetorik zurück (Wood & Ausserladscheider 2021: 1502 ff.). Es dürften jedenfalls mehrere Faktoren zusammengespielt haben. Eine Studie von YouGov kam zu dem Schluss, dass mehr Wähler_innen Labour wegen Jeremy Corbyn selbst als wegen der Brexit-Position seiner Partei den Rücken zugekehrt hatten. Jedoch dürfte beides zusammenhängen (Curtis, 23.12.2019).

Auch für Starmer ist der Brexit kein leichtes Thema, war er doch von 2016 bis 2020 ausgerechnet Schatten-Brexit-Staatssekretär der Labour-Opposition (The Labour Party, o. D.). Eine Zeit, in der er sich für ein „Remain“ einsetzte und sich vehement für ein zweites Referendum aussprach (Walker, 12.11.2020). Inzwischen hat Starmer sich zumindest offiziell mit dem Brexit als historische Tatsache abgefunden. Bei seiner Rede am Parteitag im September 2021 äußerte er sich dazu folgendermaßen:

„The government is learning that it is not enough to Get Brexit Done. You need a plan to Make Brexit Work. I do see a way forward after Brexit if we invest in our people and our places [...]“ (Starmer, 29.09.2021)

Damit unterstrich er, dass Labour sich nicht weiter mit dem Brexit aufhalten wolle, sondern sich stattdessen auf die Zukunft konzentrieren werde. Für Starmer gibt es jedenfalls mit diesem Thema nichts zu gewinnen.

A Road Ahead?

Einstweilen hat die Coronakrise den Brexit als das dominante Thema abgelöst, obwohl längst noch nicht alle Fragen über das neue Verhältnis des Vereinigten Königreichs zur EU geklärt sind. Nordirlandfrage, Fischereirechte, Fachkräftemangel und die mäßige Wirtschaftslage werden die Öffentlichkeit auch noch in absehbarer Zeit beschäftigen. Trotzdem sind dies eigentlich gute Voraussetzungen für eine sozialdemokratische Partei, wenn sie die aktuellen Themen glaubwürdig besetzen kann. Starmer war, als Anwalt und Beamter, ein politisch eher unbeschriebenes Blatt. Er stand daher unter Zugzwang, programmatische Ansagen zu machen, um seine Positionen klarzustellen.

Dafür wählte er im September 2021 den ungewöhnlichen Weg eines relativ langen Essays mit dem Titel „The Road Ahead“, das in Teilen schon vorab an einige Medien durchgesickert war (Goldsmith, 23.09.2021). Inhaltlich erinnert es wenig überraschend mehr an Blair als an Corbyn. Starmer hält sich über lange Abschnitte hinweg sehr allgemein. Dann kündigt er einen „New Deal“ für die britische Post-Brexit-Wirtschaft an, von dem Arbeitnehmer_innen und -geber_innen gleichermaßen profitieren sollen (Starmer 2021: 22). Außerdem verspricht er unter anderem weniger Straßenkriminalität (ebd.: 28), härtere Strafen für Vergewaltiger und Übergriffe gegen Frauen (ebd.), einen besser aufgestellten National Health Service (NHS) sowie höhere Investitionen ins Sozialwesen (ebd.: 25 f.) Besonders bezeichnend ist überdies folgendes Zitat:

„My vision for Britain is to make it the best place to do business because it has a government that works in partnership with the private sector.“ (ebd.: 22 f.)

Starmer bewegt sich wieder stark Richtung marktorientierte Wirtschaftspolitik und formuliert sehr konsensorientierte Ziele, denen wohl viele Politiker_innen der Tories und Liberal Democrats genauso zustimmen würden. Dass sein wegweisendes Essay gerade auf der Website der Fabian Society erschienen ist, ist natürlich kein Zufall. Die Fabian Society ist ein tief mit der Labour-Partei verflochtener sozial-liberaler Think Tank mit 140-jähriger Geschichte. Laut eigener Angaben hatten viele Projekte und Ideen von „New Labour“ hier ihren Ausgangspunkt. Starmer war sogar bis zu seiner Wahl zum Parteivorsitzenden Teil des Vorstandes der Fabian Society und ist weiterhin aktives Mitglied (Fabian Society, o. D.).

Derzeit ist noch nicht abzusehen, ob Labour bei den nächsten Wahlen eine Chance haben wird, den Premierminister zu stellen. Die anhaltende Wirtschaftskrise und Pandemie sind zwei schwer vorhersehbare Variablen, die Boris Johnson vor große Herausforderungen stellen. Jedoch deutet alles darauf hin, dass eine etwaige zukünftige Regierung unter Starmer an „New Labour“ anknüpfen und das neoliberale Wirtschaftsmodell Großbritanniens nicht grundsätzliche infrage stellen würde. Vorerst haben sich wieder die liberalen Strömungen innerhalb der Partei gegen linke Positionen durchgesetzt. Auch ist der Brexit aus Labour-Sicht ein *Fait accompli*, obwohl Starmer, als eigentlich überzeugter Europäer, der EU sicherlich wieder etwas entgegenkommen würde. Wird der neue Labour-Vorsitzende seiner Partei „den Weg nach vorne“ aus der inneren Krise weisen können? Wahrscheinlich wird der eingeschlagene Weg das strukturelle Problem der Entfremdung zwischen Labour und seiner Wähler_innenschaft kaum lösen, auch wenn ein mittelfristiger Wahlerfolg durchaus möglich erscheint.

Lukas Smith ist 22 Jahre alt und studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien sowie Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der WU Wien. Er arbeitet außerdem als Tutor für digitale Lehre am Institut für Politikwissenschaft.

Literatur

Aber, James et al. (11.06.2018): Analysis #7. Why Does the British Left love the EU? The Full Brexit, <https://www.thefullbrexit.com/why-does-the-british-left-love-the->, (Zugriff: 13.11.2021).

Audickas, Lukas et al. (2019): Briefing Paper. Number SNO5125, 9 August 2019. Membership of UK Political Parties. House of Commons Library, <https://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/SNO5125/SNO5125.pdf>, (Zugriff: 12.11.2021).

BBC, British Broadcasting Corporation (15.12.2019): General election 2019: Labour leadership takes blame over result. BBC News, <https://www.bbc.com/news/election-2019-50799792>, (Zugriff: 12.11.2021).

Crouch, Colin (2019): Post-democracy and populism. The Political quarterly (London. 1930), 90, S. 124–137.

Curtis, Chris (23.12.2019): In their won words: why voters abandoned Labour. YouGov Politics & Current Affairs, <https://yougov.co.uk/topics/politics/articles-reports/2019/12/23/their-own-words-why-voters-abandoned-labour>, (Zugriff: 15.11.2021).

EHRC, Equality and Human Rights Commission (2020): Investigation into antisemitism in the Labour Party. Report October 2020. EHRC, <https://www.equalityhumanrights.com/sites/default/files/investigation-into-antisemitism-in-the-labour-party.pdf>, (Zugriff: 11.11.2021).

Fabian Society (o. D.): Our History. Fabian Society, <https://fabians.org.uk/about-us/our-history/>, (Zugriff: 15.11.2021).

Finlayson, Lorna (2018): Realpolitiker Corbyn. Der Parteichef hat es geschafft, dass Labour wieder die Dominanz der Tories infrage stellen kann. Denn er vertritt mehrheitsfähige Positionen. Übersetzt von Robin Cackett. In: Edition Le Monde Diplomatie: Großbritannien. Goodbye and Hello. 2019/N°25, Berlin: taz Verlags und Vertriebs GmbH, S. 72-75.

Goldsmith, Aaron (2021): An Analysis of Keir Starmer's The Road Ahead. Elections Daily Decision Desk HQ News, <https://elections-daily.com/2021/09/23/an-analysis-of-keir-starmers-the-road-ahead/>, (Zugriff: 15.11.2021).

Helm, Toby & Savage, Michael (25.09.2021): Starmer faces wave of anger over Labour conference chaos. Labour leader bids to stem damage after defeat on rules as deputy Rayner furious over unnecessary conflict. The Guardian, <https://www.theguardian.com/politics/2021/sep/25/starmer-anger-labour-conference-chaos-leader-deputy-rayner-rules-conflict>, (Zugriff: 12.11.2021).

Jones, Lee (17.07.2019): Long Read | Labour's Brexit capitulation is the end of Corbynum. LSE Brexit, <https://blogs.lse.ac.uk/brexit/2019/07/17/long-read-labours-brexit-capitulation-is-the-end-of-corbynum/>, (Zugriff: 13.11.2021).

Kuenssberg, Laura (15.12.2019): Labour leadership: Departing Corbyn believes he won the fight. BBC News, <https://www.bbc.com/news/uk-politics-52056914>, (Zugriff: 12.11.2021).

Laurie, Laybourn-Langton (2018): Bless you! Der NHS ist das Herzstück des britischen Wohlfahrtsstaates. Doch Wettbewerb, Privatisierung und Kürzungen gefährden die Gesundheitsversorgung für alle. Übersetzt von Andreas Bredenfeld. In: Edition Le Monde Diplomatique: Großbritannien. Goodbye and Hello. 2019/N°25, Berlin: taz Verlags und Vertriebs GmbH, S. 69-71.

Mac Cormaic, Ruadhán (02.10.2021): World View: Europe's centre-left makes a comeback of sorts. The Irish Times, <https://www.irishtimes.com/opinion/world-view-europe-s-centre-left-makes-a-comeback-of-sorts-1.4688858>, (Zugriff: 12.11.2021).

Mason, Paul (2016): Es ging nicht um Europa. Drei Gründe, warum die Hälfte der Briten für den Austritt gestimmt hat. Übersetzt von Niels Kadritzke. In: Edition Le Monde Diplomatique: Großbritannien. Goodbye and Hello. 2019/N°25, Berlin: taz Verlags und Vertriebs GmbH, S. 7-11.

Massey, Cristopher (30.10.2020): Jeremy Corbyn's suspension from the Labour Party: a move with few historical precedents. LSE British Politics and Policy, <https://blogs.lse.ac.uk/politicsandpolicy/corbyn-suspension-precedent/>, (Zugriff: 12.11.2021).

McCrone, David & Keating, Michael (2013): Social Democracy in Crisis: Outlining the Trend in Western Europe. In: Keating, Michael and McCrone, David (Hg.): The Crisis of Social Democracy in Europe. Edinburgh: Edinburgh University Press.

Meyerson, Harold (2020): All Unhappy Social Democratic Parties Are Alike: They've Lost the White Working Class, New labor forum, 29(2), S. 11-14.

Mouffe, Chantal (2019): For a left populism. Paperback edition. London New York: Verso.

Russell, Meg (2021): Brexit and parliament: The anatomy of a perfect storm. In: Parliamentary Affairs 74(2), S. 443-463.

Scott, Jennifer (25.09.2021): Labour: Has Sir Keir Starmer stood by his pledges? BBC News, <https://www.bbc.com/news/uk-politics-58626261>, (Zugriff: 12.11.2021).

Skidelsky, Robert (2018): Die Dummheit der Ökonomen. Der Glaube an die Selbstregulierung der Märkte hat von Thatcher bis May die Wirtschafts- und Geldpolitik dominiert. Zeit für eine keynesianische Wende. Übersetzt von Nicola Liebert. In: Edition Le Monde Diplomatique: Großbritannien. Goodbye and Hello. 2019/N°25, Berlin: taz Verlags und Vertriebs GmbH, S. 60-65.

Starmer, Keir (2021): The Road Ahead. Fabian Ideas No. 657. Fabian Society, https://fabians.org.uk/wp-content/uploads/2021/09/The-Road-Ahead-FINAL_WEB-fri-1.pdf, (Zugriff: 15.11.2021).

Starmer, Keir (29.09.2020): Conference Speech: Keir Starmer. Speech by Keir Starmer MP. Leader of the Labour Party. 29th September 2021. Brighton Centre. The Labour Party, <https://labour.org.uk/press/conference-speech-keir-starmer/>, (Zugriff: 13.11.2021).

Starmer, Keir (29.10.2020): Keir Starmer's statement in response to EHRC's report into anti-semitism. The Labour Party, <https://labour.org.uk/press/keir-starmer-statement-in-response-to-ehrcs-report-into-anti-semitism/>, (Zugriff: 12.11.2021).

Steger, Manfred B. & Roy, Ravi K. (2010): Neoliberalism: A Very Short Introduction. Oxford: Oxford University Press.

Surridge, Paula (12.03.2020): Commentary. How the Conservatives won the red wall. UK in a changing Europe, <https://ukandeu.ac.uk/how-the-conservatives-won-the-red-wall/>, (Zugriff: 12.11.2021).

Syal, Rajeev (18.07.2021): Keir Starmer expected to back purge of far-left Labour factions. NEC to be asked to proscribe Resist, Labour Against the Witchhunt, Socialist Appeal and Labour In Exile Network. The Guardian, <https://www.theguardian.com/politics/2021/jul/18/keir-starmer-expected-to-back-purge-of-far-left-labour-factions>, (Zugriff: 12.11.2021).

The Labour Party (o. D.): Introducing our Leader Keir Starmer. The Labour Party, <https://labour.org.uk/people/keir-starmer/>, (Zugriff: 12.11.2021).

Thompson, Helen (18.10.2018): The transformation of British politics: was it really caused by the 2008 crisis? LSE British and Irish Politics and Policy, <https://blogs.lse.ac.uk/politicsandpolicy/british-politics-after-the-2008-crash/>, (Zugriff: 12.11.2021).

Walker, Peter (12.11.2020): Starmer should apologise for Labour's Brexit position, say ex-shadow ministers. Frontbenchers under Jeremy Corbyn say promise to seek another referendum angered leave voters. The Guardian, <https://www.theguardian.com/politics/2020/nov/12/starmer-should-apologise-for-labours-brexit-position-say-ex-shadow-ministers>, (Zugriff: 13.11.2021).

Webb, Paul & Bale, Tim (08.11.2021): To regain lost ground at the next election, Labour will need to convince voters that it can deliver greater social justice and security without risking the economy. LSE British Politics and Policy, <https://blogs.lse.ac.uk/politicsandpolicy/labour-next-election/>, (Zugriff: 12.11.2021).

Wilkinson, Micheal (14.12.2019): The Failure of the Left to Grasp Brexit. Verfassungsblog on matters constitutional, <https://verfassungsblog.de/the-failure-of-the-left-to-grasp-brexit/>, (Zugriff: 13.11.2021).

Wood, James D. G. & Ausserladscheider, Valentina (2021): Populism, Brexit, and the manufactured crisis of British neoliberalism. Review of international political economy: RIPE, 28(6), S. 1487-1508.

YouGov (12.11.2021): Voting Intention: Con 35%, Lab 35% (10 - 11 Nov). Latest YouGov Westminster voting intention figures. YouGov Politics & Current Affairs, <https://yougov.co.uk/topics/politics/articles-reports/2021/11/12/voting-intention-con-35-lab-35-10-11-nov>, (Zugriff: 12.11.2021).

Ypi, Lea (06.04.2020): Another future is necessary. Will Keir Starmer fight for it? LSE Department of Government, <https://blogs.lse.ac.uk/government/2020/04/06/another-future-is-necessary-will-keir-starmer-fight-for-it/>, (Zugriff: 12.11.2021).

Die Ökosoziale Steuerreform – ein historischer Schritt Richtung Klimagerechtigkeit oder bloß kosmetische Symbolpolitik?

Philipp Steininger

Die Bundesregierung stellte Anfang Oktober nach langem Warten ihre Pläne für die groß angepriesene „Ökosoziale Steuerreform“ vor. Dass die Klimakrise durch einen CO₂-Preis, welcher der Kostenwahrheit nicht entspricht, weiter angetrieben wird, wird dabei auf Kosten der zukünftigen Generationen, ohne mit der Wimper zu zucken, ignoriert.

Im Hinblick auf die Herausforderungen der Klimakrise, der Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und internationaler und nationaler Vorgaben (EU-weite Treibhausgasreduktion von 52,8 Prozent bis 2030, Klimaneutralität 2040 in Österreich) sind umfassende gesetzliche und systemische Maßnahmen zur Emissionsreduktion notwendig (Mathieu & Gläser 2021; Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie 2021). Eine sogenannte ökosoziale Reformierung des Steuersystems, in deren Kern eine Bepreisung von CO₂-Emissionen steht, wird dabei von zahlreichen Wissenschaftler*innen und Expert*innen als unumgänglich bzw. alternativlos angesehen (Steininger et. al. 2021; science.orf 2019; scientists4future 2021). Ohne gerechte CO₂-Bepreisung werden die durch den CO₂-Ausstoß entstehenden Kosten auf die Gesellschaft ausgelagert. Die fehlende Kostenwahrheit sorgt also dafür, dass die Verursacher*innen der Kosten nicht für jene aufkommen müssen, und folglich klimaschädliches Handeln und Wirtschaften stark attraktiviert und befördert werden.

CO₂-Bepreisungen senken Emissionen und stellen ein wichtiges Marktinstrument für die Dekarbonisierung mehrerer Sektoren (v.a. Gebäude und Verkehr) dar, darin sind sich mittlerweile Klimaökonom*innen aller politischen bzw. ideologischen Lager einig (Somanathan et al. 2014; European Association of Environmental and Resource Economists 2021). Sie sorgen dafür, dass CO₂-intensive Tätigkeiten teurer werden und somit Anreize für Unternehmen und Individuen bestehen, künftig weniger CO₂ auszustoßen. Beispiele aus Großbritannien oder Schweden belegen, wie eine CO₂-Bepreisung zur Emissionsreduktion beitragen kann, und entgegen aller rückwärtsgewandten Unheilsbekundungen geht es diesen Volkswirtschaften immer noch gut (Department for Business, Energy and Industrial Strategy UK 2018; Government Offices of Sweden 2021). Schweden beispielsweise weist aktuell den global höchsten CO₂-Preis von 118 Euro pro Tonne auf und konnte seit der Einführung 1990 die nationalen Treibhausgas-Emissionen bis 2019 um 29 Prozent senken, während das Bruttoinlandsprodukt im selben Zeitraum um 84 Prozent zunahm (ebd.). Das schwedische Konzept gilt in Fachkreisen als Vorbild für die Bepreisung von CO₂-Emissionen und Treibstoffen und ermöglichte somit zumindest auf dem Papier die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und CO₂-Ausstoß (Sternier 2007).

Zusätzlich zur Bepreisung von Treibhausgasen wird auch die Abschaffung bzw. die Reduzierung von umweltkontraproduktiven Subventionen bzw. fossilen Subventionen als zentraler Aspekt

in der Ökologisierung von Steuersystemen seitens Wissenschaftler*innen sowie der Zivilgesellschaft betont (Greenpeace in Zentral- und Osteuropa 2021; Ortner 2021). Wie eine Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) aus dem Jahr 2016 darlegt, flossen in Österreich zwischen 2010 und 2013 jährlich zwischen 3,8 und 4,7 Milliarden Euro in umweltkontraproduktive Förderungen wie das Dieselpprivileg¹, das Dienstwagenprivileg², die Pendlerpauschale³ oder die Mineralölsteuerbefreiung von Kerosin (Kletzan-Slamanig & Köpp, 2016). Diese Subventionen stellen immer noch eine massive systematische Bevorzugung von fossilen Energieträgern mit öffentlichen Geldern dar, befördern somit CO₂-intensives Handeln und Wirtschaften und erschweren die Dekarbonisierung mehrerer Sektoren wie Gebäude und Verkehr massiv. Eine Abschaffung bzw. sukzessive Reduktion der fossilen Subventionen stellt einen unablässigen Schritt Richtung Kostenwahrheit zwischen klimafreundlichem und klimaschädlichem Handeln und Wirtschaften dar. Folglich spielt deren

Abschaffung auch für die Erreichung von nationalen und internationalen Klimazielen eine entscheidende Rolle.

Ein mit den Klimazielen inkompatibler CO₂-Preis

Nach langem Warten hat die türkis-grüne Bundesregierung Anfang Oktober 2021 ihre Pläne für die sogenannte „Ökosoziale Steuerreform“ vorgestellt. Vor dem Hintergrund der Bedeutung dieser für die Erreichung der Klimaziele, der verteilungspolitischen Effekte und somit der sozialen Gerechtigkeit ist eine wissenschaftsbasierte und kritische Auseinandersetzung mit den Maßnahmen unerlässlich.

Die ökologischen Komponenten bestehen im Grunde aus der CO₂-Bepreisung, dem Klimabonus, den größtenteils unangetasteten fossilen Subventionen und der Sauber-Heizen-Offensive. Ab Juli 2022 wird jede Tonne CO₂, die nicht schon durch das ETS (Emission Trading System)⁴ der EU bepreist wird, 30 Euro kosten. Im Rahmen des ETS werden seit 2005 CO₂-Emissionen von stromerzeugenden Unternehmen sowie weiteren energieintensiven Teilen der Industrie, beispielsweise der Stahlerzeugung, im Rahmen eines Emissionszertifikathandelssystems bepreist. Der aktuelle Preis⁵ liegt dort bei ca. 80 Euro pro Tonne (Carbon Price Viewer 2021). Bis 2025 soll der nationale CO₂-Preis, angelehnt an den Preispfad in Deutschland, auf 55 Euro ansteigen. Während die Bundesregierung die Einführung des CO₂-Preises als „historischen“ Schritt verkauft, herrscht seitens Wissenschaftler*innen, Expert*innen, NGOs und sogar Teilen der Wirtschaft Einigkeit darüber, dass der Preis deutlich zu niedrig ausgefallen ist, um seine

¹ Das Dieselpprivileg bezeichnet die steuerliche Begünstigung von Dieselmotoren gegenüber Motorenbenzin. Während Benzin durch die Mineralölsteuer mit 0,482 Euro pro Liter besteuert wird, wird Diesel nur mit 0,397 Euro pro Liter besteuert. Diese Begünstigung wirkt auch als Anreiz für Tanktourismus (<https://www.derstandard.at/story/2000063906723/dieselpprivileg-relikt-einer-ueberholten-verkehrspolitik>, Zugriff am 11.12.2021)

² Firmenwagen und deren unbegrenzte private Nutzung werden in Österreich steuerlich begünstigt. Somit ist ein Firmenauto steuerlich günstiger als eine Gehaltserhöhung. Pro Person werden bei 12.000 Privatkilometern mehr als 3.000 Euro pro Jahr weniger Steuern geleistet, wenn ein Teil der Entlohnung in Form eines Firmenwagens erfolgt. (https://www.vcoe.at/files/vcoe/uploads/News/VCOe-Factsheets/2013-2017/2014-16%20FirmenwagenNEU/VCOe_Factsheet_Firmenwagen.pdf, Zugriff am 11.12.2021)

³ Unter Pendlerpauschale versteht man die pauschale Abgeltung von Kosten für Personen, die zwischen ihrem Wohnort und dem Ort des Arbeitsplatzes pendeln. (<https://www.stepstone.at/Karriere-Bewerbungstipps/pendlerpauschale/#Pendlerpauschale%20Definition>, Zugriff am 11.12.2021)

⁴ Der EU-Emissionshandel (European Union Emissions Trading System, EU ETS) ist ein Instrument der EU-Klimapolitik mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen unter möglichst geringen volkswirtschaftlichen Kosten zu senken, indem eine begrenzte Zahl an Emissionsrechten ausgegeben und anschließend auf einem Markt gehandelt wird.
⁵ Stand: 09.12.21

Pflicht, die Reduzierung von Emissionen, und die Annäherung an Kostenwahrheit, zu erfüllen (Ettinger 2021).

Wissenschaft und NGOs im Chor – Maßnahmen unzureichend

Im Vorfeld kommentierte der Klimaökonom Gernot Wagner den kolportierten Preis von 25 Euro als extrem niedrig und verwies darauf, dass schon heute eine Tonne CO₂ mindestens 100 Euro an Kosten verursacht (science.orf 2021). Während Helmut Hofer vom IHS noch milde ausdrückt, dass der Preis aus umweltpolitischer Sicht höher sein hätte können (DerStandard 2021a), meint der Umweltökonom Stefan Schleicher gegenüber dem Standard, dass der Preis „in keinsten Weise“ den wahren Kosten entspreche (Orf 2021a). WIFO-Steuerexpertin Margit Schratzenstaller prognostiziert auch, dass die gewünschten Lenkungseffekte „relativ begrenzt bleiben“ werden und hätte sich sowohl beim Einstiegspreis als auch beim Preispfad mehr Mut gewünscht (ebd.). Der neue WIFO-Chef Gabriel Felbermayr forderte daran anlehnend eine rasche Anhebung auf 60 Euro (ebd.) und auch die Umwelthistorikerin Verena Winiwarter forderte eine CO₂-Preis von nicht unter 100 Euro (scientists4future 2021). Die Wissenschaftler*innen vom Climate Change Center Austria rund um Klimawissenschaftlerin Helga Kromb-Kolb forderten einen Einstiegspreis zwischen 50 und 160 Euro, um der Klimakrise adäquat entgegenwirken zu können und wiesen dabei einmal mehr auf den deutlich zu niedrigen Preis von 30 Euro hin (DerStandard 2021b). Im Wortlaut heißt es dazu: „Der von der Regierung vorgestellte Einstiegspreis von 30 Euro ist demnach um einiges zu niedrig angesetzt, um einen wirksamen Beitrag zum Pariser Klimaabkommen zu leisten“ (ebd.). Zivilgesellschaftliche Organisationen kritisierten den Einstiegspreis und den geplanten Preispfad ebenfalls stark. Laut Greenpeace habe die Regierung verabsäumt, Österreich auf Klimakurs zu bringen, und der Preis wäre viel zu niedrig, um einen Effekt für den Klimaschutz zu erzielen. Abgesehen davon, wäre ein rascher Anstieg auf mindestens 150 Euro pro Tonne

nötig (Greenpeace in Zentral- und Osteuropa 2021). Global 2000 schlägt in dieselbe Kerbe und bezeichnet den Einstiegspreis von 30 Euro ebenfalls als viel zu niedrig (Global2000 2021). Fridays For Future Austria tun es ihnen gleich und kritisierten den Preispfad als auch den Einstiegspreis stark (Vienna.at 2021).

Sogar Vertreter*innen der Wirtschaft in Form von CEOs for Future, eine Gruppierung mehrerer Unternehmer*innen und Unternehmen aus Österreich, darunter die Wien Energie GmbH, die österreichische Hotellerievereinigung oder die ASFINAG, forderten einen Einstiegspreis von 60 Euro. Dabei betonen sie die Bedeutung einer CO₂-Bepreisung als positiven, notwendigen Anreiz für wirtschaftliche Investition in Dekarbonisierungsmaßnahmen (Ceosforfuture 2021).

Meilenweit von Kostenwahrheit entfernt

Das verwundert keinesfalls, denn das deutsche Umweltbundesamt errechnete schon 2016 einen CO₂-Preis von 180 Euro pro Tonne, um Kostenwahrheit zu garantieren. Und in wissenschaftlichen Kreisen stellt das sogar eher eine Untergrenze dar, andere Berechnungen gehen in Richtung 640 Euro oder gar 715 Euro pro Tonne CO₂ (Umweltbundesamt DE 2018; Ricke et. al. 2018). Ein Einstiegspreis von 30 Euro pro Tonne bedeutet demnach schlichtweg, dass sogar im „Idealfall“ die Verursacher*innen nicht mal 20 Prozent der Kosten tragen und 80 Prozent immer noch laufend auf die restliche Gesellschaft, insbesondere die zukünftigen Generationen, abgewälzt werden. Natürlich muss der Gesellschaft, insbesondere den Unternehmen, Zeit gegeben werden, sich an den Preis anzupassen, wodurch ein Preis unter der Kostenwahrheit zur Einführung nachvollziehbar ist. Der verantwortungslos unambitionierte Preispfad der Bundesregierung, mit einer geplanten Erhöhung auf 55 Euro pro Tonne bis 2025, gibt jedoch ein Tempo vor, bei dem ein Erreichen der Kostenwahrheit nicht einmal gegen Ende dieses Jahrzehnts in Sicht ist. Gerade die ÖVP spielte eine Hauptrolle bei der mittlerweile fast 30 Jahre andauernden Verhinderung einer angemessenen CO₂-Bepreisung, indem sie vor der aktuellen Regierung 33 Jahre lang ununterbrochen

das Umweltministerium und knapp 20 Jahre lang das Finanzministerium kontrollierte. 30 Jahre lang blockiert die ÖVP somit ihre eigene Forderung nach einer ökosozialen Marktwirtschaft und präsentiert nun mit den Grünen einen Minimalkompromiss, der den Anschein einer Trendwende erwecken soll.

Abschaffung der fossilen Subventionen bleibt aus

Tragischerweise ist auch von der Abschaffung der fossilen Subventionen keine Spur. Obwohl die Bundesregierung dieses Jahr verkündete, fossile Subventionen abbauen zu wollen, bleiben systematische Marktverzerrungen wie das Dieselprivileg, das Dienstwagenprivileg oder die Mehrwertsteuerbefreiung auf Kerosin bestehen. Dies wurde ebenfalls von Wissenschaftler*innen sowie Zivilgesellschaft scharf kritisiert (Orf 2021a; Global 2000 2021).

Die pro Kopf angestrebte Rückverteilung in Form des Klimabonus ist eine Maßnahme, die sich positiv auf die Akzeptanz in der Bevölkerung auswirken kann. Die Gelbwestenproteste in Frankreich haben eindrucksvoll dargestellt, wie wichtig ein sozial gerechter Rückverteilungsmechanismus bei der Implementierung einer neuen Treibstoffsteuer sein kann. Die aktuelle regionale Staffelung des Klimabonus nach den Faktoren Stadt und Land ist mangelhaft. Mieter*innen in Städten, die selbst sehr begrenzte Möglichkeiten haben, aus fossilen Heizsystemen auszusteigen, werden links liegen gelassen. Eine zusätzliche Orientierung an sozialen Faktoren wie dem Haushaltseinkommen ist daher bitter nötig und wird auch von der Armutskonferenz entschieden eingefordert (Armutskonferenz 2021).

Die Sauber-Heizen-Offensive mit einem Gesamtvolumen von insgesamt 500 Millionen Euro bietet wichtige steuerliche Anreize und Förderungen für die dringend notwendigen, flächendeckenden Heizkesseltausche und Sanierungen (Wiener Zeitung 2021). Dabei werden auch 80 Millionen Euro speziell für den Heizkesseltausch einkommensschwacher Haushalte budgetiert, wodurch die herausfordernde

Situation, in der sich diese Haushalte aufgrund der Klimakrise befinden, zumindest teilweise adressiert wird.

Parallel zur ökologischen Komponente der geplanten Steuerreform ist auch die „sozial gerechte“ Ausgestaltung eine kalkulierte Themenverfälschung. Großkonzerne und Besserverdienende, die für einen Großteil der Emissionen verantwortlich sind, erfreuen sich gemäß den Plänen der Regierung über eine deutliche „Entlastung“. Eine Senkung der Körperschaftsteuer sowie der dritten Tarifstufe, und das nach der größten sozialen Krise der 2. Republik, verdeutlichen, ohne auf die euphorischen Reaktionen von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung blicken zu müssen, schwarz auf weiß, welche Interessen sich in den Verhandlungen durchgesetzt haben (WKO 2021). In konkreten Zahlen demaskiert das Momentum Institut die als „großes Rad“ oder „große Entlastung“ angepriesenen Maßnahmen als Klientelpolitik (Momentum-Institut 2021; DerStandard 2021). Durch die Senkung der Tarifstufe 2 und 3 bleiben Menschen mit einem Bruttogehalt von unter 2000 Euro pro Monat satte 0 Euro mehr pro Jahr zum Leben. Ab 6000 Euro sind es dagegen jährlich 1230 Euro mehr. Die Perspektive aus Sicht der Geschlechtergerechtigkeit ist ebenso fatal, da, Stand jetzt, Männer im Schnitt mehr als doppelt so stark von den geplanten Maßnahmen profitieren werden.

Dies ist auf mehrere Aspekte zurückzuführen. Einerseits verdienen Männer in Österreich im Durchschnitt mehr als Frauen, weshalb sie im Durchschnitt öfter in die Lohnsteuerklassen 2 und 3 fallen und somit von den Entlastungen durch die Senkungen der Tarifstufen 2 und 3 im Mittel stärker profitieren (ebd.). Des Weiteren sind auch überproportional viele Selbständige männlich, nur 35 Prozent der Selbständigen sind Frauen, weshalb auch die Senkung der Körperschaftsteuer überproportional Männern zugutekommt. Sogar die geplante Erhöhung des Familienbonus von 1500 Euro auf 2000 Euro zieht eine systematische Besserstellung von Männern nach sich, da es sich beim Familienbonus um einen

Steuerabsatzbetrag handelt, welcher die Steuerlast der Bezieher*innen reduziert. Voll ausgeschöpft werden kann er erst ab einem monatlichen Bruttoeinkommen von 1700 Euro. Das ist also der in Gesetz gegossene Beifall, den die unzähligen Systemerhalterinnen nach 18 kräftezehrenden Monaten COVID-19 Pandemie erhalten.

Sachliche Wirkungsorientierung statt kosmetischer Symbolpolitik

Eines ist klar: Die aktuellen Pläne der Bundesregierung, die einen Einstiegspreis von 30 Euro pro Tonne CO₂ oder eine alles andere als sozial ausgewogene Senkung der Körperschaftsteuer anstreben, sind nicht viel mehr als kosmetische Symbolpolitik, die vor allem Mutlosigkeit und fehlende Ernsthaftigkeit in Sachen Klimapolitik widerspiegelt und die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinandertreibt, anstatt sie zu verkleinern.

Österreich kann sich die Zeiten der halbgenen Klimapolitik nicht mehr leisten. Es sind ambitionierte und wirkungsorientierte Maßnahmen, die sich am Stand der Wissenschaft und der Dringlichkeit der Klimakrise orientieren, gefordert und nicht halbgenen Kompromisse, die von den Interessen einiger weniger fossiler Konzerne und Interessenvertretungen geformt wurden.

Der Preis für eine Tonne CO₂ und die Ausgestaltung des Preispfades muss sich am Ziel der Emissionsreduktion orientieren. Bei absehbarer Nichterreichung der Reduktionsziele soll der CO₂-Preis vorausschauend angehoben werden, ähnlich dem Schweizer Modell (Deutscher Bundestag, WD8, Fachbereich Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit, Bildung 2018, 9).

Des Weiteren ist es unabdingbar, dass Österreichs Bundesregierung endlich damit bricht, jährlich 4,7 Milliarden Euro in klimaschädliche Subventionen (wie das Dieselpatent, das Dienstwagenprivileg, die Kerosinsteuerbefreiung oder die Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge) zu pumpen. Im aktuellen, als „großen Schritt“ angepriesenen Plan steht davon absolut nichts. Solange diese Schieflage des Systems nicht um 180

Grad korrigiert wird, gleicht die Aussage, dass „das Steuersystem zum Schutzsystem für unser Klima werde“, bei genauer Betrachtung einer Verhöhnung aller Menschen in Österreich (DerStandard 2021c). Sich klimafreundlich verhaltende Individuen und Unternehmen steigen weiterhin als die „Dummen“ aus, da sie sich immer noch in einem System bewegen, das klimaschädliches Verhalten massiv mit öffentlichen Geldern finanziert.

Während in den meisten Sektoren, wie etwa Industrie oder Landwirtschaft, die Emissionen in Österreich seit 1990 zumindest marginal zurückgingen, ist im Verkehr ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen (Umweltd Bundesamt AT 2021). Umso unverständlicher, dass die unökologische Pendlerpauschale sowie das Dieselpatent unangetastet bleiben sollen.

Die „sozialen“ Komponenten müssen auf jeden Fall sozial gerechter ausgestaltet werden, auch weil gerade Geringverdiener*innen, in Österreich als auch auf globaler Ebene, am meisten von den Konsequenzen der Klimakrise betroffen sind, obwohl sie am wenigsten dazu beitragen. Dass jetzt in den Plänen der Regierung sogar noch die Gruppen, welche schon mit vielen sozioökonomischen Privilegien ausgestattet sind, und auch überproportional viel Treibhausgase ausstoßen, am stärksten entlastet werden, ist alles andere als sozial gerecht. Die am stärksten Betroffenen müssten am stärksten entlastet werden und nicht am schwächsten, wie es aktuell der Fall ist.

Das große Ganze

Eine ökosoziale Steuerreform bietet riesige Chancen. Die Chance, dass Österreich endlich einen großen und bestimmten Schritt in Richtung Kostenwahrheit geht. Die Chance, eine sozial gerechte Transformation der Gesellschaft einzuläuten, welche die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter vergrößert, sondern bekämpft. Die Chance, ein wirkungsvolles Instrument zu sein, um auch im Rahmen der EU Verantwortung zu übernehmen und die nationalen Emissionen, die seit den 1990er-Jahren nicht gesunken sind, endlich sozial gerecht, zu reduzieren. Und die

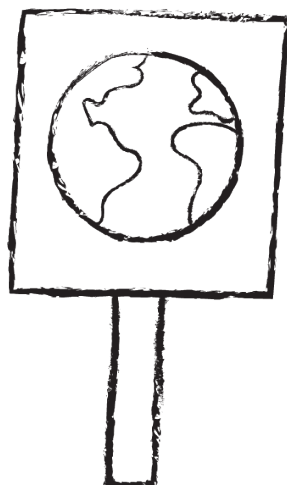
große Chance, das Ende der Schlechterstellung von klimafreundlichem Verhalten und Wirtschaften einzuläuten. Das schaffen wir aber nur, wenn die Regierung endlich aus ihrem Tiefschlaf erwacht, sich von dem rückwärtsgewandten Lobbyismus einiger weniger Konzerne und Interessenvertretungen löst und eine ökosoziale Steuerreform beschließt, die sich im Sinne der Klimagerechtigkeit, der sozialen Gerechtigkeit und der Generationengerechtigkeit an den wissenschaftlichen Fakten, der Dringlichkeit der Klimakrise und dem Wohlergehen der zukünftigen Generationen orientiert. Aktuell sieht es nicht danach aus. Die Regierung ist aufgefordert, entsprechende Nachbesserungen zu liefern.

Ausblick

Aktuell werden mit dem Klimaschutzgesetz und dem Erneuerbaren-Wärmegegesetz weitere, für Österreichs Klimapolitik elementare Gesetze zwischen den Koalitionspartner*innen verhandelt. Aufgrund der Versäumnisse bei der „Ökosozialen Steuerreform“ ist es dabei umso wichtiger, dass diese ambitioniert ausgestaltet, und insbesondere mit dem 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens kompatibel sind.

Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung ihrer Verantwortung und ihrem Versprechen gerecht wird.

Philipp Steininger hat heuer sein Kolleg für Erneuerbare Energie, Umwelt und Nachhaltigkeit abgeschlossen, ist in der Klimabewegung aktiv, arbeitet aktuell im Bereich der Erneuerbaren Energiegemeinschaften und strebt ein interdisziplinäres Studium von Philosophie, Politikwissenschaft und Ökonomie an.



Literatur

Armutskonferenz, 2021. armutskonferenz.at. [Online] Available at: <https://www.armutskonferenz.at/news/news-2021/steuerreform-einkommensabhaengiger-oekobonus-soll-soziale-belastung-ausgleichen.htm> [Zugriff am 14 November 2021].

Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, 2021. bmk.gv.at. [Online] Available at: https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/agenda2030/bericht-2020/nachhaltigkeit.html

Carbon Price Viewer, 2021. Carbon Price Viewer. [Online] Available at: <https://ember-climate.org/data/carbon-price-viewer/> [Zugriff am 11 Dezember 2021].

Ceosforfuture, 2021. ceosforfuture.at. [Online] Available at: <https://ceosforfuture.at/2021/10/13/ceos-for-future-wir-wollen-ein-starkes-CO2-preis-signal/> [Zugriff am 14 November 2021].

Department for Business, Energy and Industrial Strategy UK, 2018. Provisional UK greenhouse gas emissions national statistics. [Online] Available at: <https://www.gov.uk/government/statistics/provisional-uk-greenhouse-gas-emissions-national-statistics-2018>. [Zugriff am 13 November 2021].

DerStandard, 2021a. derstandard.at. [Online] Available at: <https://www.derstandard.at/story/2000130420329/budget-im-detail-von-luftschloessern-im-klima-und-stagnation-in> [Zugriff am 14 November 2021].

DerStandard, 2021b. derstandard.at. [Online] Available at: <https://www.derstandard.at/story/2000130240353/oesterreichische-wissenschaftler-fordern-hoehere-CO2-bepreisung> [Zugriff am 14 November 2021].

DerStandard, 2021c. derstandard.at. [Online] Available at: <https://www.derstandard.at/jetzt/livebericht/2000130136920/regierung-praesentiert-oekosoziale-steuerreform-mit-CO2-preis-und-niedrigeren-tarifstufen?responsive=false> [Zugriff am 12 Dezember 2021].

Deutscher Bundestag, WD8, Fachbereich Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit, Bildung, 2018. bundestag.de. [Online] Available at: <https://www.bundestag.de/resource/blob/559622/266b55977294ca9f45956c5d398173be/wd-8-027-18-pdf-data.pdf> [Zugriff am 12 Dezember 2021].

Ettinger, K., 2021. Wiern Zeitung. [Online] Available at: <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2123521-Steuerentlastungen-ab-Mitte-2022-CO2-Abgabe-ab-Jaenner.html>, [Zugriff am 11 Dezember 2021].

European Association of Environmental and Resource Economists, 2021. European Association of Environmental and Resource Economists. [Online] Available at: <https://www.eaere.org/statement/> [Zugriff am 13 Dezember 2021].

Global2000, 2021. global2000.at. [Online] Available at: [tps://www.global2000.at/news/oekosoziale-steuerreform](https://www.global2000.at/news/oekosoziale-steuerreform) [Zugriff am 14 November 2021].

Government Offices of Sweden, 2021. Government Offices of Sweden. [Online] Available at: <https://www.government.se/government-policy/swedens-carbon-tax/> [Zugriff am 13 November 2021].

Greenpeace in Zentral- und Osteuropa, 2021. www.ots.at. [Online] Available at: https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20211003_OTS0032/greenpeace-steuerreform-ohne-wirkung-auf-klimaschutz

Kletzan-Slamanig, D. & Köpp, A., 2016. Umweltschädliche Subventionen in den Bereichen Energie und Verkehr. s.l.:Wirtschaftsforschungsinstitut.

Mathieu, A. & Gläser, A., 2021. Das Fit-for-55-Paket: Startpunkt für die Umsetzung des EU-Klimaziels 2030, Berlin: s.n.

Momentum-Institut, 2021. momentum-institut.at. [Online] Available at: <https://www.momentum-institut.at/steuerreform> [Zugriff am 14 November 2021].

Orf, 2021a. orf.at. [Online] Available at: <https://orf.at/stories/3231015/> [Zugriff am 14 November 2021].

Ortner, M., 2021. Wienerzeitung.at. [Online] Available at: <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/2103421-Klimaschutz-hat-seinen-Preis.html> [Zugriff am 13 November 2021].

Ricke, K., Drout, L., Caldreia, K. & Tavoni, M., 2018. Country-level social cost of carbon. s.l.:Nature Clim Change.

science.orf, 2019. science.orf.at. [Online] Available at: <https://science.orf.at/v2/stories/2987783/> [Zugriff am 13 November 2021].

scientists4future, 2021. at.scientists4future.org. [Online] Available at: https://at.scientists4future.org/2021/09/25/emissionen_steigen/ [Zugriff am 13 November 2021].

Somanathan, E. et al., 2014. National and sub-national policies and institutions. s.l.:Climate Change 2014: Mitigation of Climate Change..

Steininger, K. et al., 2021. Österreichs ökosoziale Steuerreform. Eine Einordnung und Einschätzung ihres Beitrags zur Erreichung der Klimaziele. Graz: s.n.

Sterner, T., 2007. Fuel taxes: An important instrument for climate policy. s.l.:Energy Policy.

Umweltd Bundesamt AT, 2021. umweltbundesamt.at. [Online] Available at: <https://www.umweltbundesamt.at/umweltthemen/mobilitaet/mobilitaetsdaten/verkehr-treibhausgase> [Zugriff am 12 Dezember 2021].

Umweltbundesamt DE, 2018. umweltbundesamt.de. [Online] Available at: <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-unterlassenen-umweltschutz> [Zugriff am 14 November 2021].

Vienna.at, 2021. vienna.at. [Online] Available at: <https://www.vienna.at/fridays-for-future-geht-in-wien-gegen-steuerreform-auf-die-strassen/7148245> [Zugriff am 14 November 2021].

Wiener Zeitung, 2021. wienerzeitung.at. [Online] Available at: <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2123522-Die-Eckpunkte-der-oekosozialen-Steuerreform.html> [Zugriff am 14 November 2021].

Wieselberger, L., 2021. science.orf.at. [Online] Available at: <https://science.orf.at/stories/3208500/> [Zugriff am 14 November 2021].

WKO, 2021. news.wko. [Online] Available at: <https://news.wko.at/news/oesterreich/Industrie-zur-Steuerreform:-Ausgewogenes-Paket,-das-Planu.html> [Zugriff am 14 November 2021].

Die Unversöhnliche: Ein Gegenprogramm getarnt als Rundumschlag

Sahra Wagenknecht „Die Selbstgerechten: Mein Gegenprogramm für Gemeinsinn und Zusammenhalt“ Campus Verlag, 2021

Joe Brandes

Sahra Wagenknecht ist derzeit die wohl streitbarste Person innerhalb der deutschen Partei *Die Linke*. Als eine der bekanntesten und medial präsentesten Persönlichkeiten ihrer Partei ist sie ein oft gesehener Gast in Talkshows und Debatten. Dabei vertritt Wagenknecht bei ihren Auftritten aber nicht unbedingt die Interessen ihrer eigenen Partei, sondern tritt eher als deren ärgste Kritikerin auf. Nahezu als Dolchstoß empfanden es deswegen die eigenen Parteigenoss:innen, als Anfang des Jahres ihr neuestes Buch erschien. Dabei ist nicht nur der Titel „Die Selbstgerechten“ als deutliche Provokation an das eigene linke Lager zu verstehen, sondern auch das Veröffentlichungsdatum zu Beginn des Bundestagswahlkampfes, welches nicht ungünstiger hätte fallen können.

Die Veröffentlichung beschwor eine unausweichliche Debatte über die grundlegende Positionierung der Partei *Die Linke* herauf, die die parteiinterne, tiefe Spaltung offenlegte. Nun ist es nichts Neues, dass sich insbesondere in linken Parteien verschiedene Lager bilden. Von bekennenden Sozialist:innen und Antikapitalist:innen hin zu emanzipatorisch-feministischen Gruppen werden unter dem Label linker Politik unterschiedliche Ziele verfolgt und beworben. Deshalb variiert auch die Definition, was eigentlich „links“ ist. So basiere die traditionelle Linke laut Wagenknecht auf einem sozialen Patriotismus, der sich gegen die Repressionen ärmerer und weniger privilegierter Gesellschaftsschichten einsetzt und mit der Politik Willy Brandts in den 1970er-Jahren seinen Höhepunkt in Deutschland erreicht. Genau



hier setzt die Argumentation von Wagenknecht an, denn eine linke Volkspartei, deren Politik sich an die Arbeitenden richtet und sich somit als links bezeichnen darf, gibt es ihr zufolge im klassischen Sinne nicht mehr. Stattdessen wird eine andere Stimme im linken Spektrum immer einflussreicher, die sich selbst als linksliberal bezeichnet und dessen Vertreter:innen Wagenknecht als „Lifestyle-Linke“ denunziert.

Die sogenannten Lifestyle-Linken

Die Lifestyle-Linken sind in der Argumentation von Wagenknecht vor allem Personen der akademisierten Mittelschicht, die in Groß- oder Universitätsstädten lebt, gut bezahlten Dienstleistungsjobs nachgeht, auf ihren ökologischen Fußabdruck achtet, politisch korrekt spricht und auf all jene maßregelnd herabschaut, die eben diesen Lebensstil nicht teilen. So würden Personen, die ihr Billig-Fleisch im Discounter kaufen oder mit dem Diesel-Auto zur Arbeit fahren, als Umwelt-Sau bezeichnet. Auch wer sich den politisch korrekten Sprachregeln nicht unterordnet, laufe Gefahr als Rassist:in, zumindest aber als ignorant abgestempelt zu werden. Diese Selbstgerechtigkeit bezieht sich auf Privilegen, die die neue akademische Mittelschicht aufgrund ihres sozialen Status genießt und für sich selbst als Tugend reklamiert. Diese als Tugenden bezeichneten Privilegien bestünden etwa darin, dass diese Personengruppe meist in zentral gelegenen, schicken Altbauwohnungen wohne und somit nicht auf Autos angewiesen ist,

da die wichtigsten Wege mit dem (Lasten-)Fahrrad zurücklegt werden können. Auch eine bewusstere Ernährung, die auf teureren Bio-Produkten basieren würde und meist mit einer veganen Ernährung einhergeht, ist für sie möglich. Insgesamt scheint laut Wagenknecht in dieser akademischen Mittelschicht die Meinung vorzuherrschen, dass die ökologische Wende vor allem durch die Konsumententscheidungen der Endverbraucher:innen zu erreichen sei und somit umweltschädliche Produkte nur höher besteuert werden müssten, um den Klimawandel noch aufhalten zu können. Da diese akademische Mittelschicht selbst über genügend finanzielle Ressourcen verfüge, da sie meist in gut bezahlten Dienstleistungsjobs arbeite, würde sie der moralische Ablasshandel nur marginal stören, während ebendiese Preiserhöhungen für die wirklichen Arbeiter:innen in prekären Arbeitssituationen, für die sich die traditionelle Linke eigentlich einsetzen sollte, eine wahre Zäsur bedeutet.

Zudem würden laut Wagenknecht Sprachverbote, die unter dem Schlagwort der politischen Korrektheit proklamiert werden, die Menschen, die in wirklich prekären Situationen leben oder ethnische Minderheiten, die wirklich unter diesen Umständen leiden, kaum weiterhelfen. Vielmehr entstammen sie einer universitären Denkrichtung, dessen Vordenker französische Philosophen wie Michel Foucault und Jacques Derrida sind und die sich unlängst an den Universtitäten etabliert haben. Dieser Diskurs, so sinnvoll er auch erscheinen mag und so ehrbar seine Absichten sind – was auch Wagenknecht selber eingesteht –, lasse sich aufgrund seiner Abstraktion nur schwer für die breite Gesellschaft vermitteln und ebenso schwer in die Realität umsetzen. Für Menschen, die keinen Zugang zur universitären Bildung erhalten haben, ließe sich der Diskurs in seiner Abstraktion kaum noch nachvollziehen. Die Diskussion um Sprachverbote und -regeln provoziere vielmehr eine Spaltung der Gesellschaft, da sie erstens die Meinungsfreiheit, die eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie darstellt, gefährde und zweitens die wirklichen Probleme innerhalb der Gesellschaft wie wirklichen Rassismus, Niedriglöhne, scheiternde Migration und schrumpfende Sozialausgaben überschatten würde.

Wer bestimmt den Diskurs?

Die Kritik an einer Auslegung von linker Politik, die sich eher an der akademisch geführten Identitätspolitik ausrichtet, ist kein neues Phänomen, sondern wird in den USA von Nancy Fraser und in Frankreich von Caroline Fourest mit ähnlichen Argumenten vorangetrieben. Mit einem gemeinsam verfassten Brief von insgesamt 152 Schriftsteller:innen und Akademiker:innen, zu dessen bekanntesten Vertreter:innen Salman Rushdie, J.K. Rowling und Noam Chomsky zählen, sprachen sich führende Intellektuelle gegen eine „cancel culture“ aus, die eine ideologische Konformität fordere. Mit Wagenknecht findet sich nun auch eine der bekanntesten deutschsprachigen Stimmen der politischen Linken unter ihren Vertreter:innen. Doch wie schlüssig ist die Erzählung einer Verschiebung von sozialpolitischen Themen hin zu identitätspolitischen?

Klar scheint, dass rechte Politiker:innen diese vermeintlich vorherrschende Position unter den Linken zu ihrem Vorteil nutzen, um sie als realitätsfremd und elitär zu diffamieren. So können sich Donald Trump, Boris Johnson, Matteo Salvini, Marine Le Pen, Geert Wilders und Co. erfolgreich als Vertreter:innen der „normalen Bürger:innen“ inszenieren, gerade weil sie durch ihren Populismus den Diskurs erfolgreich auf Themen lenken, die die politischen Gegner:innen als realitätsfern und nicht zuletzt elitär erscheinen lassen. Wenn rechte Politiker:innen erfolgreich vermitteln, dass sich die wichtigsten Vorhaben der politischen Gegenspieler:innen auf Cancel Culture, politische Korrektheit, unkontrollierte Migration und höhere Bepreisung von ökologisch schädlichen Produkten sowie Dienstleistungen beziehen, und sich gleichzeitig als starke Beschützer:in vor diesen Auswirkungen inszenieren, scheint es verständlich, dass gerade diese Themen den politischen Diskurs dominieren. Denn nicht zuletzt unter den Arbeiter:innen mit geringerem Einkommen schneiden diese Parteien immer wieder gut ab, obwohl sie wie im Fall von Donald Trump eher die Superreichen hofieren, anstatt sich für

eine Sozialpolitik, von der einkommensschwächere Schichten wirklich nachhaltig profitieren könnten, einzusetzen.

Die politisch linken Parteien scheinen seit längerem in einem Dilemma verfangen zu sein, das es den politischen Gegner:innen leicht macht, sie zu kritisieren. Auf der einen Seite sind Forderungen nach politisch korrekter Sprache und Identitätspolitik durchaus ernstzunehmende Themen und können deswegen nicht ignoriert werden, dennoch nehmen diese Themen in der öffentlichen Debatte einen derart großen Raum ein, das andere sozialpolitische Themen schlichtweg untergehen.

Alles Nazis! Alles Veganer?

Die Lösung für dieses Dilemma scheint Wagenknecht in der klaren Abgrenzung von identitätspolitischen Themen zu sehen. Mit der gleichen Ignoranz, die sie den Lifestyle-Linken attestiert, wenn Personen, die sich nicht an Sprachverbote halten, als Nazis diffamiert werden, konstruiert sie entlang von Beispielen einen Prototyp von Linksliberalen, der sich keines Klischees zu schade ist. Worauf die bewusst überzogenen Gegenüberstellungen jedoch eigentlich abzielen, ist das Aufzeigen einer möglichst trennscharfen Dichotomie von akademischer Mittelschicht und den wirklichen Arbeiter:innen. Gerade durch ihre plakativen Beispiele, die stets darauf hinauslaufen, dass ein selbstgerechter, veganer Großstadt-Hipster auf das Konsumverhalten einer alleinstehenden Mutter von drei Kindern, die sich nur noch das Billig-Schnitzel vom Discounter leisten kann, herabschaut, werden diese Gegensätze zementiert.

In dieser Argumentationslogik empfinden die privilegierten Linksliberalen die Sorgen und Nöte der „einfachen Leute“ als unangemessen, da es Geflüchteten und Migrant:innen in diesem Land noch schlechter ginge. Zudem ist für Wagenknecht die Tatsache, dass die Umbenennung eines vermeintlich antiziganistischen Soßennamens des Lebensmittel-Unternehmens *Unilever* mehr Aufmerksamkeit erlangte als die gleichzeitig neu verhandelten Kollektivverträge des gleichen Unternehmens, die die Rechte der Arbeitenden des Unternehmens stark

einschränkten, ein Zeichen für die heuchlerischen Positionen der Linksliberalen. So wird im Buch eine Gesellschaft beschrieben, in der Arbeiter:innen nicht nur schamlos von Rendite getriebenen Unternehmen ausgebeutet werden, sondern zusätzlich von den privilegierten und selbstgerechten Lifestyle-Linken für ihren primitiven – weil ignoranten – Lebensstil verhöhnt werden.

Diese Zuspitzung erlangt ihren skurrilen Höhepunkt in der von Wagenknecht sprachlich inszenierten Demaskierung des Linksliberalismus als eigentlichen Neoliberalismus, der sich nur darin unterscheidet, dass er sich einer neuverpackten Sprache bediene. Anstatt von Eigenverantwortung und Flexibilität zu sprechen, interpretieren Linksliberale diese in Selbstverwirklichung und Chancenvielfalt um. Und die Entfremdung zur eigenen Nation wird als Weltoffenheit gepredigt. In dieser Argumentation mutiert sogar der deutsche Altkanzler Gerhard Schröder zum Urvater der Lifestyle-Linken, der mit seiner Politik darauf abzielte, durch eine „hypersensible Rücksichtnahme in Sprachfragen“ der Kritik an der „Entfesselung von Renditemacherei“ jede Grundlage zu nehmen. Wenn man ein Unternehmen dafür verurteilen wollte, dass es seine produzierenden Standorte in Billiglohnländer verlege, würde man verkennen, wie weltoffen dieses Unternehmen agiere. Eine Kritik an dieser Argumentation könne somit nur als ignorant und reaktionär bewertet werden.

Auch in der Klimabewegung *Fridays for Future* erkennt Wagenknecht keine ernstzunehmende Stimme, die auf die sozialen Probleme in der Gesellschaft aufmerksam macht. Für sie sind die Jugendlichen vielmehr privilegierte Großstadt-Kinder, die ihre Proteste eher als Lifestyle inszenieren. Zwar mag das Argument, dass insbesondere Jugendliche aus wohlhabenderen Familien mehrheitlich auf diesen Protesten vertreten sind, legitim sein, aber den Jugendlichen deswegen zu unterstellen, dass sie für die sozialen Probleme im eigenen Land blind seien, zeugt von den vorherrschenden Ressentiments der Autorin. Auch andere Bewegungen wie *Black Lives Matter* und *Unite*

werden immer wieder stark kritisiert, während Wagenknecht kein einziges Wort über ihr eigenes Engagement für die Bewegung *Aufstehen* verliert.

Gegenprogramm ohne Inhalt

Auch wenn die Polemik der Sprache mit ihren zugespitzten und verallgemeinernden Beispielen und die insgesamt populistische Argumentation darauf abzielen, den Linksliberalismus zu verteufeln, so legt Wagenknecht mit ihrem Buch durchaus existenzielle Probleme der Linken in westlichen Demokratien offen. Entlang diverser Statistiken und Umfragen wird verdeutlicht, dass die Interessen der besonders schutzbedürftigen Arbeiter:innen, die im Niedriglohnsektor verharren, politisch kaum vertreten sind. Das im Buchtitel angekündigte Gegenprogramm für diese Entwicklung entpuppt sich jedoch als weiterer Rundumschlag gegen den Globalismus, der das eigentliche Übel der prekären Arbeitssituationen von vielen westlichen Arbeiter:innen sei.

Die vermeintlich einfache Antwort auf diese Entwicklung stellen für Wagenknecht starke Nationalstaaten dar, die die Interessen ihrer eigenen Bevölkerung vertreten; ganz nach dem Motto, 'wenn jeder Nationalstaat erst an sich selbst denkt, ist an alle gedacht'. Hinter dieser Argumentation steht die Erkenntnis, dass Solidarität und Gemeinsinn, die für Akzeptanz von Sozialsystemen notwendig sind, nur innerhalb von Gruppen entstehen können, die eine gemeinsame Identität teilen, für die ein sozialer Patriotismus mit einer von der Mehrheit getragenen Leitkultur wie in den 70er Jahren unter Willy Brandt, unerlässlich sei. Wie diese Leitkultur aber aussehen könnte oder wie sich Gemeinsinn und Solidarität verwirklichen lassen könnten, kommt über die Einführung von partizipatorischen Bürgerbeteiligungsmodellen und einem starken Nationalstaat kaum hinaus. Vielmehr baut das Gegenprogramm auf dem Aufzeigen von immer mehr Problemen auf. Eine auf Individualismus und Eigenverantwortung setzende Gesellschaft, die einen schwachen Nationalstaat mit offenen Grenzen

bevorzuge, sei letztendlich der Gier von Rendite getriebenen Großunternehmen, für die die großen Tech-Giganten aus dem Silicon-Valley wie kein anderer Sektor stehen, hilflos ausgeliefert.

Unversöhnliche Polemik oder berechnete Kritik

Wer das Buch wie eine verbitterte Abrechnung mit der eigenen Partei liest oder darin sogar eine Anbiederung an die Rechten sieht, erkennt die tatsächlichen Probleme, die hier skizziert werden. Es ist fast schon bizarr, wie in manchen öffentlichen Diskussionen versucht wird, Wagenknecht als Rassistin darzustellen, nur weil sie identitätspolitische Meinungen nicht teilt beziehungsweise ihnen nicht eine derartige Gewichtung im politischen Diskurs zuspricht. Genauso wie es scheinbar als Tabubruch bewertet wird, dass sie sich als linke Politikerin für starke nationalstaatliche Grenzen und gegen unbegrenzte Migration ausspricht. Gerade durch diese Deutung des Buches und die damit einhergehende Bewertung Wagenknechts wird sie in ihrer eigenen Analyse bestätigt, dass sich die Debatten der Linken aktuell primär entlang ideologischer Themen konzentrieren. Dabei gebe es in dem Buch doch genug andere Themen, mit denen sich die Linke auseinandersetzen könnte.

Den Vorwurf, dass sie mit ihrem Buch die identitätspolitische Diskussion weiter befeuert und eine Spaltung antizipiert hat, muss sie sich nun gefallen lassen. Nicht zuletzt aufgrund ihrer unversöhnlichen Polemik, die eine Annäherung oder etwa einen Schulterschluss von Linksliberalen und traditionellen Linken nahezu unmöglich macht. Ihrer Partei hat sie mit dem Buch auch sonst keinen Gefallen getan, verdeutlichte es doch die innerparteilichen Grabenkämpfe. Die Quittung folgte zur Bundestagswahl, bei der *Die Linke* die Fünf-Prozenthürde verfehlte und nur durch drei Direktmandate wieder knapp in den Bundestag einziehen konnte.

Zur Autorin: Sahra Wagenknecht geb. 1969 in Jena (Deutschland) ist eine deutsche Politikerin und Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke. Von 2015 bildete sie zusammen mit Dietmar Bartsch die Doppelspitze des Fraktionsvorsitzes, bis sie 2019 aufgrund gesundheitlicher Probleme diesen Posten räumte.

Buch: Wagenknecht, Sarah (2021): Die Selbstgerechten: Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt. Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Joe Brandes studiert im 5. Semester den Master-Studiengang Publizistik und Kommunikationswissenschaften an der Universität Wien.



Klammerauf ist ein Blog von Publizistik Student*innen der Uni Wien.

Wir sind ein mediales Sprachrohr, frei von Klischees, Vorurteilen und Stereotypen.
Unsere Texte schaffen Platz für marginalisierte Gesellschaftsgruppen.

UNSERE THEMEN:

- BILDUNG & ARBEIT
- FEMINISMUS
- GERECHTIGKEIT
- GESUNDHEIT & KRANKHEIT
- INKLUSION
- KÖRPERKULT
- LGTBQIA*

FOLLOW US:
klammerauf.at



Facebook



Website



Instagram

Impressum

HerausgeberIn: Institut für Politikwissenschaft (ipw)

MedieninhaberIn, VerlegerIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Chefredaktion: Johannes Greß

Redaktion: Anna Wintersteller, Christina Walchenberger, Franca Nagl, Jana-Sophie Heumader, Katharina Prielinger, Madeleine Kirner und Melvin Tricoire, Claire Kardas

Autor*Innen dieser Ausgabe: Josef Mühlbauer, Petra Kolb, Sophie Krassnitzer & Katharina Prielinger, Johannes Greß, Carlotta Partzsch, Florian Mendl, Carla Diem, Melvin Tricoire, Franca Nagl, Jana-Sophie Heumader & Armin Bund, Anna-Maria Hirschhuber, Lukas Smith, Philipp Steininger, Rezension von Joe Brandes

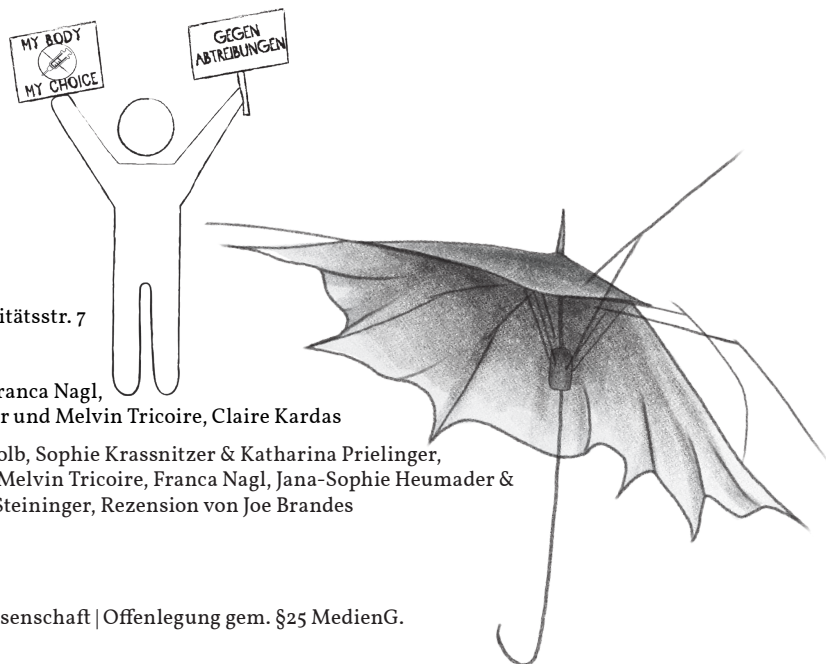
Kontakt: politix.politikwissenschaft@univie.ac.at

Grafik & Layout: Claire Kardas, Katharina Hegedüs

Onlinepublikation unter: www.univie.ac.at/politikwissenschaft | Offenlegung gem. §25 MedienG.

Erscheinungsweise: 2x/Jahr

Blattlinie: politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.





tagebuch.at/abo
01 264 5440
abo@tagebuch.at

